

3.2013

Land *InForm*

Magazin für Ländliche Räume

Aktive Öffentlichkeit – Wir machen Zukunft!



Außerdem:
Workshopreihe demografischer Wandel
Kooperationsprojekt „Empire of the Sun“
Forschungsprojekt „FarmPath“

dvs 
Deutsche Vernetzungsstelle
Ländliche Räume



Inhalt

Aktive Öffentlichkeit – wir machen Zukunft!

Viele ländliche Regionen stehen vor der Aufgabe, sich verändern zu müssen. So beklemmend Zwangslagen auch sind, bergen sie stets auch eine große Chance: Sie können einen Anreiz bieten, neue Ideen zu entwickeln, zu erproben und neue Zukunftswege anzulegen. Hier sind wir alle gefragt – nur, wer ist „wir“? Damit aus dem unverbindlichen Wir ein aktives Wir wird, reicht Betroffenheit allein nicht aus. Wir werden erst dann aktiv, wenn wir uns angesprochen fühlen und uns zutrauen, Verantwortung zu übernehmen. Wie kann also ein aktives Wir aus ländlichen Akteuren gefördert und unterstützt werden? Diese Frage behandelt unser Fokus in diesem Heft.

ab Seite 10



Bilder: © Gruppe S. Einecke, Dorf BLE / S. Bronsert

Für das Netzwerk

Inside	05 Neue Mitarbeiterin und ein Dankeschön
	05 Kooperationspartner gesucht
Ausblick	06 Wettbewerb „Gemeinsam stark sein 2013“
	06 LandInForm-Spezial 4 zu alten und neuen Kulturpflanzen
	07 Workshopreihe zum demografischen Wandel
	08 Workshop zur regionalen Finanzierung
Web	09 Neues aus dem Netz

Im Fokus: Aktive Öffentlichkeit – wir machen Zukunft!

Einführung	10 Ein aktives, ländliches Wir
	12 Neues Denken für eine ländliche Zukunft
Aktivierete Öffentlichkeit	14 Aktive ländliche Öffentlichkeit braucht regionale Vermittler
	16 Dorferneuerung mit konzeptioneller Beteiligung
	18 Online-Beteiligung und Demokratie – Interview
	20 Herausforderung EU-Fördervokabular
	22 Ein Förderantrag ist gar nicht so schlimm – Interview
	23 Ein Wettbewerb findet die Aktiven
	24 Engagierte Kampagne
Medieninformation	25 Ländliche Medienkompetenz braucht Selbstvertrauen
	26 Lokale Medien – lokale Öffentlichkeit
	28 „Landfunk9“ – Internetfernsehen vom Land
	29 Mit Social Media ist es einfacher – Interview
Eigenaktive Öffentlichkeit	30 Bürgerzeitung „Die Lupe“ – Interview
	31 Genossenschaft für Dorfgemeinschaft
	32 Zukunft selbst in die Hand nehmen
	33 Vereine tragen ländliche Gesellschaft – Interview
	34 Dorfkümmerer in Brandenburg

Weitere Themen



Bild: © svet - Fotolia.com

Workshopreihe zum demografischen Wandel

Ab 2014 bietet die Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS) gemeinsam mit Partnern dezentrale Workshops zu Themen rund um den demografischen Wandel an. Ende September 2013 findet in der Lutherstadt Wittenberg die Pilotveranstaltung statt und thematisiert den Leerstand in der Region.

Seite 7



Bild: © Empire of the Sun

Steiniger Weg zum Reich der Sonne

Die Funde der Himmelscheibe in Nebra in Sachsen-Anhalt, des Sonnenwagens von Trundholm in Dänemark und der Felsenbilder im schwedischen Tanum zeugen von einem bronzezeitlichen Sonnenkult. Könnte man diese thematisch verbinden und in einer gemeinsamen Tourismusroute vermarkten? Das war die Ausgangsfrage, die zum transnationalen Kooperationsprojekt „Empire of the Sun“ führte – und zu dem langen Weg zu seiner Verwirklichung.

Seite 36



Bild: © BLE Bonn, Foto: T. Stephan

Zukunft für eine nachhaltige regionale Landwirtschaft

Forscher aus sieben EU-Ländern untersuchen im Projekt „FarmPath“ von 2011 bis 2014 die Voraussetzungen für die Entwicklung einer nachhaltigen regionalen Landwirtschaft in Europa. Ein Ziel des Projektes ist, regionale Akteure unterschiedlicher Bereiche miteinander ins Gespräch zu bringen und Entwicklungsprozesse über die Projektdauer hinaus anzustoßen.

Seite 44

Aus der Praxis

36	Steiniger Weg zum Reich der Sonne
38	Betriebsziel: Stabilität statt Wachstum
40	Ein Dorf wird Filmstar
42	Echt Orschel

Perspektiven

Bildung und Forschung	44 Zukunft für eine nachhaltige regionale Landwirtschaft
	46 Haumütterchen und Ernährer?
Politik und Gesellschaft	48 Der Dorfwettbewerb hat Zukunft
	50 Förderung der ländlichen Entwicklung 2014 – 2020
Partner und Experten	52 Fachleute diskutieren die Schrumpfung in Regionen
	53 Dialog im Stall
	54 Regionalplanung als Koordinator regionaler Entwicklung?
	56 Fachaustausch und Beratung
Service	58 ...angelesen
	59 ...angekündigt
	60 Termine



Liebe Leserinnen und Leser,

Beteiligung an Prozessen, politisch oder informell, lokal oder regional braucht Kommunikation. Die eher zufällige beim Bäcker oder die organisierte per Bürgerbeteiligung. Häufig braucht die Meinungsbildung Zeit und der Weg dahin wird durch gute Moderation leichter. Handwerkliches Können gehört eben auch zur gelungenen Kommunikation. Der Einzelne oder auch eine kleine Gruppe kann dabei kaum Ideengeber, Initiator, Antragsteller, Koordinator, Umsetzer und Öffentlichkeitsarbeiter in einem sein. Mit einem Anteil von 20 Prozent sind Menschen im ländlichen Raum bei ähnlicher beruflicher Belastung bereits nahezu doppelt so oft ehrenamtlich aktiv wie in Städten. Das ist Zusatz und kann nicht ad ultimo professionalisiert werden.

In Deutschland sind die Strukturen, die Stärken und Probleme ländlicher Räume bekanntlich vielfältig – und somit auch die Reaktionen der Menschen im jeweiligen Umfeld. Viele Beispiele zeigen: Jede Neuerung bringt Veränderung und damit auch Unsicherheit. Wenn aber die Startprobleme überwunden sind und das Ziel klar ist, reagieren die Menschen mit Engagement. Natürlich geht nicht überall alles. Aber selbst für die schwierigen Fälle in Deutschland gibt es Ideen. Solche Ideen müssen gepflegt, entwickelt und breit transportiert werden.

Die Ansätze werden dabei oft ohne den Blick auf Ressortzuständigkeiten oder Fördertöpfe entwickelt. Die Hürden für die Umsetzung steigen dann, eingespielte Wege gibt es noch nicht. Hilfreich wäre hier mehr Freiraum. Es gilt, endlich auch abseits der unter „künstlichen“ Rahmenbedingungen ablaufenden Pilotprojekte, Wettbewerbe und Modellvorhaben die Umsetzung neuer Ideen zu erleichtern, diese neuen Lösungen in den Mainstream zu überführen – auch wenn das vielleicht nicht nur ein Ressort betrifft. Öfter stehen hier diverse Regelungen dagegen. Wenn Ideen aber umsetzbar und hilfreich sind und keine Alternative entwickelt werden kann, dann müssen sich die Regeln ändern. Und die Länder müssen für eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen hinsichtlich aller Aufgaben sorgen. So könnten auch freiwillige Aufgaben ermöglicht werden, die nötig sind, um Anpassungen zu organisieren.

Wir stellen Beispiele vor, die Anregungen geben, im eigenen Dorf oder der Region das ein oder andere zu übernehmen oder etwas ganz Neues auszuprobieren.

Es wünscht Ihnen eine angenehme Lektüre

Ihr

Jan Swoboda



Bild: © lipowski - Fotolia.com

Impressum

LandInForm – Magazin für Ländliche Räume

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Auflage: 11.500

ISSN: 1866-3176

Herausgeber und Redaktion:
Bundesanstalt für Landwirtschaft
und Ernährung, Bonn
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume,
Anja Rath, Dr. Jan Swoboda (V.i.S.d.P.)
Redaktionelle Unterstützung:
Andrea Birrenbach

Redaktionelle Mitarbeit:
Raufeld Medien
Marion Hughes (verantw.), Peter Altmann
Tel. 030 695665-0
www.raufeld.de

Gestaltung: graphodata AG,
www.graphodata.de

Druck:
MKL Druck GmbH & Co. KG, Ostbevern/
Westfalen

Bezugsadresse und Redaktionsanschrift:
Bundesanstalt für Landwirtschaft und
Ernährung
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Deichmanns Aue 29
53179 Bonn
Telefon 0228 6845-3461
Fax 0228 6845-3361
E-Mail: landinform@ble.de
www.netzwerk-laendlicher-raum.de

Bezug: kostenfrei, LandInForm als PDF-Datei
unter www.land-inform.de

Anmerkungen der Redaktion:

- Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Abbildungen wird keine Haftung übernommen. Die Urheberrechte liegen beim Herausgeber. Eine Genehmigung zur Zweitverwertung auch in Auszügen in Wort, Schrift und Bild erteilt die Redaktion gern gegen Nennung der Quelle und Belegexemplar.
- Als Zugeständnis an die Lesbarkeit der Texte haben wir uns darauf geeinigt, alle Personen-Gruppen in männlicher Form anzugeben.

LandInForm wird durch den Bund und die Europäische Union im Rahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) gefördert.

Gedruckt auf Recyclingpapier

Neue Mitarbeiterin



Seit Mitte Juli 2013 gehört Regina Fichtel zum Team der DVS. Sie hat zuvor erfolgreich eine dreijährige Ausbildung zur Verwaltungsfachangestellten bei der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) abgeschlossen. Regina Fichtel ist ab sofort für die Pflege der Datenbank, für die Organisation und Vorbereitung von Veranstaltungen sowie für den Versand von Publikationen zuständig.

E-Mail: Regina.Fichtel@ble.de
Telefon: 0228 6845-3842

Danke!

Auswahlverfahren für Grüne Woche 2014 ist abgeschlossen

Herzlich bedanken möchte sich die DVS für die zahlreichen Bewerbungen zur Projektpräsentation im Rahmen der Grünen Woche, die nach dem Aufruf in LandInForm 2.2013 eingegangen sind. Das Spektrum der Bewerber, die ihre Projekte auf der Internationalen Grünen Woche in Berlin vorstellen wollten, reichte von Jugendverbänden, Bildungseinrichtungen über Regionalmanagements bis hin zu Dorfinitiativen und Netzwerken. Nach einer schwierigen Auswahl stehen nun die Mitreisenden fest. Sie werden in der nächsten Ausgabe von LandInForm – und ab November 2013 auf www.netzwerk-laendlicher-raum.de – näher vorgestellt.



Bild: © Messe Berlin GmbH

Kooperationspartner gesucht



Bild: © MNStudio - Fotolia.com



Training zur Selbstvermarktung

Die nordgriechische LAG Kavala sucht Kooperationspartner für eine Trainingsreihe zur Selbstvermarktung der Region. Die professionellen Schulungen sollen sich an Engagierte aus Verwaltungs- und Praxis-ebene richten, um deren Zusammenarbeit und das Verständnis füreinander zu verbessern und gemeinsam die Regionen weiterzubringen.

Kontakt:

LAG Kavala
Telefon: +30 25 10620459
E-Mail: anka@ankavala.gr



Mehrsprachige Lesungen und Theaterstücke

Das von der LAG Pays de la Jeune Loire et ses rivières (Auvergne) 1997 ins Leben gerufene Theater- und Kulturfestival „Le Festival des 7 lunes“ möchte sein Repertoire erweitern und europäische Partner aufnehmen. Ziel sind mehrsprachige Lesungen und Stücke, die sich mit dem Thema Europa beschäftigen.

Kontakt:

LAG Pays de la Jeune Loire
Cécile Legat
Telefon: + 33 471 662905
E-Mail: c.legat@pays-jeuneloire.fr



Nachhaltiges Landmanagement

Die französische LAG Pays Cœur d'Hérault Convivencia in der Nähe von Montpellier sucht Kooperationspartner, die sich mit nachhaltigem Landmanagement beschäftigen und dabei die nachhaltige Entwicklung von Stadt-Land-Partnerschaften im Fokus haben.

Kontakt:

LAG Pays Cœur d'Hérault Convivencia
Teresa Camerino
Telefon: + 33 467 443897
E-Mail: teresa.camerino@coeur-herault.fr

Online abstimmen beim Wettbewerb „Gemeinsam stark sein 2013“

Von Isabell Friess

Es ist wieder so weit: Die Bewertung für den Wettbewerb 2013 geht Anfang Oktober online. Gesucht wurden in diesem Jahr bundesweit Projekte mit innovativen Ideen oder Maßnahmen, die zeigen, wie junge Menschen in die Prozesse der Regionalentwicklung eingebunden werden können. Je mehr echte Beteiligung stattfindet, desto mehr Punkte sollte das Projekt erhalten.

Unter www.netzwerk-laendlicher-raum.de/wettbewerb können Sie die Wettbewerbsbeiträge anschauen und Ihre Stimme abgeben. Wie im letzten Jahr gilt: Bewertet werden müssen mindestens drei Projekte und auf ein faires Bewertungsverhalten legen wir großen Wert. Neu ist die Möglichkeit, die Wettbewerbsbeiträge über Facebook zu „liken“. Auch diese Form der Stimmabgabe wird in die Gesamtbewertung einfließen. Schließlich können wir nicht über Beteiligung junger Menschen sprechen und ihre Informations- und Austauschplattformen ignorieren. Um möglichst viele Akteure der Leader- und ILE-Regionen zu erreichen, werden wir einmal wöchentlich die Projekte der Woche verschicken. So haben Sie über mehrere Wochen verteilt die Möglichkeit, alle Beiträge kennenzulernen.

Die ersten drei Preisträger werden beim Hallenempfang des BMELV im Rahmen der Internationalen Grünen Woche 2014 prämiert.

Machen Sie mit und zeigen Sie, dass Engagement und Beteiligung belohnt werden!



Bild: © william87 - Fotolia.com



Mehr Informationen:

Isabell Friess
DVS Ländliche Räume
Telefon: 0228 6845-3459
E-Mail: isabell.friess@ble.de
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/wettbewerb

LandInForm-Spezial 4: „Alte und neue Kulturpflanzen zwischen Wertschöpfung und Umweltschutz“

Von Bettina Rocha

Aktuell hat die Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume das dritte LandInForm-Spezial zum Thema „Jugend und Regionalentwicklung“ veröffentlicht, das im Abo-Versand als Beilage verschickt wird und kostenlos bestellt werden kann. Im Dezember 2013 wird ein viertes LandInForm-Spezial erscheinen. Die Idee dazu ist in der Nachbereitung eines Fachgesprächs zum Nationalen Aktionsplan Pflanzenschutz (NAP) entstanden, dem 2011 das LandInForm-Spezial 2 „Nationaler Aktionsplan zur nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln“ folgte.

Im Frühjahr 2011 hatte die DVS gemeinsam mit dem Agrarbündnis e.V. zum Fachgespräch geladen. Experten aus Wissenschaft, Praxis und Verwaltung diskutierten die Frage: „Kann der NAP durch regionale Konzepte unterstützt werden?“. Im Laufe der Diskussion stellten die Teilnehmer immer wieder fest, dass viele der bestehenden pflanzenbaulichen Probleme, die einen Einsatz von Pflanzenschutzmitteln nach sich ziehen, ihre Ursache in zu engen Fruchtfolgen und in der Beschränkung auf wenige

Kulturarten haben. Die Ursachen für diese Verengung und Verarmung sind vielfältig – und bekannt. Die Frage, die sich dennoch aufdrängte, war: Welche Kulturpflanzen neben den Hauptgetreidesorten, neben Mais, Raps und Zuckerrüben werden in Deutschland noch angebaut? Welche Betriebe bauen andere Früchte an, erwirtschaften dabei Gewinne und leisten zudem einen positiven Beitrag für Agrarökosystem, Biodiversität, Wasser- und Bodenschutz?

Das LIF-Spezial „Alte und neue Kulturpflanzen zwischen Wertschöpfung und Umweltschutz“ stellt Betriebe aus verschiedenen Bundesländern vor, die solche Kulturen anbauen, zeigt ihre Motivation und die Herausforderungen, denen sie sich gegenüber sehen. Jedem landwirtschaftlichen Betrieb ist ein weiterer Betrieb in der nachfolgenden Wertschöpfungskette an die Seite gestellt, der das landwirtschaftliche Erzeugnis weiterverarbeitet und vermarktet. Auf den Seiten 38 und 39 in dieser Ausgabe können Sie schon jetzt einen Blick hinein werfen.



Mehr Informationen:

Bettina Rocha
DVS Ländliche Räume
Telefon: 0228 6845-3882
E-Mail: Bettina.Rocha@ble.de

LandInForm-Spezial online unter:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/service/publikationen/landinform-spezial/

Bild: © BLE; Foto: T. Stephan

Workshopreihe zum demografischen Wandel – Eine Idee geht auf Deutschlandreise

Ab 2014 bietet die Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS) gemeinsam mit Partnern dezentrale Workshops zu Themen rund um den demografischen Wandel an. Ende September 2013 findet in der Lutherstadt Wittenberg die Pilotveranstaltung statt und thematisiert den Leerstand in der Region.

Von Isabell Friess

Der demografische Wandel wird deutschlandweit breit diskutiert – ob Überalterung der Gesellschaft, Mangel an Fachkräften oder eine lückenhafte Nahversorgung. Doch leider sind die Probleme nicht gebannt, nur weil sie erkannt werden. Die Akteure müssen vor Ort Lösungen und Strategien für ihre regionalen Probleme entwickeln. Welche Maßnahmen verringern beispielsweise innerörtlichen Leerstand? Wie können Ortskerne lebenswerter und junge Menschen dazu motiviert werden, bestehende Bausubstanz zu nutzen?

Dezentral angepasste Unterstützung

Gemeinsam mit regionalen Entscheidungsträgern möchte die DVS während der eintägigen Veranstaltungen auf die Bedürfnisse der Regionen zugeschnittene Lösungswege erarbeiten. Partner der DVS sind der Bundesverband der gemeinnützigen Landgesellschaften, der Deutsche Landkreistag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund. Die Siedlungs- und Innenentwicklung („Wieder wohnen im Ortskern“) ist dabei nur ein mögliches Themenfeld. Weitere Schwerpunkte sind die Nahversorgung („Wieder einkaufen im Ortskern“) und die partizipative Gestaltung des eigenen Umfeldes („Kommunen und Bürgerschaft packen gemeinsam Veränderung an“).

Wittenberg als Testregion

Im Landkreis Wittenberg haben Ende September rund 20 Akteure die Möglichkeit, sich zum Thema „Umgang mit dem Leerstand“ auszutauschen. Als Impuls für die Diskussionen wurde das Projekt „Regionales

Flächenmanagement“ der Initiative Rodachtal ausgewählt. Der Regionalmanager und der Bürgermeister der Gemeinde Itzgrund geben einen Überblick und stehen als Gesprächspartner zur Verfügung. Viel entscheidender ist jedoch, was nach dieser Vorstellung passiert. In kleinen Arbeitsgruppen wird anschließend diskutiert, ob und wie das Fallbeispiel auf die eigene Situation übertragen werden kann. Die Akteure werden gemeinsam überlegen, wie ein eigenes Flächenmanagement aussehen könnte und was dafür zukünftig getan werden muss. Welche Daten müssen gesammelt, welche Akteure informiert und beteiligt, welche Strukturen geschaffen werden? Zum Schluss der Veranstaltung bekommen die Teilnehmer eine Aufgabenliste mit klaren Zuständigkeiten. Die fachliche Anleitung der Teilnehmer übernimmt ein Trainer, der die Workshops professionell moderiert und begleitet.

Bundesweiter Start ab 2014

Ab 2014 können bundesweit kommunale Zusammenschlüsse, Landkreise und Regionen die eintägigen Veranstaltungen zu einem der drei Themen abrufen. Der Grundaufbau bleibt immer gleich: Zu Beginn wird ein Fallbeispiel vorgestellt, danach diskutieren die Teilnehmer, wie das vorgestellte Beispiel übertragen werden könnte. Die Workshops werden an die Regionen mit ihren jeweiligen Herausforderungen angepasst. Auch Trainer und Impulsgeber werden in enger Abstimmung mit den Regionen ausgewählt.



Bild: © ag visuell - Fotolia.com



DEUTSCHER
LANDKREISTAG

dvs *

Deutsche Vernetzungsstelle
Ländliche Räume



DStGB
Deutscher Städte-
und Gemeindebund

BLG

Bundesverband
der gemeinnützigen
Landgesellschaften



Mehr Informationen:

Isabell Friess und Stefan Kämper
DVS Ländliche Räume
Telefon: 0228 6845-3459 oder -3722
E-Mail: Isabell.Friess@ble.de oder Stefan.Kaemper@ble.de
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/demografie-workshop

Das Geld ist nicht weg, es ist nur woanders!

Wie können Regionalmanagements langfristig funktionierende Strukturen aufbauen, um sich selbst und Projekte aus der Region zu finanzieren? Um diese Hauptfrage geht es in einem Workshop der DVS, der vom 7. bis 8. November 2013 in Gotha stattfindet. Dabei stellen wir den Teilnehmern Beispiele vor und diskutieren, wie diese auf die eigene Situation übertragen werden können.

Von Isabell Friess

Regionalmanagements stehen vor großen Herausforderungen – davor kann man nicht mehr die Augen verschließen. Neben Themen wie der Überalterung der Gesellschaft, der Abwanderung oder Versorgungsproblemen müssen sie sich verstärkt mit schwindenden Finanzressourcen auseinandersetzen. Das betrifft einerseits die eigene Finanzierung. Viel Arbeit verteilt sich auf wenige Schultern und eine Finanzierung über die Förderperiode hinweg ist nur selten eingeplant. Nicht viel besser sieht es bei der Finanzierung von Projekten aus. „Die EU zahlt doch“ ist oft zu hören. Tatsächlich können viele Projekte dank EU-Mitteln gestemmt werden. Aber gerade zum jetzigen Zeitpunkt wird in Brüssel darum gefeilscht, wie die Fonds in der nächsten Phase ausgestattet werden. Deutlich wird: In der neuen Förderphase wird es im Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) weniger Geld geben.

Eigenständigkeit als Chance

Weniger Geld bedeutet zunächst nichts Gutes, verschärfen die Kürzungen ja die ohnehin angespannte Lage. Auf den zweiten Blick kann dies jedoch auch einen Denk- und Entwicklungsprozess zu alternativen und unabhängigeren Finanzinstrumenten anstoßen und somit eine Chance bieten. Regionen sind auf beständige Finanzierungsinstrumente angewiesen, um vorausschauend planen zu können. Vorgegebene, langjährige Förderperioden sind nicht immer dienlich. Zu oft sind Anschlussfinanzierungen fraglich, zu oft geraten aktuelle und potenzielle Projektträger in einen Leerlauf. Eine teilweise Loslösung von gängigen Finanzierungsmöglichkeiten könnte die Regionen und ihre Managements also voranbringen.

Zusammen neue Wege entwickeln

Nach dem Motto „Das Geld ist nicht weg, es ist nur woanders!“ soll auf dem DVS-Workshop diskutiert und erarbeitet werden, wie Regionalentwicklung alternative, EU-unabhängige Finanzierungsinstrumente initiieren kann. Dabei werden keine kurzfristigen, schnellen Lösungen präsentiert. Vielmehr sollen Ideen diskutiert werden, mit denen langfristige Strukturen aufgebaut werden. Dabei liegt der Fokus auf zwei Themenfeldern.

Am ersten Tag dreht sich alles um Regionalmanagements und die Frage, wie diese ihre Finanzierung von den Förderphasen lösen können. Nach einem kurzen Überblick, wie aktuell Regionalentwicklung finanziert wird, stehen anschließend drei Managements Rede und

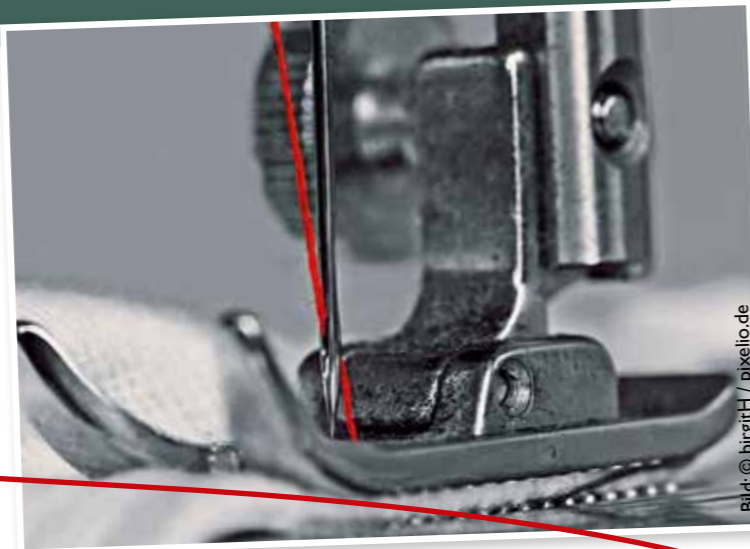


Bild: © birgith / pixelio.de

Antwort. Gezeigt wird, wie sie ihre Finanzierung sicherstellen und welche Bedingungen hierfür erfüllt werden müssen. Doch vor allem arbeiten wir an diesem Tag an den Fallbeispielen der Teilnehmer und entwickeln gemeinsam Finanzierungsmöglichkeiten. Am zweiten Tag steht die Finanzierung von Projekten im Vordergrund. Meist findet sich gerade für kleine Projekte keine Fördermöglichkeit, etwa für Kostüme des örtlichen Karnevalsvereins, für neue Tore des Fußballvereins oder auch für private Personen, um ihnen ein zusätzliches Einkommen zu schaffen – und sei es über den Kauf einer Nähmaschine. Deswegen werden am zweiten Tag zwei innovative Modelle vorgestellt: Das Beispiel einer Crowdfunding-Plattform sowie der revolvierende Regionalfonds in der Nordvorpommerschen Waldlandschaft – der erste dieser Art in Deutschland. Beides sind Modelle, die sicher eine Zeit brauchen, um die wichtigen Akteure einzubinden und die passenden Strukturen zu schaffen. Doch bieten beide Instrumente die Möglichkeit, langfristig in einer Region zu funktionieren – vielleicht ein passendes Vorhaben für die neue Förderphase.



Bild: © DenisNata - Fotolia.com



Mehr Informationen:

DVS Ländliche Räume
Isabell Friess und Anke Wehmeyer
Telefon: 0228 6845-34 59 oder 6845-3841
E-Mail: isabell.friess@ble.de oder anke.wehmeyer@ble.de

Anmeldung unter:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/finanzierung

Neues aus dem Netz

Von Dagmar Nitsch und Stefan Kämper

Auf den Themenseiten „Mobilität“ finden sich jetzt Beiträge zur **Elektromobilität in ländlichen Räumen**. Diskutiert wird etwa, ob die strukturellen Voraussetzungen ländlicher Räume mit den Anforderungen von E-Mobilen kompatibel sind. Dabei geht es beispielsweise um die Akkukapazität und somit die Reichweite und die notwendige Lade-Infrastruktur. Ein besonderer Fokus liegt auf der Einführung von elektromobilen Konzepten in touristisch bedeutenden Regionen und auf dem Beitrag, den Elektromobilität zur mobilen Grundversorgung leisten kann. Außerdem geht es um vernetzte Lösungen, denn die verschiedenen Formen der E-Mobilität können auch in Kombination mit anderen Verkehrsmitteln eine wichtige Rolle spielen.

Neu ist ebenfalls in dieser Rubrik der Abschnitt **„Mobilität und Daseinsvorsorge im ländlichen Raum“**. Hier wird der Frage nachgegangen, welche Wechselwirkungen zwischen Schrumpfung, dem Abbau von Angeboten der Grundversorgung und der Versorgung mit Mobilitätsdienstleistungen bestehen. Denn insbesondere in diesen Regionen ist die Sicherung der Daseinsvorsorge eine zunehmende Herausforderung. www.netzwerk-laendlicher-raum.de/mobilitaet

Das neue **LandInForm-Spezial „Jugend und Regionalentwicklung“** kann online bestellt und gelesen werden: www.netzwerk-laendlicher-raum.de/jugend

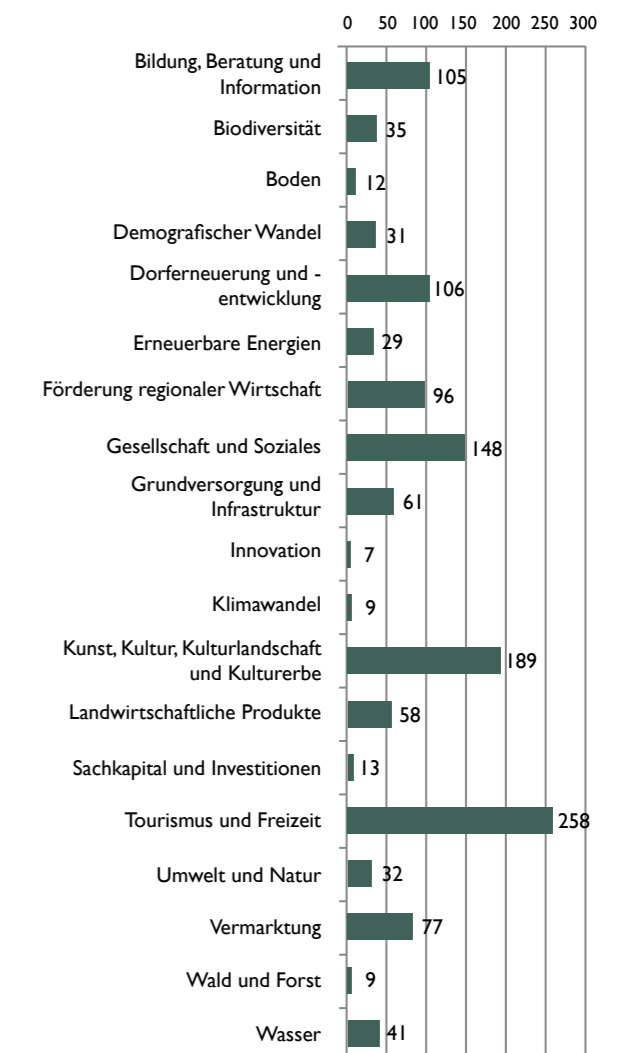
Projekte im Netzwerk beannt machen!

Mehr als 550 Projektbeschreibungen sind zurzeit in der DVS-Datenbank abrufbar und es sollen mehr werden. Die DVS ruft deshalb alle auf, deren interessante Projekte – ELER-gefördert oder auch nicht – die Datenbank bereichern können. Unter der Adresse www.netzwerk-laendlicher-raum.de/beispiele ist ein Fragebogen zu

finden, mit dem die Informationen an die Redaktion geschickt werden können. Zum Ende der laufenden Förderphase möchte die DVS ein wenig Statistik betreiben: Als kleinen Vorgeschmack zeigt die Grafik die thematische Verteilung der Projekte in der Datenbank (Stand August 2013). Die meisten Projekte berühren mehrere Themen, tauchen also in der Statistik mehrfach auf.

Projektstatistik

Projekte in der DVS-Projekt Datenbank nach Themen, Stand August 2013 (inkl. Mehrfachnennungen)



140 Zeichen schnell: Folgen Sie uns auf Twitter!

Aktuelle Meldungen aus dem Netzwerk Ländliche Räume werden jetzt auf einem neuen Kanal verbreitet: Seit Kurzem ist die DVS auf Twitter vertreten. Damit erweitert sich das Informationsangebot erstmals systematisch auf die sozialen Medien. Die DVS-Mitarbeiter sind der Meinung, dass Twitter die anderen Medien – das Magazin LandInForm, den Newsletter landaktuell und die Website – sinnvoll ergänzt. Denn Twitter ermöglicht es, sehr schnell Aktuelles aus dem eigenen Angebot, aber vor allem auch interessante Meldungen anderer weiterzuberichten. Einerseits kann die DVS ihre Inhalte dank Twitter einem großen Personenkreis unmittelbar und mobil zur Verfügung stellen, andererseits besteht die Möglichkeit, Meldungen und Positionen aus dem Netzwerk weiterzuberichten. Tweets, also Beiträge auf Twitter, die auf den von der DVS abonnierten Accounts veröffentlicht und für die gesamte Community interessant sein könnten, werden retweetet. Das heißt, die DVS nimmt sie in ihre Veröffentlichungsliste auf und verbreitet sie dadurch weiter.

Etwa 200 Personen und Institutionen folgen der DVS bereits auf dem Microblogging-Dienst. Darunter finden sich viele Institutionen, die im Netzwerk Ländliche Räume aktiv sind. Die DVS möchte den Service weiter ausbauen, wird beispielsweise thematische Listen anlegen, die abonniert werden können und auch auf multimediale Inhalte wie Filme oder Audiobeiträge verweisen. Also: Folgen Sie uns!

www.twitter.com/dvs_land



Wie finden sie unsere Themenseiten?
Sagen Sie uns Ihre Meinung zu unserem
Webauftritt. Wir freuen uns auf Ihren Anruf
oder Ihre E-Mail.

Stefan Kämper
Telefon: 02 28 / 68 45 37 22
E-Mail: dvs@ble.de

Mach mit



Bild: © fotomek

Aktive Öffentlichkeit — Wir machen Zukunft!

Von Andrea Birrenbach und Anja Rath

aktivieren informieren engagieren

Bild: © Dudarev Mikhail

Viele ländliche Regionen stehen vor der Aufgabe, sich verändern zu müssen. So beklemmend Zwangslagen auch sind, bergen sie stets auch eine große Chance: Sie können einen Anreiz bieten, neue Ideen zu entwickeln, zu erproben und neue Zukunftswege anzulegen. Hier sind wir alle gefragt – nur, wer ist „wir“? Damit aus dem unverbindlichen Wir ein aktives Wir wird, reicht Betroffenheit allein nicht aus. Wir werden erst dann aktiv, wenn wir uns angesprochen fühlen und uns zutrauen, Verantwortung zu übernehmen. Wie kann also ein aktives Wir aus ländlichen Akteuren gefördert und unterstützt werden? Diese Frage behandelt unser Fokus in diesem Heft.

In dieser Ausgabe von LandInForm stellen wir Beispiele für aktivierende Verfahren vor, hinterfragen, welche Motivation dafür nötig ist und welche Stolpersteine aus dem Weg geräumt werden müssen. Exemplarisch greifen wir Initiativen von Bürgern auf, die aus eigenem Antrieb ihre kreativen Ideen verfolgen. Anhand all dieser Beispiele zeigen wir, welche Unterstützung erfolgreiche Prozesse brauchen und wie Kommunikation funktionieren kann. Als zentrale Schnittstelle zwischen allen Beteiligten betrachten wir die Medieninformationen: Welche Möglichkeiten gibt es für eine fundierte ländliche Berichterstattung?

Beginnen wollen wir mit einer Frage, die allem zugrunde liegt: Wer gestaltet eigentlich Zukunft?



Bild: © ghoststone - Fotolia.com

Bild: © cantor pannatto - Fotolia.com

Bild: © wong yu ling - Fotolia.com

Bild: © ghoststone - Fotolia.com

Neues Denken für eine ländliche Zukunft

Ein Schlagwort kennzeichnet alle Entwicklungskonzepte: die Zukunft. LandInForm hat Dr. Michael Thomas als Vordenker in peripheren Regionen gefragt, was es braucht, damit ländliche Räume eine Zukunft haben. Seine Einschätzung ist zornig, entmutigend und inspirierend in einem: Neues Denken ist gefragt.

Von Michael Thomas

Mit dem Wort Zukunft verbinden viele Menschen gewöhnlich eine positive Erwartung. Aber die Antwort auf die Frage „Habe ich eine Zukunft?“ könnte sehr wohl auch so aussehen: „Im Prinzip ja, alles hat eine Zukunft. Nur ist sie oft kurz und eher schlecht.“ Dennoch brennt wohl keine Frage so sehr unter den Nägeln.

Die Politik und selbst große Teile der Öffentlichkeit scheinen sich diese Frage allerdings eher weniger zu stellen. Die Feststellung des lange verstorbenen Soziologen Niklas Luhmann, dass letztlich die effektivste Art, komplizierte Probleme zu lösen, darin bestehe, diese auszusitzen oder eben nicht zu lösen, charakterisiert das politische Regelgeschäft und legitimiert öffentliche Verdrängung. Da eben nichts so gewiss oder verlässlich erscheint wie die Gegenwart, macht man weiter wie bisher.

Es gibt keine Alternative

Die eingesetzte Wachstums-Enquete hat wenig daran geändert, dass ein als alternativlos ausgegebener Wachstumskurs fortgesetzt wird. Wohlstandssicherung heute steht vor längerfristiger Existenzsicherung. Soziale Verwerfungen vor Ort fallen bei dieser deklarierten Alternativlosigkeit zum Weiterwachsen politisch und auch öffentlich kaum ins Gewicht. So können ganze Landstriche in Deutschland ins Abseits geraten: Wachstum und Wohlstand sind die Korsettstangen der prosperierenden, der zentralen und vor allem der urbanen

Regionen. Die peripheren, die ärmeren und eher ländlichen Räume werden zwangsläufig zur Manövriermasse. Es gibt Szenarien für diese „Schrumpfungsräume“ und sie sind in ihrer nicht hinterfragten Logik mit Schlagwörtern wie Abkoppelung, Abbau, Schlafraum oder „Hilf-dir-selbst!“ durchaus konsequent. Es bleibt nichts mehr vom Kuchen, die Grenzen staatlicher Vorsorge sind offensichtlich, vielfach praktizierte Konzepte ausgereizt. Gute Gründe also für die ländliche Bevölkerung, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen.

Seifenblase Wachstum

Eher grotesk wirkt es, wenn gerade in peripheren ländlichen Räumen noch immer von der Wachstumswelt geträumt und deren Logik über Marketingstrategien, Fördermittelvergabe und eingespielte Machtkonstellationen zumindest simuliert wird. Die Folge: Konkurrenz bis zum letzten Cent. Etablierte Lebensformen, Gewohnheiten und kulturelle Muster mögen kompatibel sein – Zukunft wird so aber verspielt. Daran ändern dann auch Zukunftswerkstätten oder öffentliche Debatten nichts. Selbst eine staatlich verordnete Kreativwirtschaft bleibt gefangen, wenn eingeschiffene Muster nicht verlassen werden. An manchen ehemaligen ostdeutschen Industriestandorten wurde zudem in ungebrochener Wachstumserwartung nach 1990 Zukunft regelrecht verbaut: große Gewerbeflächen, leere Hallen, überdimensionierte Abwasseranlagen. So erstarken immer wieder Konflikte, zeigen sich widersprüchliche Interessenlagen und reiben sich die unterschiedlichen Ansprüche von Milieus und Generationen, von Einheimischen und Zugewanderten. Regeln und Vorschriften machen Einmischung kompliziert; viele Aktivitäten und Initiativen finden nur schwer Resonanz, werden zermürbt.

Auswege zumuten

Dennoch gilt, freilich mit veränderter Interpretation: Es gibt keine Alternative – es muss anders werden, anders gehen! Und es gibt schon viele praktische Belege dafür, dass gerade der ländlich-periphere Raum als Alternative zu behaupteter Alternativlosigkeit taugt. Dabei muss man die vielen Probleme, die immer wieder die Hoffnungslosigkeit solcher Regionen benennen – Abwanderung, Entleerung und Überalterung, hohe Kosten für Infrastrukturen, kaum zu haltende Standards einer sicheren Versorgung –, nicht ignorieren. Aber nur wenn man akzeptiert, dass diese Probleme nicht mit einem Wachstums- und also Konkurrenzmodell zu beheben sind, ergibt sich die Chance zu einer anderen Fragestellung und Antwortsuche. Wie lässt sich auch und vielleicht gerade unter diesen Bedingungen gut leben, welche Infrastrukturen und Standards sind nötig und gewünscht? Was sind die besonderen Ressourcen, auf die man setzen, die man aufwerten muss? Wo

lässt sich sparen, ohne Qualität aufzugeben? Mit dieser Suche ist man nicht bei einer Notlösung für den abgekoppelten ländlichen Raum, sondern auf einem Ausweg zu einer haltbaren Zukunftsperspektive. Der ländliche Raum kann und muss Vorreiter sein für ein anderes Leben und Wirtschaften, er kommt aus seiner Abhängigkeit von den städtischen, den zentralen oder den Ballungsräumen nur heraus, wenn er einen anderen Pfad ausprobiert. Dieser Bruch ist wahrlich eine Zumutung!

Lokal, klein und zukunftsweisend

Auf unzählige Projekte und Initiativen, auf Vernetzungen und übergreifende Bewegungen kann hingewiesen werden. Multifunktionsstreife oder Dorfkern stehen als Ansätze für effiziente Infrastrukturen, lokale Erzeugung und Vertrieb, für reduzierte Mobilität und minimierten Transport. Von dörflichen Initiativen geschaffene und getragene Schulen und Kitas vor Ort schaffen Bindungen zwischen Generationen. Lokale kulturelle und künstlerische Treffpunkte und Events auf dem Land sind Gelegenheiten für Ideentransfer und Kommunikation. Es sind diese scheinbar kleinen Projekte und Initiativen, mit denen sich Chancen für andere Entwicklungspfade, für zukunftsfähige Lebensmodelle, aber auch für die erforderliche Öffentlichkeit und Demokratie verbinden. In ihnen zeigt sich nämlich zugleich der größte Kontrast zum bisherigen Wachstumsmodell: dezentral und kommunal statt zentral und staatlich verordnet, gemeinschaftlich und kooperativ statt zentralistisch und dirigistisch, Qualität und Nutzen statt Gewinn und Maximierung. Darin liegen ebenso Zumutung wie Chance und es ist offensichtlich, dass in gewisser Hinsicht eine Öffentlichkeit dafür erst geschaffen werden muss und dass auch Demokratie sowie politisches Handeln gleichsam „von unten“ gestärkt wie neu begründet werden müssen. Auf beides, weder auf Öffentlichkeit noch auf Demokratie, kann verzichtet, beides kann nicht anderen Kräften überlassen werden. Beides ist aber eben angesichts offensichtlicher Zumutungen nicht einfach zu haben: Zukunft liegt vielfach quer zu Gewohnheiten, zu Routinen und Erwartungen. Wer sagt, dass alles anders werden muss, kann nicht nur offene Arme erwarten. Ohne solche geht es aber auch nicht.

Verantwortung schafft Gestaltungsspielräume

Neben den vielen kleinen Experimenten, den Raumpionieren, kreativen Künstlern und vielen anderen Akteuren ist eine der wichtigsten Bewegungen mit den verschiedenen Energiedörfern, mit kommunalen, genossenschaftlichen Energieprojekten verbunden. Mit ihnen sind Energiewende und ökologischer Umbau greifbar, können Kommunen, Gemeinschaften auch in der ländlichen Peripherie den Zirkel von Abhängigkeit und nicht nur finanzieller Entmündigung durchbrechen. Statt öffentlich nur darüber zu debattieren, wie sich wo noch sparen lässt, kann über den neuen Kindergarten, den Dorfladen, das Gemeinschaftshaus entschieden werden. Beteiligung und Verantwortungsübernahme lohnen sich wieder und verbinden sich mit Gestaltungsmöglichkeiten. So lassen sich bürgerschaftliches Engagement, regionale unternehmerische Verantwortung und lokale Politik buchstäblich an einen Tisch bringen. Wo sich Potenziale praktischer, eigenständiger Veränderung zeigen, wo gemeinschaftliches Agieren und nicht soziale Spaltung dominieren, wird Öffentlichkeit wieder interessant und Politik wichtig, und es geht wieder um etwas: Zukunft.

Experiment Regionalwährung:

Chiemgauer oder Urstromtaler stärken lokale Wirtschafts- und Versorgungskreisläufe und setzen auf Werte von Gemeinwohl, Gemeinschaft und den Ausstieg aus abstrakten Verwertungszusammenhängen.

Experiment Ökonomie jenseits des Marktes:

In Altenau arbeitet ein Verein an einem neuen Wirtschafts- und Lebensmodell. Sein Hofprojekt soll erneuerbare Energien, ökologisches Gärtnern und fürsorglichen Umgang mit Tieren zu einem neuen Umgang in der Gemeinschaft verknüpfen.

Experiment autarke Energiegemeinde:

Lokale Unternehmen und eine dörfliche Genossenschaft in Feldheim koppeln ihren Ort ab vom zentralen Netz mit der Vision eines preiswerteren Wohnens und eigenständiger Wirtschaftsbetriebe mit Ausbildungs- und Arbeitsplätzen.

Platz für ein neues Experiment

...

Mehr Informationen:

Dr. Michael Thomas
Brandenburg-Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien (BISS e.V.)
E-Mail: Thomas.Micha@t-online.de

Das BISS e.V. forscht unter anderem in peripheren altindustriellen und ländlichen Räumen und es vergleicht Regionalentwicklungsansätze. Momentan begleitet es ein Projekt zu Zukunftsinitiativen im Süden Brandenburgs (www.zukunft-ee.de).



Bild: © Africa Studio - Fotolia.com



Bild: © Stauke - Fotolia.com



Bild: © Robert Kneschke - Fotolia.com

Aktive ländliche Öffentlichkeit braucht regionale Vermittler

Regionale Entwicklungsprozesse verlaufen vor allem dann langfristig erfolgreich, wenn sich lokale Akteure aktiv in die Zukunftsgestaltung ihrer Region einbringen. Dazu braucht es neben Förderanreizen und guten Ideen auch Selbstvertrauen und Kompetenz. Und vor allem Akteure, die als Initiatoren und Vermittler die Menschen in ihrer Region ansprechen, informieren und motivieren.

Von Gabriela B. Christmann

Ländliche Entwicklung zu fördern, ist ein politischer Ansatz zur Lösung drängender Strukturprobleme. Viele top-down angelegte Förderansätze unterstützen deshalb sektorbezogene Projekte.

Es zeigt sich allerdings, dass die Förderung von vielen Einzelprojekten nicht unbedingt die Weiterentwicklung von Regionen bewirkt: Längerfristig angelegte Projekte stagnieren vielfach nach Auslaufen der Förderungen. Es fehlt der nötige Rückhalt bei den lokalen Akteuren, weitere Entwicklungen eigenständig voranzubringen. Mit Bottom-up-Ansätzen in der integrierten ländlichen Entwicklung, wie etwa in Leader, sollen deshalb lokale Akteure aktiv in regionale Planungs- und Entscheidungsprozesse eingebunden, ihre Kreativkraft genutzt und gefördert werden.

Bild: © Kzenon - Fotolia.com

Allerdings scheitern Netzwerke dort nicht selten an administrativen Hürden. Interessante Ansätze kommen mitunter gar nicht erst zum Zug, weil sie formellen Kriterien nicht entsprechen. Um im Wettbewerb um Fördermittel erfolgreich zu sein, brauchen lokale Akteure neben vielversprechenden Ideen auch Know-how und Unterstützung. Dies gilt verstärkt, wenn man Menschen projektunabhängig und ohne finanzielle Anreize aktivieren will – anspruchsvolle Aufgaben für regionale Vermittler.

Bürger beteiligen

Engagierte Bürgermeister, Regionalmanager oder Wirtschaftsförderer, aber genauso Vereine und bürgerschaftliche Gruppen stellen sich diesen Aufgaben. Ihnen steht eine Vielzahl an Beteiligungsmöglichkeiten zur Verfügung. Mit aktivierenden Methoden können Mitbürger dazu motiviert werden, über Angelegenheiten des Gemeinwesens nachzudenken, Position zu beziehen und sich möglichst aktiv einzusetzen. Funktionsträger und interessierte Bürger können in einen gemeinsamen Diskussions- und Willensbildungsprozess eintreten (siehe dazu auch Beitrag Seite 16 und 17). Die meisten Beteiligungsverfahren setzen jedoch Methodenkompetenz oder professionelle Begleitung voraus – und bereits interessierte Bürger. Viel schwieriger ist es, jene Bevölkerungsgruppen zu erreichen, die sich nicht angesprochen fühlen oder sich nicht zutrauen, an der regionalen Gestaltung mitzuwirken.

Ins Gespräch kommen

Dies ist kein leichtes Unterfangen, denn mitunter scheitert ein aktives öffentliches Leben in ländlichen Regionen an scheinbar einfachen Dingen. Neben vitalen ländlichen Räumen gibt es eben auch solche,

denen es durch Abwanderung und demografischen Wandel schlicht an Menschen mit den nötigen Kenntnissen oder Selbstvertrauen fehlt. Von der wachsenden Zahl älterer Menschen in ländlichen Regionen sind zwar viele ehrenamtlich aktiv, die Mehrheit fühlt sich für regionale Entwicklungsprozesse aber häufig nicht verantwortlich. Betroffenheit allein aktiviert offensichtlich nicht zwangsläufig. Dazu bedarf es einer direkten Ansprache – auf einer möglichst persönlichen Ebene: Beim Stammtisch, beim Seniorentreff oder beim Dorffest können Bürgermeister, Regionalmanager oder andere Initiatoren Mitstreiter für neue Ideen gewinnen. Um wirkungsvolle Impulse zu setzen, müssen Ideen und Lösungsansätze allerdings auch weitergetragen werden. Auf den ehemals für ländliche Gemeinden als typisch angesehenen, engen sozialen Zusammenhalt und intensiven Austausch können zumindest strukturschwache Gebiete nicht mehr unbedingt setzen. Bewohner von Dörfern und Gemeinden beklagen dort, dass man kaum noch miteinander rede, weil es wichtige Treffpunkte nicht mehr gebe: den Kaufladen, die Arztpraxis, die Pfarrgemeinde oder die Dorfkneipe. Nach der Aktivierung der ländlichen Öffentlichkeit Konzepte und bereits angestoßene Prozesse in die Bevölkerung zurückzutragen, ist also eine weitere Aufgabe für Initiatoren und Vermittler. Hier können professionelle Berater und Vernetzer moderieren, aber auch dörfliche Strukturen mit Funktionsträgern und Vereinen oder motivierte Bürger selbst eingebunden sein (siehe dazu auch die Beiträge auf den Seiten 24, 31, 32 und 33). Die drei Letztgenannten müssen dazu aber auch befähigt werden, beispielweise durch Beratungen oder Schulungen zu Vernetzungs- und Kommunikationsmethoden.

Lokale Ideengeber und Kümmerer unterstützen

Noch einen Schritt weiter gehen die seit einigen Jahren in ländlichen Räumen aktiven „Social Entrepreneurs“. Ihr Konzept: Potenziale vor Ort fördern, Einheimische in den strukturschwachen Regionen aktivieren, professionell beraten und zur selbstständigen Entwicklung von Problemlösungen befähigen. Ein Beispiel ist das Projekt „Dorfkümmerer“ in Brandenburg (siehe Beitrag Seite 34 und 35), bei dem gezielt Menschen, die in ihren Dörfern anerkannt und eingebunden sind, methodisch unterstützt und beraten werden, um mit ihrer Dorfgemeinschaft Entwicklungen in Gang zu setzen und Projekte zu verwirklichen.

Es gibt eine weitere Akteursgruppe mit Potenzial, die bislang im Kontext ländlicher Entwicklungsprozesse wenig beachtet wurde: zugereiste „Raumpioniere“, die ihren eigenen Lebensentwürfen folgend aufs Land kommen, um sich dort Experimentierräume zu schaffen und Ideen umzusetzen (siehe dazu auch Buchbesprechung auf Seite 58). Mit neuen Lösungsansätzen für Problemlagen vor Ort scheinen sie genau jene kreativen und aktiven Menschen zu sein, die in ländlichen Regionen Entwicklungsprozesse von unten in Gang setzen können. Es zeigt sich jedoch, dass Einheimische diese Akteure oft als Fremde wahrnehmen und ausgrenzen. Gefragt ist hier ein gegenseitiges Kennenlernen und Verstehen. Raumpioniere müssen sich bewusst sein, dass sie der Bevölkerung möglicherweise als Routinebrecher erscheinen und ihre Ideen ohne eine Verankerung in der Lokalkultur scheitern können. Die Bürger von strukturschwachen Regionen müssen erkennen, dass Verbesserungen durch Veränderungen von Althergebrachtem möglich sind. Möglicherweise bedarf auch dieser Prozess einer Begleitung.

Schnittstelle Medieninformation

Nur informierte Bürger werden zu Akteuren. Regionalmanagements, Kommunen und auch Vereine betreiben deshalb häufig eine intensive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Das ist beispielsweise im Zusammenhang mit den komplexen EU-Förderregelungen schon eine Herausforderung (siehe dazu Beiträge auf den Seiten 20 und 21). Doch es gibt noch weitere: Ländliche Regionalzeitungen oder Lokalteile werden immer öfter eingestellt oder sie verfügen nicht mehr über die personellen Möglichkeiten, um eine vielseitige regionale Berichterstattung zu bieten. Wo es noch regionale Berichte gibt, bedienen sie allzu oft Negativdiskurse. Das Internet bietet hier nur bedingt Ersatz, nicht alle verfügen über

Computer und Internetzugang. Außerdem steuert bei diesem Medium der Empfänger den Informationsfluss: Nur motivierte und versierte Internetnutzer können entsprechende regionale Informationen aus dem Netz ziehen. Und für den intensiven Austausch von Ideen und Wissen eignet sich die Online-Kommunikation nur begrenzt – den persönlichen Austausch kann sie nicht ersetzen (siehe dazu Beitrag Seite 18 und 19).

Hier sind neue Kommunikationsansätze gefragt. Bürgermedien könnten ländliche Berichterstattung wiederbeleben. Die hier häufig ehrenamtlich aktiven Redakteure müssen allerdings geschult und motiviert werden, wozu es wiederum eine Unterstützung und einen Organisator braucht (siehe dazu auch Beiträge auf den Seiten 25, 28 und 30).

Ländliche Regionen stehen zahlreichen Herausforderungen gegenüber. Ebenso zahlreich sind aber auch die Initiativen, die gemeinschaftlich getragene Entwicklungen anregen. Oft mit langfristiger Wirkung: Neben strukturellen Veränderungen festigen sie auch die ländliche Gesellschaft und damit die Grundlage für eine aktive ländliche Öffentlichkeit.



Bild: © pinkyoone - Fotolia.com



Mehr Informationen:

Dr. Gabriela B. Christmann
Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung
Telefon: 03362 793-299
E-Mail: Christmann@irs-net.de
www.irs-net.de

Dorfentwicklung mit konzeptioneller Beteiligung



Bild: © proloco, Foto: M. Glatthaar

↗ In Arbeitsgruppen lokale Themen herausarbeiten

Im Jahr 2012 hat Hessen mit dem sogenannten „Integrierten kommunalen Entwicklungskonzept“ ein neues Dorfentwicklungsverfahren eingeführt, bei dem die gesamte Kommune betrachtet werden muss. Besonderen Wert legt das Land auf eine breite Beteiligung. Als eine der ersten Kommunen hat die Gemeinde Lautertal im Vogelsbergkreis das Verfahren erfolgreich angewendet.

Von Michael Glatthaar und Kirsten Steimel

Mit der Umstellung auf das „Integrierte kommunale Entwicklungskonzept“ (IKEK) änderte das Land Hessen neben Vorgehen und Inhalten auch die Möglichkeiten der Einbindung und Beteiligung der Bevölkerung. Bei einem IKEK sollen möglichst viele Bürger aller Orts- und Stadtteile mitwirken und in einem Ansatz „von unten“ eine gesamtkommunale Strategie mit Leitbild, Zielen und Projekten mitentwickeln. Als Hilfestellung hat das Land dazu einen Leitfaden erarbeitet.

Ideenvertreter in Foren und Arbeitsgruppen

Um möglichst viele der rund 2.500 Einwohner seiner sieben Ortsteile umfassenden Gemeinde einzubinden, beauftragte Lautertals Bürgermeister Heiko Stock die kooperierenden Beratungsbüros proloco und regioTrend mit der Moderation des Beteiligungsprozesses. Die Berater wählten einen Mix verschiedener Ansätze. Durch lokale Veranstaltungen in jedem Ortsteil sowie die frühzeitige Einbindung der Ortsbeiräte wurde die Bevölkerung sozusagen an der Haustür abgeholt. Es folgten IKEK-Foren mit den inhaltlichen Arbeitsschritten. Die Beteiligung funktionierte hier mittels eines Vertretungsprinzips: Jedes Dorf bildete ein IKEK-Team aus bis zu fünf Personen, welches die Ideen aus dem Ort vertrat. Die Auswahl der Vertreter der IKEK-Teams gelang problemlos und die jeweiligen Orte achteten auf eine passende Mischung von Alter und Geschlecht. Teilweise waren Ortsvorsteher und Vereinsaktive in den Teams vertreten; teilweise engagierten sich Personen, die zuvor noch in keinem Verein aktiv oder auch zugezogen waren.

Die IKEK-Foren wurden von den beauftragten Büros moderiert und in enger Absprache mit der Steuerungsgruppe aus Vertretern von politi-

schen Gremien, Gemeindeverwaltung, Ortsvorstehern und dem Amt für den Ländlichen Raum vor- und nachbereitet. Die inhaltliche Arbeit fand in vier Arbeitsgruppen statt. Neben fachlichem Input und Praxisbeispielen – zum Teil von regionalen Experten – gehörte hierzu auch die weitere Recherche zu Fragen, die während der Diskussionen aufgeworfen wurden. An den Arbeitsgruppen beteiligten sich die Vertreter aller Ortsteile. Für die Weiterarbeit an konkreten Startprojekten meldeten sich dann vor allem die Dörfer, die einen Bedarf für das Thema auf lokalen Veranstaltungen herausgestellt hatten.

In die Ortsteile getragener Konzeptionsprozess

Während der Erarbeitung des gesamtkommunalen Konzepts regten die Berater Rückkopplungsveranstaltungen durch die IKEK-Teams auf Ortsteilebene an. Die Idee wurde teilweise aufgegriffen und durch die Aktiven vor Ort selbst mit Veranstaltungen im Rahmen von Vereinstreffen, Spielplatzfest oder Ortsbeiratssitzungen initiiert. Dabei gelang es, gezielt unterschiedliche Zielgruppen wie Jugendliche oder Senioren einzubinden. Auch David Firlé, ein neuer Akteur und IKEK-Vertreter hat diese Erfahrung gemacht: „Wir haben uns nach der lokalen Veranstaltung in Hopfmansfeld mit dem IKEK-Team und ein paar weiteren Personen getroffen und – angeregt durch den Workshop – weiter darüber diskutiert.“ Vor welchen Herausforderungen Hopfmansfeld stehe und wie Einwohner auf Entwicklungen positiv Einfluss nehmen könnten, waren Fragen, die sich die Gruppe stellte. „Schnell wurde klar, dass wir diese Fragen zwar aus unserer persönlichen Sicht beantworten konnten, aber nicht stellvertretend für alle Bewohner Hopfmansfeld“, erinnert sich David Firlé. In einer Reihe von Umfragen, in der einzelne Zielgruppen getrennt angesprochen wurden, erfragte das Team deren



Bild: © regioTrend, Foto: K. Steimel

↗ Beim lokalen Rundgang den Ort neu betrachten

Sorgen und Wünsche. „Ein Ergebnis davon war, dass die Befragten nicht gewohnt waren, öffentlich über ihre Sorgen und Ideen für die Zukunft nachzudenken. Die Möglichkeit, als Gemeinschaft die Zukunft nach eigenen Wünschen selbstständig zu gestalten, musste von vielen erst wiederentdeckt werden“, so Firlé.

Die Prozesse vor Ort bewirkten eine eigene Dynamik im Gesamtprozess, denn die Ergebnisse und Aktivitäten wurden auf dem jeweils nächsten IKEK-Forum vorgestellt und andere Ortsteile folgten dem guten Beispiel. Die Entwicklungsschritte wurden durch eine kontinuierliche Presse- und Öffentlichkeitsarbeit auch für eine breitere Öffentlichkeit transparent kommuniziert.

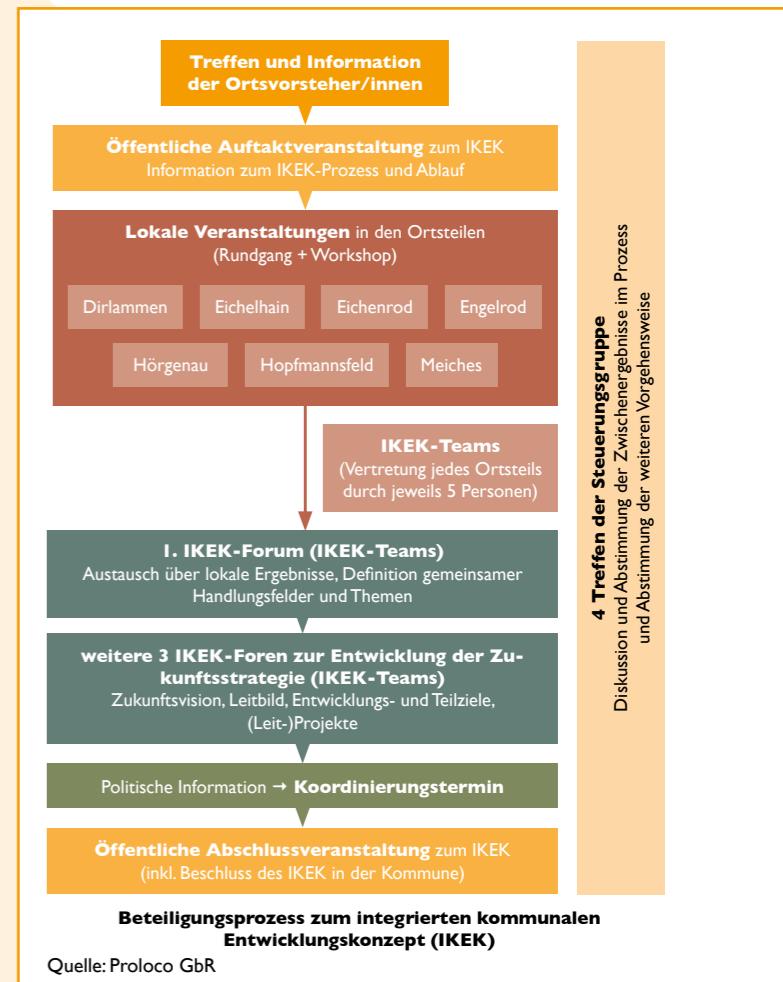
Chance für gemeinsame Dorfentwicklung

Nach fast einem Jahr Entwicklungsarbeit liegt das IKEK Lautertal vor. Neben einer gesamtkommunalen Bestandsaufnahme, der Darstellung der sieben Ortsteile, der Stärken-Schwächen-Analyse und abgeleitetem Handlungsbedarf beinhaltet es eine Entwicklungsstrategie mit Leitbild und Motto der Gemeinde sowie Zielen und Projekten. Parallel zur Erarbeitung des IKEK wurde durch ein Planungsbüro der städtebauliche Fachbeitrag erstellt, der in allen sieben Dörfern die innerörtlichen Fördergebiete abgrenzt und Hinweise zur Baukultur und Ortsstruktur gibt. Das Interesse der Hauseigentümer, an der angebotenen Privatberatung teilzunehmen, war von Anfang an sehr hoch. Dies lässt hoffen, dass sich die öffentlichen und privaten Maßnahmen sinnvoll ergänzen und im Ergebnis die Lebens- und Wohnqualität in Lautertal stärken.

Nur ein breit getragenes IKEK hat die Chance, später auch gemeinsam mit vielen Bürgern umgesetzt zu werden. Lautertal hat gezeigt, dass eine intensive Beteiligung der Bevölkerung auf der gesamtkommunalen Ebene möglich ist. Besonders das Engagement des Bürgermeisters und weiterer Gemeindevertreter motivierte die Bürgerschaft und trug dazu bei, dass die Vernetzung mit den politischen Gremien gut gelang. Heiko Stock ist zuversichtlich: „Durch das IKEK ist es uns gelungen, auch Bevölkerungsgruppen anzusprechen, die sich bislang noch nicht in den gemeindlichen Strukturen oder im Vereinsleben engagiert haben. Sie haben vielfach eine ganz andere Sicht der Dinge in die Diskussion eingebracht. Dies zusammen mit dem Wissen der bereits seit vielen Jahren Aktiven hat den richtigen Mix ausgemacht. In den Arbeitsgruppen wird bereits intensiv an der Umsetzung der Startprojekte gearbeitet.“ Es zeige sich, dass ein breiter Ansatz mit vielfältiger Beteiligung auch die Beteiligung vieler Personen am weiteren Prozess ermöglicht. „Mit regelmäßigen Treffen der Steuerungsgruppe in Verbindung mit den Akteuren der einzelnen Arbeitsgruppen soll eine Verstärkung des Prozesses gelingen“, erklärt der Bürgermeister.

Professionell begleitet

Eine zentrale Rolle spielte bei dem Prozess die externe Moderation, Beratung und fachlich-inhaltliche Begleitung. Zum einen, um die Gesamtstrategie stringent zu entwickeln, die Aktiven zusammenzubringen, zu motivieren und das Ziel im Blick zu haben. Zum anderen, um auch



die Sicht von außen zu nutzen, die künftige Entwicklung einzuschätzen, Vergleiche mit anderen Regionen und Orten herzustellen und bei Diskussionen zu emotionalen Themen wie Windenergie sachlich zu vermitteln. Ein Fazit daraus: Ein Prozess mit unterschiedlicher Dynamik, der sich über knapp ein Jahr erstreckt und viele Gremien einbinden muss, bedarf einer professionellen Begleitung.

Leitfaden für ein Integriertes kommunales Entwicklungskonzept

Die Publikation zum IKEK Hessen kann beim Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung bezogen und aus dem Internet heruntergeladen werden unter:
www.wirtschaft.hessen.de/publikationen

Mehr Informationen:

Dr. Michael Glatthaar
proloco GbR
Telefon: 0551 54809-22
E-Mail: glatthaar@proloco-bremen.de
www.proloco-bremen.de

Dipl.-Geogr. Kirsten Steimel
regioTrend – Büro für Regionalentwicklung
Telefon: 0641 971901-46
E-Mail: kirsten.steimel@regio-trend.de
www.regio-trend.de

Heiko Stock
Bürgermeister der Gemeinde Lautertal (Vogelsberg)
Telefon: 06643 9610-12
E-Mail: hstock@lautertal-vogelsberg.de



Bild: © privat

„Parteien sind breiter demokratisch legitimiert als jede Bürgerinitiative“

Der Landkreis Friesland hat vor einem Dreivierteljahr ein transparentes und leicht zu bedienendes Online-Abstimmungstool eingeführt, um möglichst vielen Bürgern eine Beteiligung an komplexen politischen Themen zu erleichtern. Bisher haben sich bei „Liquid-Friesland“ von rund 100 000 Berechtigten nur 700 angemeldet. Demokratieforscherin Johanna Klatt erläutert Faktoren, die bei der Bürgerbeteiligung eine Rolle spielen.

Frau Klatt, warum beteiligen sich relativ wenige Menschen an politischen Verfahren?

Grundsätzlich heißt es vielfach: ‚Je aufwendiger eine Beteiligungsmethode, desto geringer ist die Anzahl der Beteiligten‘. Man muss allerdings darüber nachdenken, was die Voraussetzungen für Partizipation und Engagement im Allgemeinen sind. Eine der wichtigsten ist die Zeit, die man haben muss, um sich mit etwas auseinanderzusetzen.

Spielt denn die Zeit bei einem Onlinetool eine so große Rolle?

Ja, denn auch dazu muss man sich eine eigene Meinung bilden und diese nach außen vertreten. Sich zu informieren, Urteile zu fällen und ihnen Ausdruck zu verleihen ist anspruchsvoll und zeitaufwendig. Auch bedeutet ein geringerer Aufwand eben nicht gleich eine höhere Beteiligung. Wenn man alleine vor dem Computer sitzt, merkt beispielsweise niemand, wenn man sich nicht engagiert. Es gibt keinen sozialen oder kollektiven Druck von außen.

Welche Rolle spielen die Themen? Die meisten Bürger beteiligten sich bei „LiquidFriesland“ an Abstimmungen rund um den Autoverkehr. Interessieren sich Menschen nur für die Dinge, die sie selbst direkt betreffen?

In der Partizipationsforschung wird die These diskutiert, es gäbe einen Trend hin zu selbstzentriertem Engagement. In immer mehr Bürgerinitiativen wächst das sogenannte Single-Issue-Engagement, die Beteiligung an Einzelthemen. Das muss gar nicht verwerflich sein, aber der Gedanke liegt nahe, dass sich Menschen besonders engagieren, wenn sie persönlich betroffen sind.

Eine andere These: Unsere Welt ist im Zuge der Individualisierung und auch der Globalisierung viel unüberschaubarer geworden. Man traut sich bei hochkomplexen Themen immer weniger eine eigene Meinung zu. Sehr viel einfacher ist es, dort Stellung zu beziehen, wo es für mich selbst überschaubar und lebensnah ist – beispielsweise bei konkreten Verkehrsthemen.

Bilden solche Tools wie „LiquidFriesland“ also nur die Meinung der direkt Betroffenen ab?

In der Tat lässt sich diese Entwicklung kritisch betrachten. Wer macht bei den Bürgerinitiativen oder unkonventionellen Beteiligungsformen mit? Es sind die Ressourcenstärkeren, die sich beteiligen: Man muss das Wissen haben und die Wege kennen, um seine Meinungen einzubringen. Das sind meist Menschen mit höherem Bildungsabschluss. Die soziale Ungleichheit zeigt sich bei Bürgerinitiativen und direktdemokratischen Verfahren daher viel stärker als bei konventionellen Wahlen. Die Parteien, die in den Parlamenten oder Räten sitzen, sind gegenwärtig – trotz aller, an ihnen geäußerten Kritik – breiter demokratisch legitimiert als jede Bürgerinitiative.

Die Abstimmungsergebnisse bei „LiquidFriesland“ fließen als Meinungsbild in die politischen Gremien ein. Denken Sie, dass es eine Hürde darstellt, dass die Menschen nur indirekt Einfluss nehmen können?

Das mag sein. Zu hohe Erwartungen an solch ein Mitmach-Tool können in der Gefahr münden, dass Demokratie als enttäuschend wahrgenommen wird. Werden die Frustrationen darüber, dass die eigene Meinung trotz hohen Erwartungsdruckes nur unzulänglich aufgenommen wird, nicht aufgefangen, ist die Gefahr groß, dass bei den Bürgern Politik als ein abgeschottetes, elitäres Gebilde wahrgenommen wird. Wenn die Grenzen so einer Methode aber gut erklärt werden, ist das ideal.

Wir merken immer wieder, dass die Erwartungen an Demokratie sehr, sehr hoch sind. Viele haben wenig Verständnis dafür, warum es überhaupt repräsentative Organe gibt, auf die man zwischen den Wahlperioden kaum oder keinen Einfluss üben kann. Aus Sicht so mancher Bürger wäre die direkte Beteiligung ideal. Ich bin da skeptisch: So lange die Beteiligung ungleich verteilt ist, so lange sich die Ressourcenstarken mehr an den direkten Formen beteiligen, halte ich Wahlen für demokratischer, denn sie repräsentieren eher die soziale Gleichheit. Es ist aber auch wichtig, dass aus der Zivilgesellschaft Ideen und Meinungen in die Politik eingebracht werden.

Wie lassen sich aus Ihrer Sicht diejenigen erreichen, die sich bisher noch nicht einbringen?

Um beteiligungsschwache Gruppen zu erreichen, sollte man unkonventionelle Wege gehen: Die Form des Ortsfestes beispielsweise, um sich gegenseitig kennenzulernen, sich gegenüberzustellen, ist für politische Beteiligung niemals zu unterschätzen. Solche sozialen Netzwerke sind der erste Zugang zu Engagement. Wenn man bei einem Fest einmal über eine Sache ins Gespräch gekommen ist, dann ist der innere und äußere Druck, sich zu beteiligen, viel größer.

Was muss man also anbieten, um mehr Beteiligung zu erreichen?

Wenn man nur abstimmen möchte, ohne selbst Ideen einbringen zu wollen, ist bei „LiquidFriesland“ fast schon der Facebook-Charakter gegeben. Aber dazu muss man bereits das Ziel im Kopf haben, im Internet auf genau diese Seite zu gehen. Das ist eine Schwelle, die nur scheinbar niedrig ist. Tatsächlich setzt das Anklicken der Seite bereits ein abstraktes inneres Bedürfnis voraus, sich engagieren und politisch beteiligen zu wollen. Dazu muss man schon vorher ein bestimmtes Interesse haben und ein bestimmtes Problem erkennen. Und noch einen Schritt davor muss man sich selbst als engagierter, aktiver Bürger verstehen, als jemand, der eine Meinung hat, die er vertreten möchte. Dazu braucht es ein Selbstbewusstsein, das nicht bei allen Menschen im gleichen Maße vorhanden ist. Es werden sich nie 100 Prozent der Menschen engagieren. Wenn aber „LiquidFriesland“ ein weiteres Mittel ist, durch das sich zehn neue Engagierte finden, dann ist es eine schöne, neue Methode.

Was denken Sie darüber, dass momentan andere Landkreise überlegen, das Tool zu übernehmen?

Wenn sich das Tool etabliert und einen gewissen Bekanntheitsgrad erreicht, dann sinkt die Schwelle für die Beteiligung allmählich. Für mehr inhaltliches Feedback auf Politik ist es langfristig sicher keine schlechte Sache. Ob so etwas das Verhältnis zur Demokratie stärkt, ist eine ganz andere Frage. Es wird gerne davon ausgegangen, dass Partizipation etwas Gutes für die Gesellschaft ist. Die Frage ist aber, ob man das gleiche Verhältnis zu Demokratie hat, wenn man in einer Partei ist und mitbekommt, wie komplex Entscheidungsfindungsprozesse sind und wie schwierig es ist, Kompromisse einzugehen. Es ist etwas ganz anderes, sich beispielsweise in Bürgerinitiativen zu engagieren, denn sie treten oft von außen auf, polarisieren stark: „wir“ Bürger gegen „die“ Politiker. Man muss intensiv überlegen, ob sich durch die starke Beteiligung von außen Demokratie stabilisieren kann oder ob nicht gegebenenfalls bestehende Distanzen verstärkt werden.

Vielen Dank für das Gespräch!

Das Gespräch führte
Andrea Birrenbach.



Bild: © momius - Fotolia.com



Im Landkreis Friesland können Bürger über die Open-Source-Software „LiquidFriesland“ politische Themen einbringen, über Bürger- und Verwaltungsinitiativen abstimmen und kommunizieren. Alle Einwohner ab 16 Jahren sind berechtigt, sich zu registrieren. Die Ergebnisse gehen als Meinungsbild in die politischen Gremien ein und werden dort bei der Entscheidungsfindung berücksichtigt. Friesland ist der erste Landkreis, der das Online-Abstimmungstool verwendet. Um die Bürger auf ihre Möglichkeiten aufmerksam zu machen, verweist der Landkreis auf seiner Website an prominenter Stelle auf das Mitmach-Tool, betreibt eine Facebook-Seite, verteilt Flyer und lädt zu Informationsveranstaltungen ein. Im Juni 2013 wurde zudem der erste Evaluationsbericht veröffentlicht.

www.liquid-friesland.de

Mehr Informationen:

Johanna Klatt
Göttinger Institut für Demokratieforschung
Universität Göttingen
Telefon: 0551 39-170131
E-Mail: johanna.klatt@demokratie-goettingen.de
www.demokratie-goettingen.de

Herausforderung EU-Fördervocabular

Mit vielfältigen Ansätzen machen Bundesländer und Regionen auf europäische Fördermöglichkeiten aufmerksam. Viele Leader-Regionen haben trotzdem Schwierigkeiten, den Förderansatz bei den Bürgern, aber auch bei Entscheidungsträgern erfolgreich zu etablieren. Und zukünftig sollen sie noch mehr Themen und Akteure einbinden als bisher. Dies nahm Thüringen zum Anlass für den Workshop „Öffentlichkeitsarbeit für Leader“.

Von Doreen Handke

Auf Einladung der seit 2009 tätigen Thüringer Vernetzungsstelle Leader und des Thüringer Ministeriums für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz trafen sich am 27. Juni dieses Jahres 17 Vertreter des Leader-Managements aus den landesweit 15 Regionalen Aktionsgruppen (RAG), Bewilligungsbehörden und des Ministeriums, um Ansätze für eine bessere Kommunikation der Leader-Methode zu finden. Moderiert wurde der Workshop von Stephanie Rahlf vom Büro für Kommunikative Stadt- und Regionalentwicklung (KoRiS).

Bereits in der Eröffnungsrunde wurde deutlich, dass alle Teilnehmer trotz vielfältiger Erfahrungen mit Öffentlichkeitsarbeit oft vor gleichen Problemen standen: Die Begriffe RAG, Leader oder ELER waren für Journalisten und Leser unverständlich und wurden gleich gar nicht gedruckt. Bei einer Projektvorstellung wurde in den Medien bestenfalls die Bewilligungsbehörde, aber fast nie die Fördermethode erwähnt. Von eigentlich nötigen Erklärungen ganz abgesehen. Wenn die Gebietskulis einer RAG mehrere Lokalredaktionen umfasste, wurde nur in einem Lokalteil berichtet, obwohl die Aktion alle Einwohner der Region betraf. In den Mantelteil einer Zeitung zu kommen, schien fast unmöglich.

Wie Journalisten arbeiten

Ideen für eine effektivere Öffentlichkeitsarbeit brachten verschiedene Inputs aus der Praxis. Dietmar Grosser, Leiter der Wirtschaftsredaktion der „Thüringer Allgemeinen“, berichtete aus seinem über 20-jährigen Erfahrungsschatz. Er schilderte Redaktionsabläufe und erläuterte, welche Kriterien eine Meldung für die Presse interessant machen: allen voran der alltägliche Bezug für den Leser. Hilfreich waren auch praktische Tipps zum Timing und Umgang mit Journalisten. Sehr ernüchternd kommentierte der Redakteur: „Wenn Sie sich für eine Pressemitteilung im Nachgang einer Veranstaltung auch nur einen Tag Zeit lassen, dann können Sie diese gleich in den Papierkorb werfen.“ Zuverlässig und schnell zu liefern, gern auch nach telefonischem Erstkontakt, helfe Beziehungen zu Lokal-Redakteuren aufzubauen. Dem Fachjargon erteilte Dietmar Grosser eine klare Absage: „Schreiben Sie nicht Leader, RAG und schon gar nicht ELER!“ Er empfahl für solche Begriffe beispielsweise einen erklärenden Infokasten zur Pressemeldung.

Birgit Schindler, Redakteurin beim „Thüringen Journal“ des MDR, gab Tipps zum Umgang mit dem Medium Fernsehen. Neben deutlich längeren Planungszeiten für Beiträge sei es hier hilfreich, passend zur Nachricht für Interviews geeignete Ansprechpartner anzubieten, die sich nicht scheuten, mit Mikrofon vor einer Kamera zu reden.

Crossmedial und Social Media

Neuland war für die meisten der Ansatz „Vor meiner Tür“ der Blume PR und Textagentur aus Eisenach: ein crossmediales Kampagnenkonzept am Beispiel der Wartburgregion. Im Vordergrund stehen

die Menschen in ihrer Heimat. Über den Appell an die individuelle Verbundenheit mit der Region sollen sie mobilisiert, über klassische und Neue Medien angesprochen, über Social Media zum Dialog aufgefordert und zur Mitarbeit anregt werden. Die Referentin ermunterte die Teilnehmer dazu, soziale Netzwerke wie Facebook oder Twitter stärker zu nutzen.

Geeignete Kombination von Theorie und Praxis

In einem theoretischen Teil des Workshops wurden Grundlagen der Öffentlichkeitsarbeit und das nötige Handwerkszeug vermittelt. Bei der gelungenen Mischung aus Praxis und Theorie, Vorträgen und Diskussionen haben selbst erfahrene Öffentlichkeitsarbeiter neue Anregungen mitgenommen: „Die Veranstaltung war hart wie lehrreich, weil sie mit unseren Illusionen darüber aufräumte, was die mediale Öffentlichkeit an Aktivitäten im ländlichen Raum interessiert. Und weil sie klar und konkret die heutigen harten Anforderungen an eine erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit mit den Medien Zeitung und Fernsehen aufzeigte“, fasst Mirko Klich, langjähriger Regionalmanager der RAG Wartburgregion, seinen Eindruck zusammen.



Bild: © fotovika - Fotolia.com



Mehr Informationen:

Doreen Handke
Thüringer Vernetzungsstelle Leader (THVS)
Telefon: 0361 3799733
E-Mail: info@leader-thueringen.de
www.leader-thueringen.de

Leader im Düsseldorfer Landtag

Im Rahmen einer zweitägigen Ausstellung präsentierten die zwölf Leader-Regionen Nordrhein-Westfalens im Juni 2013 Projekte und Erfolge im Landtag. Eröffnet wurde die Aktion von Landtagsvizepräsident Eckhard Uhlenberg und Umweltminister Johannes Remmel. Ziel war es, Landespolitikern die Erfolge in der ländlichen Entwicklung näherzubringen und Vorschläge der Leader-Akteure für die neue Förderperiode zu vermitteln. Dafür erarbeiteten die Leader-Regionen einen Thesenflyer, der gemeinsam mit einer Leader-Infobroschüre in NRW an die Abgeordneten verteilt wurde.



Bild: © Regionalforum der Leader-Regionen in NRW

Augenzwinkernd für Leader interessieren

Zu Beginn eines knapp 24-minütigen Infofilms werden Passanten befragt: „Was ist Leader?“ Die Antworten reichen von „Bitte was?“ über „Althochdeutsch für Leberwurst“ bis zu „Mobilfunkanbieter?“. Nach dem unterhaltsamen Einstieg lösen Reinhard Metsch und Tatjana Steer von der Leader-Geschäftsstelle Südschwarzwald das Rätsel: Sie erklären die Förderkulissen und den Förderansatz. Anhand dreier Beispiele werden Projekte und ihre Wirkung in der Region veranschaulicht. An interessierte, aber uninformierte Menschen aus der Region richtet sich der Film – als potenzielle private Projektträger oder anderweitige Akteure regionaler Entwicklung. Er wird als DVD bei Infoveranstaltungen verteilt und kann auf der Internetseite angesehen werden.
www.leader-suedschwarzwald.de



Bild: © Leader-Geschäftsstelle Südschwarzwald

Fondsübergreifende Informationskampagne

Mit EU-Fonds konnten Privatpersonen und Unternehmen in Brandenburg bei Umfragen in den Jahren 2008 und 2010 nicht viel verbinden. Deshalb beauftragte das Land zwei Agenturen mit einer Informationskampagne zu ELER, ESF und EFRE. In Zusammenarbeit mit Studenten des Studiengangs Europäische Medienwissenschaften an der Fachhochschule Potsdam entstanden drei Kinospots. Diese sahen im November 2012 rund 60 000 und Ende August 2013 etwa 95 000 Kinobesucher. Zeitgleich wurden über die Antenne Brandenburg und BB Radio zwei Hörfunkspots gesendet. Infomaterialien wie Banner mit QR-Codes in allen Landkreisen, Aktionen bei der Internationalen Grünen Woche 2013 sowie eine Website und intensive Pressearbeit ergänzten die Kampagne.
www.eu-fonds.brandenburg.de



Bild: © Screenshot von eu-fonds.brandenburg.de

Feste Rubrik: AktivRegionen in der Landeszeitung

Mit regelmäßigen Beiträgen berichtet der „Schleswig-Holsteinische Zeitungverlag“ (SHZ) sowohl in seinen 15 überregionalen Tageszeitungen als auch online über die Leader-Regionen des Landes – griffig „AktivRegionen“ genannt. Initiiert hat die Berichterstattung der Chefredakteur Stephan Richter, der nach dem Ende eines vorherigen SHZ-Projektes zu ländlichen Räumen im Jahr 2009 bei der Landesregierung nach Möglichkeiten für eine Fortsetzung anfragte. Der damalige Ministerpräsident Peter Harry Carstensen äußerte großes Interesse an Bürgergesprächen vor Ort – eine Zusammenarbeit mit den AktivRegionen lag nahe. Über drei Jahre betreute ein freier Mitarbeiter als Redakteur die Pressearbeit bei der SHZ, regelmäßige Treffen von Ministerium, Regionalmanagern und Redakteuren dienten der verbesserten Abstimmung und Zusammenarbeit. Ende 2013 läuft die Serie aus: Informeller Abschluss ist eine Eigenausgabe, die auch im EU-Parlament präsentiert wurde. Dies soll jedoch nicht das Ende der ländlichen Berichterstattung sein – die SHZ-Chefredaktion wünscht sich eine Fortsetzung in neuer Form.
www.shz.de/nachrichten/schleswig-holstein/aktivregion-21.html



Bild: © screenshot von shz.de

Kalender und Rundfahrten mit Tradition

Jedes Jahr erstellen die Lokalen Aktionsgruppen Mecklenburg-Vorpommerns einen gemeinsamen Kalender zu Leader-Projekten und Leader-Regionen. Mit ihm erreichen sie ganz unterschiedliche Zielgruppen: Die breite Öffentlichkeit macht er neugierig, regionalen Akteuren dient er als Anerkennung und Motivation, Politiker will er informieren. In direkten Kontakt kommen Akteure, Politiker und interessierte Bürger bei den jährlichen Rundfahrten in den Regionen. Die Besichtigung von Leader-Projekten vor Ort und die Möglichkeit, miteinander ins Gespräch zu kommen, wecken stets großes Interesse bei den Teilnehmern und geben Input für neue Ideen.



Bild: © Lokale Aktionsgruppen Mecklenburg-Vorpommern

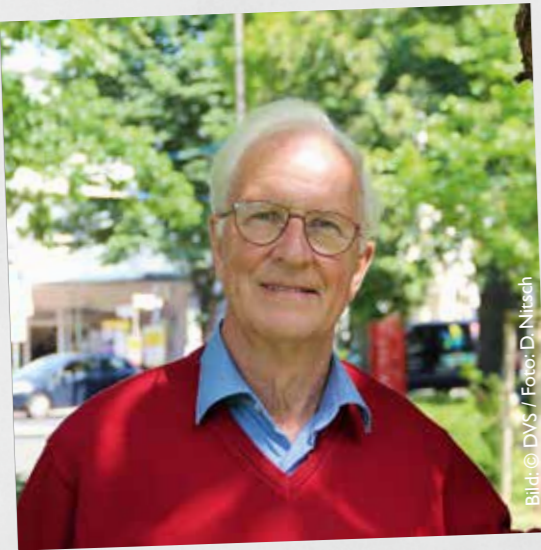


Bild: © DVs / Foto: D. Nitsch

„Wenn man sich einmal durchgearbeitet hat, ist ein Förderantrag gar nicht so schlimm.“

Das Partnerschaftskomitee Bad Honnef – Ludvika organisiert seit Ende der 1990er-Jahre den Austausch zwischen deutschen und schwedischen Bürgern. Der Verein hat sich zum Ziel gesetzt, eine möglichst breite Öffentlichkeit für den Europa-Gedanken und für transnationale Freundschaften zu begeistern. Für seine Städtereisen beantragt das Partnerschaftskomitee mit rund 90 Mitgliedern regelmäßig Fördergelder über das Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ (EfBB). Vorstandsmitglied Hartmut Nitsch spricht im Interview von seinen Erfahrungen mit der Antragsstellung.

Herr Nitsch, Ihr Verein engagiert sich für Städtepartnerschaften. Warum?

Wir organisieren nicht nur ein Austauschprogramm, sondern wir verstehen uns auch als Kulturverein. Wir wollen schwedisches Brauchtum in die deutsche Bevölkerung hineinragen und veranstalten beispielsweise ein Midsommer-Fest in Bad Honnef. Durch den Verein haben sich viele deutsch-schwedische Freundschaften entwickelt. Es gab sogar eine Hochzeit zwischen einer Deutschen mit einem Schweden.

Sie übernehmen für Ihren Verein die Beantragung der Fördergelder. Warum investieren Sie Ihre Zeit dafür?

Ich bin immer ehrenamtlich tätig gewesen, und als sich das Partnerschaftskomitee gründete, habe ich mich angeschlossen. Ich habe eine Affinität zu Schweden und finde das Land sehr attraktiv. Außerdem halte ich den Europa-Gedanken für nützlich, und der entwickelt sich am besten weiter, wenn sich die Menschen kennenlernen. Jemand, der einen Schweden oder einen Franzosen kennt und mit ihm öfter zusammen trifft, ist dieser Idee „Europa“ viel näher als einer, der keine Berührung hat.

Wie gehen Sie bei der Antragstellung für die EfBB-Förderung vor?

Das Förderprogramm setzt jedes Jahr spezielle Schwerpunkte, die wir bei unserer Reiseplanung berücksichtigen. Es wird zum Beispiel verlangt, dass man sich bei einer Städtereise mit den europäischen Institutionen befasst. Wir akzeptieren das. Wenn wir schon aus Brüssel Geld bekommen, dann sind wir auch verpflichtet, deren Vorstellung von Europa zu fördern.

Fällt Ihnen das Ausfüllen des Förderantrags leicht?

Seit zwei Jahren kann man den Antrag nur noch elektronisch einreichen. Wer nicht mit dem Computer umgehen kann, hat also ein Problem. Es gibt nur noch ein paar Dinge, die man per Post verschicken muss, zum Beispiel eine eidesstattliche Erklärung, dass die Angaben stimmen. Für unseren Verein bereite ich alles vor und setze mich dann mit unserer Vorsitzenden Katrin Lüth zusammen, sie ist fit am Rechner. Der Antrag ist etwa 25 Seiten lang, aber wenn man sich einmal durchgearbeitet hat, ist das gar nicht so schlimm.

Wird Ihr Verein dieses Jahr gefördert?

Unser Antrag für dieses Jahr wurde abgelehnt. Im Ablehnungsschreiben steht, wie viele Anträge eingegangen sind und wie viele genehmigt wurden. Man erfährt auch, wie das eigene Programm bewertet wurde. Die Bewertung läuft über sechs Kriterien wie Bedeutung der Ziele und die Öffentlichkeitswirkung. Diesmal musste man für eine Förderung 75 Punkte erreichen, wir hatten 17 Punkte zu wenig.

Wie lief das Anmeldeverfahren vor der Digitalisierung?

Früher war es viel schwieriger, die Formulare auszufüllen, und das Verfahren war nicht transparent. Man erfuhr nicht, warum Förderanträge abgelehnt wurden. Mittlerweile wurde das Verfahren in ein viel transparenteres System gegossen.

Vielen Dank für das Gespräch!

Das Gespräch führte Andrea Birrenbach.

Es geht um Europa – es geht um Sie: Reden Sie mit!

2013 ist das „Europäische Jahr der Bürgerinnen und Bürger“ – Thema sind die mit der EU-Bürgerschaft verbundenen Rechte. Während des Jahres finden überall in der EU Veranstaltungen statt. Dabei soll auch eine Vision entwickelt werden, wie die EU im Jahr 2020 aussehen könnte. www.europa.eu/citizens-2013/delhome

Mehr Informationen zum Förderprogramm EfBB

Kontaktstelle Deutschland „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ bei der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V.

Telefon: 0228 20167-21
E-Mail: info@kontaktstelle-efbb.de
www.kontaktstelle-efbb.de



Mehr Informationen:

Partnerschaftskomitee Bad Honnef – Ludvika e.V.
E-Mail: info@ludvika-bad-honnef.de
www.ludvika-bad-honnef.de

Ein Wettbewerb findet die Aktiven

Der Verein „Landschaf(f)t Zukunft“ hat den Wettbewerb „Lebendige Gemeinden im Silbernen Erzgebirge“ ausgerufen. Innovative Initiativen wollte er auszeichnen – und gleichzeitig einen Überblick bekommen, welche Ideen und Projekte derzeit in der Region umgesetzt werden. Den engagierten Gruppen wird nun gezielt Beratung und Förderung angeboten. Und die Projektideen fließen ein in das regionale Entwicklungskonzept.

Von Manja Hähnel

Die ILE-Region „Silbernes Erzgebirge“ umfasst 26 Kommunen, die zu gleichen Teilen im Landkreis Mittelsachsen und im Landkreis Sächsische Schweiz/Osterzgebirge liegen. Mit Seiffen gehört auch eine Gemeinde des Erzgebirgskreises dazu. Auf einer Fläche von rund 1 240 Quadratkilometern leben etwa 123 500 Menschen.

Der Verein „Landschaf(f)t Zukunft“, Träger der ILE-Regionalmanagements „Sächsische Schweiz“ und „Silbernes Erzgebirge“, ist seit elf Jahren für die ländliche Entwicklung in den Regionen tätig. In zahlreichen Projekten beschäftigt er sich verstärkt mit Fragen der Demografie, des Klimawandels, der Direktvermarktung und des bürgerschaftlichen Engagements. Letzteres ist unerlässlich für ein auf das Gemeinwohl ausgerichtetes Dorfleben. Doch neben der Bereitschaft des Einzelnen, sich einzubringen, bedarf es auch der Unterstützung durch die Entscheidungsträger in den Kommunen. Um diesen Prozess zu fördern, schrieb der Verein den Wettbewerb „Lebendige Gemeinden im Silbernen Erzgebirge“ aus.

Ideensammlung für die Zukunft

Mit dem Wettbewerb sollten Ideen und Beispiele gesammelt werden, wie Menschen für ihre Wohnorte oder die Region aktiv werden. Damit wird nicht nur das Engagement der Einwohner gewürdigt, sondern der Wettbewerb sollte auch zu einer Weiterentwicklung des ILE- und Leader-Prozesses beitragen.

Anfang April 2013 wurde der Wettbewerb im Rahmen der Eröffnung der Wanderausstellung „10 Jahre Landschaf(f)t Zukunft“ offiziell gestartet, die lokale Presse und das Regionalfernsehen waren anwesend. Es wurden Flyer und Plakate an alle Kommunen des Gebiets verschickt, die Bürgermeister mobilisiert sowie alle Vereine per E-Mail informiert. Nach einer dreimonatigen Bewerbungszeit und nochmaliger Pressearbeit waren aus 26 Kommunen 15 Anträge eingegangen. Projektträger sind größtenteils Vereine und ein Unternehmen. Eine Jury aus Vertretern der Landkreise, Kommunen, Sparkassen und der Politik entscheidet nun über die Verteilung der ausgeschriebenen 5 000 Euro. Im Zuge der Aktion „Tag der Regionen“ werden die Preisträger am 29. September 2013 prämiert.

Vielfältige Aktivitäten

Obwohl der Verein von der Existenz fast aller Antragsteller wusste, waren die Landschaf(f)t Zukunft-Mitglieder von den vielfältigen Aktivitäten überrascht. Ein Heimatverein hat beispielsweise ein Projekt mit dem Titel „Warum sollte ich in meinem Heimatort leben?“ eingereicht. Das Engagement der Dorfbewohner kann nun mit Beratungen oder durch Kontaktvermittlung gezielt gefördert werden. Bei den Themenveranstaltungen dieses und nächsten Jahr wird der Verein die Inhalte der eingereichten Projekte berücksichtigen. Auch fließen die Aktivitäten in die Entwicklung des Integrierten Ländlichen Entwicklungskonzepts (ILEK) für die neue Förderperiode ein. Rückblickend sind die Organisatoren mit dem Verlauf des Wettbewerbes zufrieden. Selbstverständlich wären mehr Einsendungen noch erfreu-

licher gewesen, doch die Aktion machte auf die ländliche Entwicklung aufmerksam. Bereits damit ist sie in den Augen von Regionalmanagerin Brigitte Dörfelt gelungen, denn: „Beteiligung kann man nur dadurch erreichen, dass man gesehen wird. Wichtig ist, das Interesse der Menschen zu wecken, sich für ihre Region einzusetzen.“

Vielfältig Aktive - ob im Mädchencamp, im Themendorf oder im Sport



Bild: © Hilda e.V.



Bild: © Grüne Schule grenzenlos e.V.



Bild: © SSV 1991 Brand-Erbisdorf



Mehr Informationen:

Manja Hähnel
Landschaf(f)t Zukunft e.V.
ILE-Regionalmanagement „Silbernes Erzgebirge“
Telefon: 03731 692698
E-Mail: ile-se@t-online.de
www.ile-se.de

✓ Einladendes Ergebnis der Modelldorf-Initiative: Ruhe- und Wellness-Oase von Reileifzen



Bild: © Solling-Vogler-Region

Engagierte Kampagne

Mit dem Modellvorhaben LandZukunft will das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz unternehmerische Menschen direkt und systematisch in die ländliche Entwicklung einbinden. Ein eindrucksvolles Beispiel für die gelungene Aktivierung regionaler Akteure ist die Initiative der Modellregion Holzminden.

Von Katrin Bäumer

Die Modelldorfinitiative Holzmindens hat ambitionierte Ziele: das touristische Angebot in der Region zu verbessern, das bürgerschaftliche Engagement zu steigern und aus ehrenamtlich aktiven Bürgern unternehmerisch denkende und handelnde Menschen zu machen. Die Umsetzung liegt in den Händen der Entwicklungsagentur Solling-Vogler-Region im Weserbergland e.V.

Vielfältige Ansprache

Mit einer Auftaktveranstaltung startete die Entwicklungsagentur eine Informationskampagne rund um die Modelldorfinitiative. Regelmäßig erscheinende Newsletter, herkömmliche Pressemitteilungen, Flyer, Messeauftritte und ein LandZukunft-Blog sollten mögliche Projektträger ansprechen. Gleichzeitig arbeitete sie eng mit lokalen Entscheidungsträgern zusammen – insbesondere die Bürgermeister verbreiteten die Idee in ihren Orten. Mit Unterstützung der Entwicklungsagentur organisierten die Mitgliedsgemeinden eigene Informationsabende.

Förderung von Aktiven

Als Kernstück der Modelldorfinitiative wurde ein regionaler Wettbewerb ausgerufen: Welche Maßnahmen erhöhen die Qualität und Quantität der regionalen Tourismusangebote und wirken sich auf die Wertschöpfung aus? Die Siegerdörfer sollten eine Förderung erhalten, abhängig von der Anzahl der später Beteiligten. In einer ersten Phase wurden vier Modelldörfer prämiert. Insgesamt 1 438 Ehrenamtliche verpflichteten sich schriftlich dazu, bis Ende 2014 touristische Projekte umzusetzen. Dazu steht ihnen ein Investitionsvolumen von circa 650 000 Euro zur Verfügung. In einer zweiten Phase wurden drei weitere Modelldörfer ausgewählt, sodass nun 1 834 Ehrenamtliche in den Prozess eingebunden sind.

Ortsübergreifende Aktivierung

Obwohl Reileifzen als eines der beteiligten Dörfer selbst nur 180 Einwohner hat, machen nun insgesamt 430 Ehrenamtliche bei der Umsetzung der geplanten Maßnahmen mit. Mitgetragen wird die Initiative

auch Dank des regen Vereinslebens im Ort: In Sitzungen und Veranstaltungen in Reileifzen setzten sich die Menschen intensiv mit ihrer Zukunft auseinander, entwickelten und verabschiedeten viele Ideen. In den nächsten zwei Jahren soll eine Ruhe- und Wellness-Oase am Weser-Radweg entstehen und die bestehende, ehrenamtlich geführte Gaststätte erweitert werden. Außerdem sollen die Rahmenbedingungen für Ortsfeste verbessert werden, um regionale Bräuche und Traditionen lebendig zu halten. Viele kleine Maßnahmen führen so zum vereinbarten Oberziel und beleben die Wertschöpfung des Ortes.

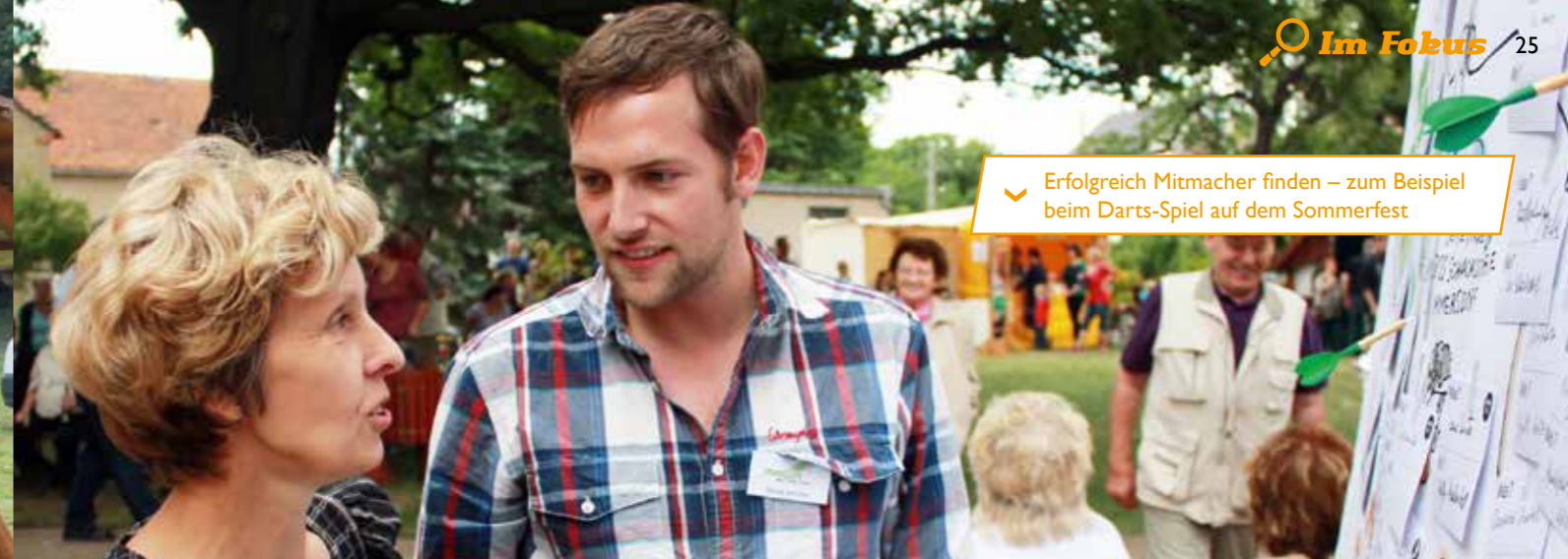
Ziele setzen und beraten

Für Geschäftsführer Theo Wegener hat das Kommunikationskonzept der Entwicklungsagentur funktioniert: „Das Modelldorf Reileifzen ist ein gutes Beispiel für unternehmerisches Denken, weil es als vermeintlich kleiner und unbedeutender Ort eine Vielzahl von Menschen für die ehrenamtliche Arbeit mobilisieren konnte und die Menschen darüber hinaus davon überzeugt werden konnten, dass auch ein kleiner Ort etwas bewegen und gleichzeitig wirtschaftlich profitieren kann.“ Die Entwicklungsagentur begleitet die Modelldörfer im Umsetzungsprozess durch eine kontinuierliche, direkte Ansprache. Die Projektträger verpflichten sich dazu, eine bestimmte Personenzahl zu mobilisieren und die geplanten Maßnahmen durchzuführen – die Entwicklungsagentur unterstützt das mit ortsspezifischen Beratungsangeboten. Eine große Herausforderung liegt nun darin, Kooperation und Tatkraft aufrechtzuerhalten und vor allem auch über das Modellvorhaben hinaus fortzusetzen.



Mehr Informationen:

Dr. Katrin Bäumer
SPRINT – wissenschaftliche Politikberatung GbR
Geschäftsstelle LandZukunft
Telefon: 06 151 6677801
E-Mail: baeumer@sprintconsult.de
www.land-zukunft.de



✓ Erfolgreich Mitmacher finden – zum Beispiel beim Darts-Spiel auf dem Sommerfest

Bild: © IBI e.V.

Ländliche Medienkompetenz braucht Selbstvertrauen

Wie können Medien in ländlich geprägten Regionen Zusammenhalt und Partizipation fördern? Dieser Frage widmet sich das Institut für Bildung in der Informationsgesellschaft e. V. Berlin (IBI) mit einem Modellprojekt im Rahmen des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“.

Von Bernd Ketzler

Im Amt Döbern-Land leben in acht Gemeinden rund 12 000 Einwohner auf einer Fläche von 272 Quadratkilometern. Eine geringe Wirtschaftskraft und der Rückbau der Infrastruktur sind nur zwei Probleme in der dünn besiedelten Region in Südbrandenburg. Um der zunehmenden Perspektivlosigkeit und Politikverdrossenheit in der Bevölkerung entgegenzuwirken, sollte das Projekt „Medien auf dem Land“ (MedaL) von Januar 2012 bis Juli 2013 den Menschen durch Weiterbildungsangebote Medien als Chance aufzeigen. Die Möglichkeit, sich in die öffentliche Kommunikation über die eigenen Angelegenheiten einzubringen, sollte auch der Prävention von Rechtsextremismus dienen.

Gespräch statt Leserbrief

Mit Hilfe von Leitfrageninterviews mit Passanten, Engagierten und Lokalpolitikern analysierten die Wissenschaftler die Wahrnehmung der Medien und die Kommunikationsstrukturen in der Region. Es zeigte sich: Die Döberner haben wenig Interesse, Medien aktiv zum Austausch oder Kommentieren von lokalen Geschehnissen zu nutzen. Diskussionen über gesellschaftliche Themen finden stattdessen mündlich statt, in persönlichen Gesprächen beim Bäcker oder auf der Straße. Viele Menschen tauschen sich über die negativen Seiten des Lebens in Döbern-Land aus – diese gegenseitigen Beschwerden bewirken aber auch das Gefühl, das gleiche Schicksal zu teilen, und somit Zusammengehörigkeit. Im Gebiet gibt es eine Kleinstadt und viele kleine Dörfer. Eine gemeinsame Identität existiert nicht, als Heimat wird entweder das Dorf oder die größere geografische Region angesehen. Und in den rund 30 Vereinen „macht jeder seins“.

Teilnehmerakquise beim Sommerfest

Mit Medienkompetenz-Workshops sollte neben der vorherrschenden mündlichen Kommunikationskultur eine schriftliche etabliert werden, doch Teilnehmer zu finden erwies sich als unerwartet schwierig. Der Aufruf über Multiplikatoren aus Politik, Schulen und freien Organisationen hatte nur eine geringe Resonanz. Schließlich nutzten die MedaL-Forscher sommerliche Feste, um mit der Bevölkerung unmittelbar in Kontakt zu kommen. Am Projektstand konnte man beim Darts „lokale Schätze entdecken“ oder eine Stop-Motion-Trickfilmtechnik auspro-

bieren. Durch diese Art von Öffentlichkeitsarbeit fanden sich genügend Interessierte. Ziel war es, aus den Schulungsteilnehmern einen festen Autorenkreis zu rekrutieren, der die Leserreporter-Plattform „Leser für Leser aus Döbern-Land“ mit Leben füllen sollte. Das Blog-System wurde gemeinsam mit der „Lausitzer Rundschau“ realisiert. Ausgewählte Texte erschienen in der Printausgabe.

Selbstsicherheit wächst langsam

Die Reaktionen der Workshopteilnehmer waren durchweg positiv. Die Projektzeit reichte jedoch nicht aus, um Unsicherheiten abzubauen und eine Identifizierung mit der Rolle als Schreibende für die Region herzustellen. Aus den Projekterfahrungen sollen nun Handlungsempfehlungen erarbeitet werden. Ein Baustein gegen Projektende ermutigte erfolgreich zu medialer Öffentlichkeit und stärkte ein positives regionales Selbstbild: „Geschichten aus dem Leben – Menschen in Döbern-Land“, geschrieben von jungen Autoren aus der Region, ist eine Sammlung von exemplarischen Lebenswegen. Texte und Bilder erschienen als Buch und wurden online auf der Internetseite www.leser-fuer-leser.de/doeborn veröffentlicht. Einer der Autoren meinte rückblickend: „Wenn man demokratisches Miteinander auf den wesentlichen Kern herunterbricht, dass sich die Menschen engagieren und Verantwortung übernehmen, dann liefern wir durch unsere Geschichten gute Beispiele dafür.“

Geschichten aus dem Leben



Menschen in Döbern-Land



Mehr Informationen:

Bernd Ketzler
IBI – Institut für Bildung in der Informationsgesellschaft e.V.
Telefon: 030 33099-8920
E-Mail: ketzler@ibi.tu-berlin.de
www.medienaufdemland.de

Lokale Medien – lokale Öffentlichkeit

Lokale Tageszeitungen stehen häufig in der Kritik: Die Berichterstattung konzentriert sich zu sehr auf überregionale Themen, die Belange der Bürger vor Ort kämen zu kurz. Wie die heutige Zeitungslandschaft aussieht, skizziert dieser Beitrag. Und er stellt drei Konzepte vor, die Bürger in die Berichterstattung einzubeziehen versuchen.

Von Thomas Häussler

Auf der einen Seite leben wir in einer stark medial geprägten Welt, in denen immer neue Endgeräte ständig hinzu kommende Nachrichtenquellen bieten. Auf der anderen Seite verliert die klassische Presselandschaft zunehmend Boden: vom Zeitungssterben ist die Rede. Im lokalen öffentlichen Raum nimmt allerdings die Tagespresse nach wie vor die wichtigste Stellung ein, insbesondere wenn es um die Vermittlung von politischer Information geht. Das Interesse der Leser am Lokalteil übertrifft, so zeigte eine Analyse des Wissenschaftlers Norbert Jonscher, mit bis zu 89 Prozent alle anderen Ressorts deutlich.

Zeitungsverteilung in Deutschland

Im Zeitraum 1954 bis 1976 schlossen oder fusionierten ein Drittel der westdeutschen Verlage. Gleichzeitig stieg die Auflage im selben Zeitraum markant in die Höhe. Dies führte zu einem Konzentrationsprozess, bei dem immer mehr Leser einem immer kleineren Angebot an Meinungsvielfalt gegenüberstehen. Die beschriebene Entwicklung hat sich zwar seither verlangsamt, doch die Richtung ist geblieben: Lebten 1955 nur gerade einmal acht Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung in Ein-Zeitungskreisen, so waren es 1985 bereits knapp 36 Prozent und 2008 über 42 Prozent. Auch die Erlösstruktur der Lokalzeitungen hat sich verändert: Das Anzeigengeschäft hat jenes aus Zeitungsverkauf und Abonnements abgelöst. Verlage verkaufen also

nicht mehr nur Zeitungen an Leser, sondern ebenso ihre Leserschaft an die Inserenten.

In den letzten Jahren läuft aber auch der Verkauf von Anzeigen immer schlechter: Werbekunden wandern zuhauf ins Internet ab oder setzen gleich auf neue Formen des Marketings. In der Folge kommt es immer häufiger zu Schließungen der Lokalblätter. Und das nicht nur auf dem Land: Gerade hat die Axel Springer AG das Ende der gedruckten Ausgaben von Berliner Morgenpost und Hamburger Abendblatt verkündet. Weitere Zeitungen werden wohl folgen.

Themenauswahl in der Kritik

Neben der schweren wirtschaftlichen Lage, in der sich Lokalzeitungen befinden, trifft einige Redaktionen auch die Kritik an ihrer Themenauswahl: Es werde insbesondere über Ereignisse berichtet, die mit Ortsvereinen oder Prominenten verknüpft sind. Weitere Themen werden gewählt, weil sie überraschend oder originell sind, weil sie von Schäden oder Erfolgen erzählen. Dieser vorhersehbare Themenmix vernachlässigt die politische Dimension. Bürgerinitiativen und andere zivilgesellschaftliche Organisationen sind nachweislich eklatant unterrepräsentiert: Laut mehreren Statistiken ist ihr Anteil an der Berichterstattung in der Regel nicht höher als vier Prozent. Infolgedessen gibt die lokale Presse ein systematisch verzerrtes Bild der Realität wider.

Ursache für diesen Zustand ist sicherlich auch die Lage der Lokalredaktionen, die oft chronisch unterbesetzt sind. Doch es gibt Konzepte, die Bürgern und ihren Aktivitäten auch in den lokalen Medien mehr Gehör zu verschaffen suchen.

„Civic Journalism“ – Beteiligung „von oben“

Eine Beteiligung „von oben“ setzt auf Veränderungen bei den Medien selbst, die Initiative liegt bei den Journalisten. Einzelne Projektbeispiele, die in den USA unter dem Namen „civic journalism“ praktiziert werden, schaffen zum einen Diskussionsforen, bei denen insbesondere benachteiligte Akteure zu Wort kommen. Zum anderen werden einzelne Personen in die journalistische Arbeit einbezogen. So lässt etwa ProPublica, eine über eine Stiftung und Spenden finanzierte Redaktion in den USA, Journalisten investigative Reportagen verfassen, die dann auch ohne Entgelt etablierten Medienhäusern angeboten werden. Der Vorteil dieses Ansatzes ist, dass er nicht nur die Medienberichterstattung verändern will, sondern die lokale politische Diskussion insgesamt. Die Nachteile sind allerdings vielfältig: Zunächst hängt „civic journalism“ stark von den Journalisten und ihrem Ethos ab. Außerdem können durch eine zu große Nähe zwischen Journalisten und Bürgern informelle Abhängigkeiten entstehen, sodass Letztere ihren kritischen Blick verlieren und als basidemokratisches Feigenblatt zu billigen Arbeitskräften verkommen.

Bürger als journalistische Auftraggeber – Beteiligung „aus der Mitte“

Diese Beteiligung „aus der Mitte“ belässt Initiative und Durchführung von größerer medialer Partizipation nicht allein den Medien, sondern bindet Bürger und zivilgesellschaftliche Bewegungen stärker mit ein. Hier kommen auch alternative Finanzierungsmodelle zum Tragen: Beim Crowdfunding sammeln Aktive Kleinstbeträge für ihr Projekt, es macht die Menge an Spendern. Onlinekanäle wie soziale Netzwerke oder Internetseiten helfen, die Arbeitsschritte zu organisieren. Darüber hinaus erweitern sie den Kreis der Adressaten und Interessenten, womit sich automatisch auch der Kreis derjenigen vergrößert, die sich in Form von materiellen oder ideellen Beiträgen an solchen Projekten beteiligen. Hinzu kommt das Crowdsourcing, bei dem durch Mithilfe vieler Belange recherchiert und artikuliert werden können, die jenseits des Tagesgeschäftes liegen.

„Gegenöffentlichkeit“ – Betroffene stellen selbst Öffentlichkeit her

Bei der Beteiligung „von unten“ sind nicht mehr die Medien Dreh- und Angelpunkt im politischen Prozess, sie bleiben aber ein wichtiger Akteur. Erfolge und Misserfolge von Projekten, die die lokale Öffentlichkeit „von unten“ zu thematisieren versucht, hängen im Wesentlichen davon ab, ob einzelne Bürger oder zivilgesellschaftliche Organisationen die nötigen Ressourcen aufbringen können. Ressourcen sind dabei sowohl materieller Natur, betreffen aber auch Know-how, Zeit und Arbeitskraft. Bei der Beteiligung „von unten“ spielen die traditionellen Medien eine wichtige Rolle: Der politische Prozess wird lokal in den meisten Fällen von ihnen vermittelt. Wie dieses Zusammenspiel funktionieren kann, zeigt der Streit um den Wiener Augarten: Die Bürgerinitiative „Josefinische Erlustigungskomitee“ kämpft um den Erhalt des Parks, dokumentiert ungenehmigte Bauarbeiten des Investors möglichst lückenlos und verbreitet diese Informationen dann schnell über die Presse und das Internet. Die Partizipationsstrategien sind nicht mehr alleine und auch nicht mehr nur direkt auf die Medien ausgerichtet. Vielmehr geht es darum, unterschiedliche Formen von Öffentlichkeit miteinander zu verknüpfen.

In den seltensten Fällen werden sich Projekte nur an einem dieser Konzepte zur medialen Beteiligung der Bevölkerung orientieren – gerade die Mischformen versprechen eine breite gemeinsame Medienlandschaft auf dem Land.

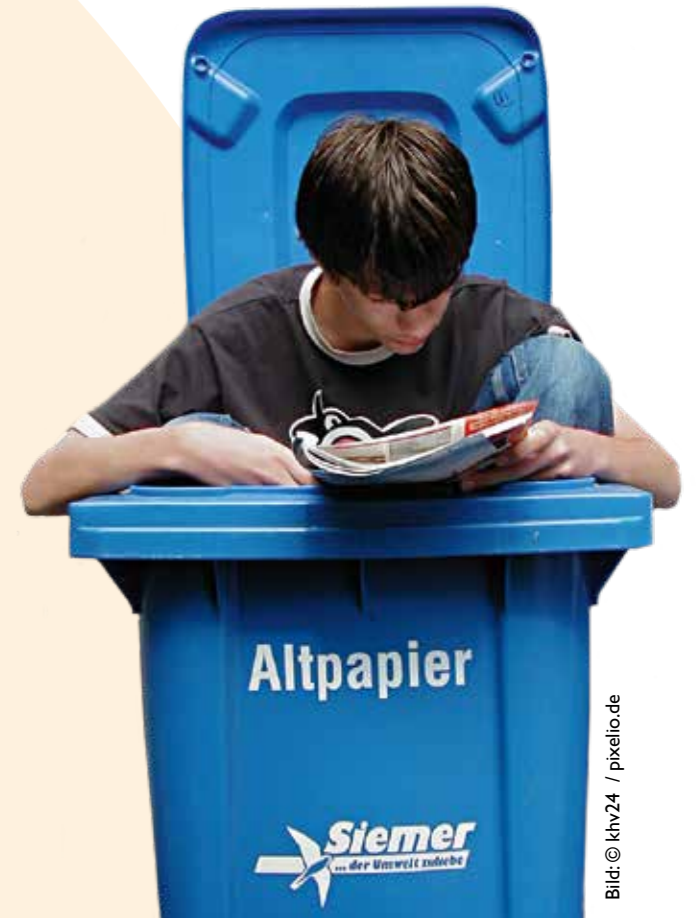


Bild: © khv24 / pixelio.de

Braunschweiger Zeitung ist „Bürgerzeitung“

Ein Beispiel für eine deutsche Tageszeitung, die ihre Leser einbezieht, ist die Braunschweiger Zeitung. Sie wurde für ihr Konzept der „Bürgerzeitung“ bereits ausgezeichnet. Die Leser haben mehr als 30 Möglichkeiten, sich in die Arbeit der Zeitungsmacher einzubringen: Bei Konferenzen üben sie Blattkritik, diskutieren die Auswahl der Themen, die Zeitung druckt von Bürgern geführte Interviews, Leserbriefe und Zitate.

Im Internet betreibt die Braunschweiger Zeitung sieben lokale Nachrichtenportale mit News aus den Regionen, um die Interessen möglichst vieler Leser aktuell abzudecken. Ganz kostenlos funktioniert das Konzept nicht: Die Start- und Übersichtsseiten der Nachrichtenportale und 15 Artikel pro Monat sind für die Leser frei zugänglich. Danach öffnet sich ein Pop-up-Fenster, die sogenannte Bezahlschranke.

Thomas Häussler ist Kommunikationswissenschaftler. Seine Schwerpunkte sind Medien- und Medienunternehmensgeschichte wie auch politische Kommunikation, insbesondere der Strukturwandel der medialen Öffentlichkeit und das Potenzial des Internets für zivilgesellschaftliche Organisationen im politischen Prozess.



Mehr Informationen:

Thomas Häussler
Universität Bern
Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft
Telefon: +41 31 631 3847
E-Mail: thomas.haeussler@ikmb.unibe.ch
www.ikmb.unibe.ch

Dieser Beitrag ist eine gekürzte Fassung des Artikels „Lokale Medien als Chance für die Bürgerbeteiligung“ aus dem Newsletter der Stiftung Mitarbeit vom Juli 2012.



Bild: © Medienzentrum Henneberger Land e.V.

„Landfunk9“ – Internetfernsehen vom Land

Das Internetfernsehen „Landfunk9“ wird seit drei Jahren seinem Namen gerecht: Ehrenamtliche Videojournalisten zeigen wöchentlich neue Kurzfilme aus der Region Südthüringen im Internet. In der Gegend mit der „9“ als erste Ziffer der Postleitzahl lassen sich etablierte Sendeanstalten kaum sehen und haben die Regionalsender keine Kapazitäten.

Von Hans-Joachim Heß

„Landfunk9“ stellt kleine Filme ins Netz – eine Reportage von zwei Grenzgängern aus Ost und West, eine Dokumentation über einen innovativen Agrarunternehmer, ein Erlebnisbericht von der Kirmes, ein Spielfilm über eine fiktive Sage – zwei bis drei kleine Filme je Woche. Auf dem Land in Südthüringen müssen sich die Menschen ihre Freizeit selbst organisieren, in Sportvereinen, Kulturgruppen und bei der ehrenamtlichen Arbeit – sie erhalten bei „Landfunk9“ ein Sprachrohr. Die Videos haben den Anspruch, professionell zu sein. Trotzdem ist ihre Parteilichkeit offensichtlich: Man spürt die tiefe Bindung ihrer Protagonisten an das Zuhause, die Heimatliebe der Macher und deren Ziel, möglichst imagefördernd für das Land zu wirken.

Im Nebenberuf VJ

Produziert werden die Streifen von 19 Mitgliedern des Vereins „Medienzentrum Henneberger Land“. Obwohl die Organisation wie in einem professionellen Fernsehstudio funktioniert, geht es recht locker zu, denn es passiert alles neben dem Hauptberuf: Wer Zeit und Lust hat, dreht einen Film, schneidet ihn und stellt ihn ins Netz. Kein Lektorat, keine Zeitvorgaben, kein riesiger Apparat. Aktiv sind Fernsehmacher, Journalisten, Werbeprofis, aber auch Programmierer, Politiker, Banker und ein Kunstmäzen. Geschult werden die Videojournalisten – auch „VJs“ genannt – von den Profis im Verein. Ihre Motivation resultiert schlicht aus Heimatverbundenheit, Berufsethos und Gemeinsinn. Und „Landfunk9“ pflegt einen guten Draht zu Jugendlichen: Das Medienzentrum Henneberger Land unterstützt seit etwa sieben Jahren junge Filmemacher, verleiht kostenlos Technik, gibt Rat fürs

Drehbuch und leitet am Set an. An Schulen bietet es Video-AGs an: Die Kids haben das eigene Web-Portal www.teevau.de und wurden schon mehrfach ausgezeichnet. Auch dem Bund Deutscher Film- und Videofilmer südlich des Rennsteiges“ bereits bekannt.

Ohne Leader beim Landfunk

Nur der materielle Aufwand der Vereinsmitglieder kann bezahlt werden, finanziert aus geförderten Einzelprojekten, meist durch die Leader-Aktionsgruppen vor Ort. Von ihnen kamen Gelder für die Anschubfinanzierung und einzelne Filme. Wenn gerade kein Geld in der Kasse ist, produziert „Landfunk9“ weniger Beiträge. Es gibt jedoch auch Sponsoring von Verbänden und Privatpersonen und eigene Einnahmen: Das Internetfernsehportal www.dtoday.de nimmt viele der lokalen Nachrichtenbeiträge ab. Der Bauernverband hat jüngst einige Filme zum Thema Grüne Berufe bestellt. Es hat sich herumgesprochen, dass „Landfunk9“ keine herkömmlichen Lehrfilme oder aufdringlichen Werbespots produziert, sondern geduldig beobachtete Porträts von authentischen Typen, ganz nah an den Protagonisten.

Regionalfernsehen stärker fördern

Allerdings zieht diese ungewöhnliche Art der Filmproduktion auch Probleme nach sich: Der Markt ist hart umkämpft und die Amateurfilmer werden als Konkurrenz zu wirtschaftlichen Sendern wahrgenommen. Als der Verein über eine Medienförderung durch das Land Aufwandsentschädigungen für die Videojournalisten finanzieren wollte, wurden die Videos von der Staatskanzlei als Werbefilme klassifiziert: Damit gelten sie als wettbewerbsverzerrend und sind nicht förderfähig. Bei den Initiatoren stößt diese Ablehnung auf Unverständnis und sie fordern ein Umdenken bei der Finanzierung regionaler Fernsehsender: „Wenn Landfunk9 nicht im ländlichen Raum dreht, macht es aus Kostengründen doch sonst keiner.“



Mehr Informationen:

Hans-Joachim Hess
Medienzentrum Henneberger Land e.V.
E-Mail: info@landfunk9.de
www.landfunk9.de



Bild: © privat

„Ohne Social Media wäre es möglich, aber nicht so einfach“

Marian Husmann ist 23 Jahre alt und engagiert sich als Gruppenleiter bei der Katholischen jungen Gemeinde (KjG) Telgte mit rund 125 Mitgliedern. Bei der gemeinnützigen 72-Stunden-Aktion, organisiert vom Bund der Deutschen Katholischen Jugend, war die KjG Telgte mit knapp 25 Mitgliedern dabei. Marian Husmann erzählt im Interview, welche Rolle soziale Medien bei der Aktion gespielt haben.

Herr Husmann, was hat Ihre Gruppe bei der 72-Stunden-Aktion gemacht?

Wir haben einen Kinderspielplatz im Herzen von Telgte aufgepeppt: morsche Hölzer an den Spielgeräten ausgetauscht, neu angestrichen und uns um die Grünanlagen gekümmert.

Sie haben bei der Aktion auch Ihre Facebook-Seite eingebunden – wofür?

Wir haben unsere Seite genutzt, weil wir die Farben und die Hölzer selbst bezahlen wollten. Wir mussten rund 450 Euro aufbringen, was wir auch geschafft haben. Über Facebook fragten wir gezielt nach Spenden. Unseren Aufruf haben die Facebook-Nutzer oft geteilt, so haben wir innerhalb von zweieinhalb Stunden über 8 000 Menschen erreicht. Dadurch, dass die Leute auf unserer Seite „Gefällt mir“ angeklickt haben, wurde die Nachricht verbreitet und wir hatten ziemlich viel Werbung. Nach 20 Minuten kam schon die erste Spendenzusage über 50 Euro von einem lokalen Unternehmen.

Lief auch während der Aktion etwas über Facebook?

Die Facebook-Seite haben wir für die Öffentlichkeitsarbeit genutzt: Für jeden Aktionstag gab es ein Fotoalbum, damit die Leute sehen konnten, was wir gemacht haben. Für die Organisation selber haben wir auch Facebook genutzt: Für die Leiterrunde richteten wir eine eigene Gruppe ein, in der wir das Ganze vorgeplant haben. Über das Chatprogramm WhatsApp für Smartphones haben wir vor Ort alles koordiniert. Damit ist es noch einmal viel einfacher, schnell Absprachen zu treffen.

Wozu brauchten die Leiter die schnelle WhatsApp-Kommunikation an den Aktionstagen?

Es wurde zum Beispiel in der Runde gefragt, wer eine Stichsäge zu Hause hat oder wer noch fünf Schrauben mitbringen kann. Oder ob noch jemand mit dem Auto vorbeikommen kann, weil wir noch Sperrmüll wegbringen mussten.

Wäre so eine Aktion ohne Smartphones und neue Medien denkbar gewesen?

Wir haben auch einen Spendenaufruf in einer lokalen Zeitung veröffentlicht, auch darüber kamen einige Zusagen. Also: Es wäre möglich,

aber nicht so einfach gewesen. Über Facebook hat man keinerlei Kosten. Man schreibt einfach, was man sagen möchte, und muss nicht unbedingt auf die Form achten. Das ist ein großer Vorteil, gerade für Menschen, die nicht ständig Pressearbeit machen. Besonders toll ist auch, dass man nachher zeigen kann, was wirklich gelaufen ist. Man kann selbst viele Bilder hochladen, das ist in der Zeitung nicht möglich.

Ist es aus Ihrer Sicht ein Muss, dass ein Verein heute neue Medien nutzt?

Über Facebook kann man niederschwellig Werbung für Veranstaltungen machen und mit den Mitgliedern kommunizieren. Es ist sehr einfach, die breite Masse zu erreichen. WhatsApp und ähnliches sind sehr sinnvoll, um kleinere Gruppen zu organisieren. Doch nicht jedes Kind hat ein Smartphone in der Tasche. Deshalb bemühen wir uns, die neuen Medien nicht ausschließlich zu nutzen, um nicht etwa Ausgrenzung zu schaffen.

Herr Husmann, vielen Dank für das Gespräch!

Das Gespräch führte Andrea Birrenbach.

Katastrophenhilfe per Facebook

Soziale Netzwerke wie Facebook können nutzen, um schnelle, unbürokratische Hilfe zu organisieren. Das hat die Seite www.facebook.com/FluthilfeDresden gezeigt. Die Seite hat mittlerweile rund 48 000 „Gefällt mir“-Klicks gesammelt. Viele Menschen, die spontan Unterstützung brauchten, haben sich während der Flutkatastrophe im Juni über diese Plattform ausgetauscht.



Mehr Informationen:

Marian Husmann
Katholische junge Gemeinde Telgte
www.facebook.com/KJGTELGTE



Bild: © Medienzentrum Henneberger Land e.V.



„Wir haben Dinge behandelt, die die Bevölkerung bewegen“

Evelyn Stelter war ehrenamtliche Redakteurin bei der „Lupe“ in Sachsen. Diese Bürgerzeitung wurde als Teil des Projekts „Die AUFmacher“ von der Jugendpresse Deutschland initiiert. Ende Mai 2013 endete die zweijährige Förderphase – und „Die Lupe“ wurde eingestellt. Evelyn Stelter erzählt im Interview, was die Bürgerzeitung für die Region bedeutete.

Frau Stelter, was motivierte Sie, bei der „Lupe“ mitzumachen? War es Ihnen wichtig, dass Sie aus Ihrer ländlichen Heimat berichten konnten?

Sicher. Unsere sächsische Tageszeitung „Freie Presse“ kann nicht alle Themen aufgreifen, und in einer Bürgerzeitung ist es möglich, viele Dinge zu erwähnen, die wir als Redakteure aufgetan haben. Ich arbeite seit November 2011 beim Verein für Offene Jugendarbeit in Reichenbach in der Öffentlichkeitsarbeit. Als ich vom Projekt „Die AUFmacher“ hörte, dachte ich: Man kann nur dazulernen – mach da mal mit! Es hat Spaß gemacht.

Sie haben sich nicht vor Unbequemem gescheut, wie etwa rechter Gewalt in der Ausgabe vom Mai 2013. Haben Ihnen solche Themen schon immer unter den Nägeln gebrannt?

Das Thema kenne ich aus dem Privatleben, bei uns in Reichenbach passieren immer wieder unschöne Dinge. Ich habe das Thema aufgegriffen, nachdem wir in unserem Verein eine Veranstaltung über Nationalsozialismus hatten. Dadurch habe ich Kontakt zu einem Sozialarbeiter bei der Opferberatung der Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) Sachsen geknüpft. Ich habe ihn zur rechten Gewalt interviewt, weil es ein wichtiges Thema ist, worauf man junge Leute hinweisen muss – irgendjemand muss das ansprechen.

Sie sind keine gelernte Journalistin – wie haben Sie das Handwerkszeug gelernt, um so ein informatives Interview zu führen?

Zuerst haben wir in Seminaren das journalistische Schreiben gelernt, eine freie Journalistin hat uns angeleitet. Wir wurden geschult, wie man recherchiert und was an Rechtlichem zu beachten ist. Und wir haben einen professionellen Fotografen eingeladen, der uns Motivsuche und Fotografieren gezeigt hat.

Denken Sie, es gibt eine Möglichkeit, dass das Projekt auch jetzt nach der Förderphase weitergeführt wird?

Wenn es weitergeführt wird, müsste die Arbeit bezahlt werden. Wenn man sich aber die Branche anguckt – wir waren einmal bei der „Freien Presse“ im Pressehaus in Chemnitz – sieht man, wie es in

den Redaktionen heute läuft. Die Zeitungen arbeiten nur mit wenigen hauptamtlichen Redakteuren und vielen freien Mitarbeitern auf Honorarbasis. Das ist dann ein sehr zeitaufwändiger, schlecht bezahlter Job.

Haben Sie eine Idee, wie sich das Projekt Bürgerzeitung tragen könnte?

Ich hatte die Idee einer Vereinsgründung, aber dazu hätte man Finanzgeber recherchieren müssen – das wurde leider nicht verfolgt. Das ist schade.

Denken Sie, dass so ein Projekt der Region und den Menschen etwas bringt?

Ich würde schon sagen, dass es etwas bringt, weil wir Dinge behandelt haben, die die Bevölkerung bewegen. Ich selbst habe keine Tageszeitung mehr im Abo, weil sich die Artikel nicht genug auf die Region beziehen und die wichtigen Themen zu kurz kommen. Das ist mir im Laufe der letzten Jahre immer mehr aufgefallen.

Frau Stelter, vielen Dank für das Gespräch!

Das Interview führte
Andrea Birrenbach.

Die AUFmacher

Das Pilot-Projekt der Jugendpresse Deutschland „Die AUFmacher“ wird seit Oktober 2011 bis Ende 2013 aus Mitteln des Bundesinnenministeriums finanziert. Ziel war es, in zwei strukturschwachen Regionen Ostdeutschlands Bürgermedien aufzubauen und eine kritische Öffentlichkeit für regionale Themen wieder zu beleben. Die von Journalisten geschulten Bürger sollten über Themen berichten, die sie und die Region bewegen, aber in den vorhandenen Medien nicht mehr aufgegriffen werden.

In Sachsen waren zwischenzeitlich bis zu sieben, zuletzt noch vier ehrenamtliche Redakteure und vier Profis – darunter zwei Medientrainer – für „Die Lupe“ aktiv. Die vier- bis achtseitige Bürgerzeitung wurde zusammen mit der regionalen Werbung an Privathaushalte in Reichenbach, Mylau, Lengenfeld und Netzschau verteilt und zudem in Geschäften und Stadtverwaltungen ausgelegt. Die erste Ausgabe hatte eine Auflage von 25 000 Stück, die fünf folgenden von jeweils 20 000. www.jugendpresse.de/projekte-und-veranstaltungen/die-aufmacher

Genossenschaft für Dorfgemeinschaft

Nachdem sich die Kommune in den vergangenen Jahren zunehmend aus der Finanzierung des Dorfgemeinschaftshauses im Dorf Dalwigkthal zurückziehen musste, hatte der Ortsbeirat die Idee, die bis dahin wenig genutzte Einrichtung in Eigenregie wiederzubeleben. Finanziert werden sollte der Treffpunkt über eine Genossenschaft. Man machte sich auf die Suche nach zukünftigen Anteilseignern.

Von Bernd Wecker

Etwa 170 Menschen wohnen in Dalwigkthal im Landkreis Waldeck-Frankenberg. Es ist der kleinste von acht Stadtteilen der nordhessischen Stadt Lichtenfels mit insgesamt 4 180 Einwohnern. Der Ort ist, auch dank seiner überschaubaren Größe, geprägt durch Zusammenhalt und Gemeinschaftssinn der Dorfbewohner. Trotz des demografischen Wandels steht durch den Zuzug einiger junger Familien aktuell nur ein Gebäude leer.

Drohende Schließung gibt Impuls

Die einzige kommunale soziale Infrastruktureinrichtung in Dalwigkthal war die alte Dorfschule, ein kleines Haus mit etwa 60 Quadratmetern Nutzfläche. Ende 2011 wollte die Stadt die Finanzierung des Hausmeisters einstellen und der Ortsbeirat diskutierte, wie man einer Schließung vorbeugen könnte. Die Lösung: Ein vom Ort eigenständig getragener Treffpunkt sollte das Dorfgemeinschaftshaus werden, dessen Unterhalt ein Gastronomiebetrieb finanziert. Den Dorfbewohnern sollte die alte Schule zur generationenübergreifenden Begegnungsstätte werden, Touristen in der „Waldeck'schen Schweiz“ eine neue Einkehrmöglichkeit bieten.

Auf der Grundlage eines ermutigenden Geschäftsplanes verstand sich der Ortsbeirat als Initiatorgruppe für die künftige Bürgergenossenschaft und entwickelte – unter anderem mithilfe eines eigens eingerichteten Blogs – einen Projektplan.

Finanzieller Einsatz durch sozialen Anreiz

Nun galt es, die übrigen Dalwigkthaler für die Idee zu interessieren und zu begeistern. Viele Gespräche fanden informell statt: mit der Dorfjugend, beim Seniorenstammtisch oder am Gartenzaun. Anfang 2012 wurden alle Dorfbewohner zu einer Informationsveranstaltung eingeladen. Dabei wurde auch die Bereitschaft der Bürger, sich finanziell zu beteiligen, abgefragt. Mindestens 30 000 Euro waren als Investition kalkuliert – etwa 20 000 Euro sollten durch Genossenschaftsmitglieder eingebracht, die restlichen 10 000 Euro im Rahmen einer Leader-Förderung beantragt werden. Die Initiatoren machten deutlich, dass der zu erwartende Mehrwert der finanziellen Beteiligung zukünftiger Genossen lediglich sozialer und nicht monetärer Natur sein würde. Zu

Die Mitglieder der Genossenschaft beschließen die Satzung.



ihrer Freude erklärten sich bereits während dieser Veranstaltung fast 50 der 170 Bewohner dazu bereit, mindestens einen der Anteile von je 500 Euro zu erwerben. Solide Grundlage für die geplante Genossenschaft.

Nachwirkender Identifikationsprozess

Am 18. Juli 2012 gründeten 44 Mitglieder – darunter auch Nicht-Dalwigkthaler – mit einem Kapital von 27 000 Euro die neue Bürgergenossenschaft. Unterstützung fanden sie beim Genossenschaftsverband und bei der Stadt Lichtenfels, die bei den notwendigen rechtlichen Schritten half. Bei den Umbauarbeiten wirkten viele Dorfbewohner mit. Im September 2013 ging das Dorfgemeinschaftshaus als Dorftreff und Kneipe in Betrieb. Nach einem Jahr hat sich dieser gut eingespielt, es sind fünf 450-Euro-Kräfte beschäftigt, geöffnet ist an vier Tagen in der Woche. Insbesondere samstags stehen der Raum und bei Bedarf Personal für private Veranstaltungen zur Verfügung.

Zu Dorffesten, wie Nikolausfeier und Weinfest, treffen sich alle Dalwigkthaler und Bewohner aus den Nachbardörfern nun in der „Schule“. Das Projekt wirkt aber noch weiter: Über alle Alters- und sozialen Gruppen hinweg hat es die Identifikation der Dalwigkthaler mit ihrem Ort gestärkt. Man setzt sich seither intensiver mit Problemen und Vorzügen des ländlichen Lebens auseinander.



Mehr Informationen:

Bernd Wecker
Vorstandsvorsitzender der Bürgergenossenschaft
Schule Dalwigkthal eG
E-Mail: info@schule.dalwigkthal.de
www.schule.dalwigkthal.de

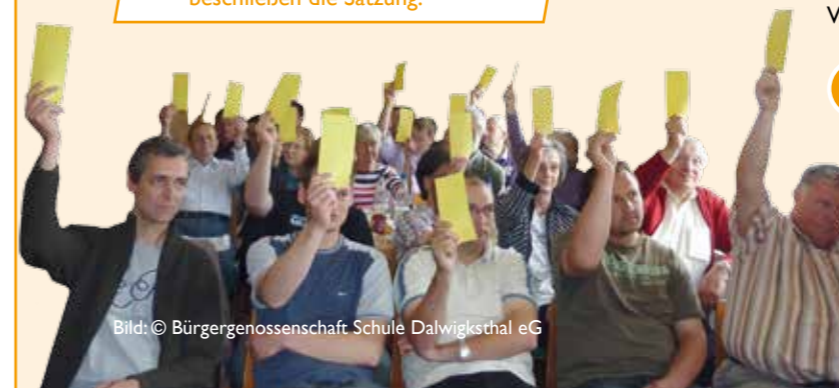


Bild: © Bürgergenossenschaft Schule Dalwigkthal eG



Bild: © Bündnis Zukunft Oberlausitz, Foto: Peter Marakanow

Zukunft selbst in die Hand nehmen

Im Jahr 2011 schlossen sich zwei zuvor einzeln agierende Bürgergruppen zum Bündnis Zukunft Oberlausitz zusammen. Es versteht sich als Koordinator für die Menschen der Region: In offenen Gesprächsforen werden die vor Ort wichtigen Themen gefunden und selbstorganisierte Lösungsansätze unterstützt – mit Erfolg. Das Konzept „ZukunftsProjektor“ ist einer der „Neulandgewinner“ der Robert-Bosch-Stiftung.

Von Franziska Schubert, Stephan Meyer und Maik Hosang

Der demografische Wandel beschäftigt die Menschen in der Oberlausitz seit Jahren: Die Region, die sich über die Landkreise Bautzen und Görlitz erstreckt, ist vor allem durch Abwanderung besonders stark vom Bevölkerungsrückgang betroffen. Eine neue Art der Selbstorganisation vor Ort ist gefragt.

Das Bündnis Zukunft Oberlausitz (BZOL) koordiniert seit 2011 als regionales Zukunftsnetzwerk aus Unternehmern, Politikern, Wissenschaftlern, Künstlern, Zukunftsdenkern und Kreativen die Entwicklung innovativer Lösungsansätze. Das Netzwerk entstand aus zwei unabhängigen Zellen: „Wir Oberlausitzer! Zukunft vor Ort“ war im Landkreis Görlitz angesiedelt; „Extend 2011“ im Landkreis Bautzen. Eher zufällig trafen Akteure der beiden bei einer Zukunftswerkstatt aufeinander und beschlossen, zu einer gemeinsamen Initiative zusammenzuwachsen.

Offene Methoden vernetzen 700 Menschen

Entstanden ist mittlerweile eine Art Ringstruktur: In der Mitte befindet sich das Koordinierungsteam. Im ersten Ring werden in Arbeitsgruppen die Themen behandelt. Im nächsten Ring findet sich der Zukunftskonvent mit den Menschen, die regelmäßig an den Treffen teilnehmen. Die Hülle, die diese Ringe zusammenhält, besteht aus dem Zukunftsnetzwerk mit allen Interessierten. Diese Struktur, die mittlerweile rund 700 Menschen vernetzt, wurde nicht bewusst eingeführt, sondern entwickelte sich von selbst im Laufe der Zeit.

Die Kommunikation basiert auf basisdemokratischen Methoden wie Gesprächskreisen, Diskussionsreihen und Workshops. Dort kristallisieren sich Themen heraus, die die Menschen dann bei Treffen, Events auf der Internetplattform oder in der „Zukunftsdepesche“ behandeln: Leerstandnutzung, regionales Image und Marketing, moderne Arbeitswelten, das Selbstbild der Region – aber auch ein Diskurs gegen den Diskurs, der demografische Wandel sei ein einseitiger Weg in den Verfall. So stand die 3. Oberlausitzer Zukunftssommernacht unter dem Motto: „Wenn wir weniger werden – was kann dann mehr werden?“ Das BZOL bringt konstruktiv denkende und handelnde Menschen, die sich für die Region auf unterschiedliche Weise engagieren, immer wieder

zusammen. Dahinter steht der Ansatz, eine zukunfts offene Atmosphäre aufzubauen – eher ein typisches Merkmal von Städten wie Dresden oder Berlin. Denn das ist es, was gebildete Menschen anzieht und junge Leute in der Region hält.

Eigene Ideen realisieren

Mittlerweile lässt sich in der Oberlausitz ein Umdenken bemerken – zum Beispiel beim Thema Leerstand. Nicht mehr nur Abriss wird in Betracht gezogen, sondern es werden wirtschaftliche und kreative Nutzungsideen umgesetzt. Diese zeigen überregional Wirkung: Die Robert-Bosch-Stiftung zeichnete den „ZukunftsProjektor“ des BZOL aus. Das Projekt unterstützt Akteure darin, eigene Ideen gegen den Leerstand zu realisieren. Dahinter steht die Idee, Menschen zu befähigen, Dinge selbst in die Hand zu nehmen, da der Staat nicht immer und überall für Lösungen sorgen kann.

Neben allem Fach-Input geht es beim Bündnis Zukunft Oberlausitz immer auch um das Wohlfühlen. Deshalb gehören zu den Events Genuss und Kultur. Das zeigt sich auch im Leitsatz: „Mit Sinn, Begeisterung und Verbundenheit die Zukunft unserer Region gestalten.“ In einer angenehmen Atmosphäre Menschen zum Denken und Handeln anzuregen, ist der Ansatz. Mit Wirkung: Viele Oberlausitzer fassen wieder Mut, weil sie Unterstützung finden. Viele kleine Schritte führen letztendlich auch zum Ziel.



Mehr Informationen:

Bündnis Zukunft Oberlausitz
Franziska Schubert
E-Mail: FranziskaSchubert@gmx.net
Stephan Meyer
E-mail: stephan.meyer.oberlausitz@googlemail.com
Dr. Maik Hosang
E-Mail: m.hosang@gmx.de
www.zukunft-oberlausitz.com und www.oberlausitz-leben.de



Ein Sketch mit Bürgermeister Rainer Schreiber: Claudia Koch (links) und Martina Rosanski (rechts)

Frau Koch, in Jossgrund gibt es 68 Vereine und Gruppen. Rund die Hälfte nimmt bei dem Modellprojekt „Vereine – Fit für die Zukunft“ teil. Wie kam das zustande?

Das Besondere in Jossgrund ist das gute Zusammenspiel einer aufmerksamen und engagierten Bürgerschaft mit Politik und Bürgermeister. Bereits vor zwei Jahren gründeten sie ihre „Ideenschmiede“, eine Arbeitsgemeinschaft, die sich um die Lösung verschiedenster Themen kümmert und Projekte initiiert. Ein Ergebnis war, sich mit beobachteten Änderungen im Vereinswesen zu beschäftigen. Wie in vielen ländlichen Gemeinden ruht das gesellschaftliche Leben, also die Jugend-, Senioren- und Kulturarbeit, in Jossgrund vor allem auf den Schultern der Vereine. Noch ist das Vereinsleben intakt, jedoch sind erste Schwierigkeiten zu beobachten.

Zu Beginn führten Sie mit Fragebogenaktionen eine Bestandsanalyse durch. Welche Schwierigkeiten wurden dabei angesprochen?

Da wären zu nennen: die Konsumhaltung von Vereinsmitgliedern, die Neubesetzung von Vorständen, die steigenden bürokratischen Ansprüche, konkurrierende Freizeitangebote gerade bei Jugendlichen und noch einiges mehr.

Sie haben danach in drei gut besuchten Werbustätten Lösungen erarbeitet. Worauf führen Sie die hohe Resonanz zurück?

Wichtig war der hohe öffentliche Stellenwert des Projektes und der Beteiligungsansatz: Die Treffen waren von Anfang an auf Austausch und Innovation ausgerichtet. Und ein Sketch mit dem Bürgermeister oder eine kulinarische Werkstatt animieren natürlich auch zur Teilnahme. Und uns war Wertschätzung wichtig: von der sichtbaren Anerkennung durch den Bürgermeister bis zur Zeitkontrolle, damit die Akteure nicht überlastet werden.

Frau Rosanski, wie geht es jetzt für die Vereine in Jossgrund weiter?

Es wurde das „Modell Jossgrund“ mit zwei Lösungsansätzen entwickelt. Zu den verlässlichen Lösungen gehört eine Ehrenamtsagentur. Hier muss die Gemeinde aus ihren Reihen eine geeignete Person

„Vereine tragen das gesellschaftliche Leben im ländlichen Raum“

Die kleine, rund 3 600 Einwohner zählende Gemeinde Jossgrund im Spessart gehört zu den vom demografischen Wandel am stärksten betroffenen Regionen in Hessen: Für die nächsten zehn Jahre wird ein Bevölkerungsrückgang um zehn Prozent prognostiziert. Die Gemeinde hat ein Modellprojekt gestartet, in dem sich ihre Vereine frühzeitig mit den Folgen dieser Entwicklung auseinandersetzen. Begleitet werden sie von Claudia Koch und Martina Rosanski vom Büro für Stadt- und Regionalentwicklung pro regio aus Frankfurt.

beauftragen und es muss geklärt sein, wie Freiwillige selbstbestimmt mitarbeiten können. Einige Jossgrunder lassen sich derzeit im Rahmen des hessischen Engagement-Lotsen-Programms für diese neue Rolle qualifizieren. Und es wird Vereinskongressen geben, bei denen es um das Miteinander-Denken der Vereine geht: Zweimal jährlich werden gemeinsame Anliegen bearbeitet. Auch kritische und emotionale Themen anzusprechen, soll in dieser vertrauensvollen Runde leichter werden. Eine feste Gruppe hat sich gegründet, die Finanzrecherche für alle betreibt und dieses Wissen allen Vereinen zur Verfügung stellt. Dann gibt es noch kreative Lösungen wie die Idee einer Vereinscard. Sie soll es ermöglichen, in mehrere Vereine reinzuschnuppern, und bedient den Trend zu eher kurzfristigen Engagements.

Können auch andere Orte von Ihren Erkenntnissen profitieren?

Wir haben eine Zusammenfassung der Prozesse in Jossgrund erarbeitet und die hier gemachten Erfahrungen fließen in das laufende hessische Modellprojekt zur Vereinsentwicklung „Ehrenamt sicher in die Zukunft“ ein. Ähnliches ist überall möglich. In jedem Fall stärkt der Prozess an sich bereits das Selbstbewusstsein und die Achtung für den eigenen Ort. Und das sind Standortfaktoren, die die Menschen am Ort halten und Neue zum Zuzug ermuntern.

Vielen Dank für das Gespräch!

Das Gespräch führte Anja Rath.



Mehr Informationen:

Claudia Koch und Martina Rosanski
pro regio AG Frankfurt
Telefon: 069 98196970
E-Mail: info@proregio-ag.de
www.proregio-ag.de

Online-Informationen zur ersten Jossgrunder Vereinskongress und mehr gibt es unter
www.jossgrund.de/Ideenschmiede



Bild: © Christian Klant

Dorfkümmerner in Brandenburg

Seit vergangenem Jahr sind im nordöstlichen Brandenburg acht Frauen und Männer als Dorfkümmerner aktiv. Sie vermitteln zwischen Dorfbevölkerung und externen Unterstützern und mobilisieren die Menschen vor Ort für konkrete Projekte. Die gemeinnützige Beratungsorganisation social impact aus Potsdam unterstützt sie dabei.

Von Lea Miram und Tobias Federwisch

Von der Autobahn A20 Richtung Prenzlau nimmt man die Ausfahrt Nummer 30, um auf der Landstraße die letzten Kilometer in Richtung Klockow zurückzulegen. Wir sind in Brandenburg, an der nördlichen Grenze zu Mecklenburg-Vorpommern. Es ist eine wunderschöne, zeitlose Landschaft, in der nur die Gruppen von Windrädern den Besucher in die Jetztzeit zurückholen. Klockow ist ein Ortsteil der Gemeinde Schönfeld mit rund 670 Einwohnern. Vom Strukturwandel nach der Wiedervereinigung ist das Dorf stark betroffen: Von der größten Schafzucht der DDR ist heute kein einziges Tier mehr übrig. Auch die beiden Ausbildungszentren aus dieser Zeit gibt es nicht mehr. Der Altersdurchschnitt der Bewohner nimmt zu, die Anzahl der Arbeitsplätze ab. Im Herbst dieses Jahres soll der Dorfladen geschlossen werden.

Sozialunternehmerisches Engagement fördern

Die Situation in Klockow trifft auf viele Dörfer im Norden Brandenburgs zu. Vielerorts stehen die Menschen vor großen wirtschaftlichen und demografischen Herausforderungen, die allein durch staatliche Bemühungen bisher nicht gelöst werden konnten. Die gemeinnützige social impact GmbH – vormals iq consult gGmbH – unterstützt seit einigen Jahren Akteure im ländlichen Raum. Ihr Ansatz: mit sozialunternehmerischen Mitteln gesellschaftliche Herausforderungen lösen. Hierzu hat das Beratungsunternehmen das Regionalentwicklungsprogramm „entersocial“ entwickelt, das mit Hilfe von öffentlichen und privaten Mitteln ermöglicht wird. Im Jahr 2012 wurde das Projekt „entersocial“ um das Modell der Dorfkümmerner als zusätzliche Bottom-up-Strategie zur Dorfentwicklung ergänzt. Der Grundgedanke dabei ist, dass die

Dorfentwicklung nur dann nachhaltig funktionieren kann, wenn die Menschen vor Ort eingebunden sind und es starke Partner aus der Dorfgemeinschaft gibt.

Kompetenzen für die Dorfentwicklung

Im Frühjahr 2012 wurden die Bürger aus den Landkreisen Uckermark, Oberhavel und Barnim dazu aufgerufen, sich als Dorfkümmerner zu bewerben. Entscheidende Auswahlkriterien waren die Einbindung ins Dorf und die Akzeptanz in der Dorfgemeinschaft – wichtige Voraussetzungen dafür, später als Ideengeber, Moderator und Vermittler angenommen zu werden. Im Rahmen eines mehrstufigen Auswahlverfahrens wählte social impact zwei Frauen und sechs Männer im Alter über 55 Jahren aus.

In einer zehntägigen Qualifizierung wurden die acht Dorfkümmerner auf ihre Aufgaben vorbereitet. Zum einen ging es dabei um methodische Fähigkeiten: Wie analysiere ich die Ist-Situation in meinem Dorf, wie initiiere ich ein Projekt vor Ort oder wie geht Öffentlichkeitsarbeit? Zum anderen lernten sie die Möglichkeiten des sogenannten Empowerments kennen, das ihnen helfen soll, selbstständig die Potenziale in ihren Dörfern zu entwickeln und zu nutzen. Das war nicht immer einfach: „Da waren am Anfang natürlich schon sehr viele Fachbegriffe drin“, fasst einer der Dorfkümmerner die Meinung aller zusammen, „und dann auch noch auf Englisch“. Ein wesentlicher Aspekt der Fortbildung war auch, das Gruppengefühl zu stärken. Schon zu Beginn unterstützten sich die acht Brandenburger sowohl inhaltlich als auch emotional. Als beispielsweise ein Dorfkümmerner unsicher war, ob er der kniffligen Lage in seinem Dorf gewachsen sei, gab ihm die Gruppe wichtigen Rückhalt.



Annedore Balfanz hat ihr gesamtes Leben in Zehlendorf bei Oranienburg im Landkreis Oberhavel verbracht. Als Dorfkümmernerin engagiert sie sich für ein Sport- und Freizeitzentrum mit integrierter Nahversorgung.

Mathias Rohde lebt im kleinen Örtchen Lüdersdorf nahe der deutsch-polnischen Grenze im Landkreis Barnim. Selbst Bewohner eines Baudenkmals – dem Loewinghus – setzt er sich für den Erhalt historischer Gebäude ein. Sein Ziel ist, im kreativen Austausch mit den Dorfbewohnern ein gemeinsames, touristisches Angebot zu entwickeln.



Kurt Glowe sucht im uckermärkischen Klockow Antworten auf den Strukturwandel in der Region. Er begleitet das Projekt „Lebens-Energie für das Dorf“ und setzt sich für den Erhalt des Dorfladens ein.

Bild: © Einzelportraits: Lea Miram

Unterwegs in den Dörfern

Nach ihrer erfolgreichen Qualifizierung wurden die acht Brandenburger als Dorfkümmerner aktiv. Dabei waren sie froh über den in der Qualifizierung erworbenen Wissenszuwachs. „Die strukturierte Herangehensweise half uns, die Dorfentwicklung ganz neu anzugehen. Insbesondere die Zusammenarbeit von Gemeinde, Amt und örtlichen Vereinen ist eine wesentliche Voraussetzung für unseren Erfolg.“, antwortet Kurt Glowe aus der Uckermark auf die Frage, wie es ihm mit seiner neuen Aufgabe gehe. Bei Bedarf unterstützt social impact weiterhin mit Expertenwissen und Beratung. Das Angebot wird in Anspruch genommen: „Eine Moderation und Beratung durch social impact bleibt unerlässlich“, sagt Kurt Glowe. Dazu gehörte auch eine Zukunftswerkstatt für jeden Ort im ersten Projektjahr und Hilfe beim Start in die ersten Projekte. Im zweiten Jahr werden laufende Projekte weiterhin begleitet, neue Ideen kritisch beleuchtet und betreut.

Für ihre Arbeit erhalten die acht Dorfkümmerner im Rahmen von „entersocial“ eine Aufwandsentschädigung in Höhe von bis zu 400 Euro pro Monat. Sie erfahren fast ausschließlich eine breite Unterstützung in ihren Aktivitäten. Aber es gibt vereinzelt natürlich auch kritische Stimmen zum Modell „Dorfkümmerner“. Zum Beispiel, dass hierdurch die politisch legitimierte Ebenen untergraben oder durch die Aufwandsentschädigung falsche Anreize gesetzt würden. Für Projektleiter Tobias Federwisch steht bei dem Ansatz der Wissenstransfer im Mittelpunkt: „Die Dörfer und

lokalen Entscheider profitieren vom Wissen externer Berater, Letztere von lokalen Erfahrungen der Dorfkümmerner.“ Da den Dorfkümmernern für ihre konkrete Projektarbeit Kosten anfallen, hält er eine entsprechende Aufwandsentschädigung für durchaus angemessen.

Neue Entwicklungen

Die Dörfer haben sich durch das Wirken der Dorfkümmerner verändert: In jedem Dorf gibt es mindestens ein Projekt, das durch deren Arbeit maßgeblich vorangebracht wurde. Zum Beispiel der Infopunkt für das UNESCO-Weltnaturerbe Buchenwald Grumsin in Altkünkendorf oder das geplante Sport- und Freizeitzentrum in Zehlendorf. Um die Chance zu erhöhen, dass sich begonnene Prozesse verstetigen, dauert die Pilotphase mit den Beratungsangeboten des Dorfkümmerner-Modells zwei Jahre. Die Projektkosten wie Aufwandsentschädigungen, Beraterhonorare und Overhead-Kosten werden momentan über das Ministerium für Arbeit, Soziales und Frauen Brandenburg aus Mitteln des europäischen Sozialfonds und über den Generali Zukunftsfonds finanziert. Für die Fortsetzung nach 2014 wird über neue Finanzierungsquellen mit Einbeziehung öffentlicher und privater Partner nachgedacht.

Die Zeit steht nicht still – auch in der Uckermark nicht: Im Herbst 2012 wurde das Klockower Projekt „Lebens-Energie für das Dorf“ von der Robert-Bosch-Stiftung im Rahmen des Projekts „Neulandgewinner“ als innovativer Ansatz zur Revitalisierung des Dorfkerns ausgezeichnet. Der Dorfladen schließt trotzdem Ende des Sommers. Doch Kurt Glowe hat eine Gruppe von Aktiven mobilisiert. Gemeinsames Ziel ist es, den Laden über ein neues Betreibermodell in die Hand der Dorfgemeinschaft zu übergeben.



Mehr Informationen:

Lea Miram und Dr. Tobias Federwisch
social impact gGmbH
Mobil: 0176 16113505
E-Mail: miram@socialimpactlab.eu
www.entersocial.de



Bild: © Rolf Handke / pixelio.de



Bild: © Anja Weise

Steiniger Weg zum Reich der Sonne

In der Bronzezeit herrschte ein Sonnenkult – das zeigt nicht nur die Himmelsscheibe, die in Nebra in Sachsen-Anhalt gefunden wurde. Auch der Sonnenwagen von Trundholm im dänischen Odsherred und Felsbilder im schwedischen Tanum erzählen von der Verehrung der Sonne. Könnte man diese Funde thematisch verbinden und in einer gemeinsamen Tourismusroute vermarkten? Das war die Ausgangsfrage, die zum transnationalen Kooperationsprojekt „Empire of the Sun“ führte – und zu dem langen Weg zu seiner Verwirklichung.

Von Steffi Einecke

Die ursprüngliche Idee einer länderübergreifenden Vermarktung der Tourismusroute „Himmelswege“ hatte Bettina Pfaff, Geschäftsführerin des Besucherzentrums Arche Nebra im Burgenlandkreis in Sachsen-Anhalt. Anfangs begleitete die damalige Leader-Managerin Susanne Hübner das Projekt. Ab Oktober 2011 wurde Frau Pfaff von der jetzigen Leader-Managerin Steffi Einecke bei der Verwirklichung ihrer Idee unterstützt. Die Recherche nach potenziellen Partnern begann 2009 mit Hilfe der europäischen Vernetzungsstelle in Brüssel und mit Unterstützung des Leader-Managements Naturpark Saale-Unstrut-Triasland. Anfang 2010 wurde auch die Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS) eingebunden und schlug Ansprechpartner aus geeigneten europäischen Leader-Regionen vor.

Im Oktober 2010 reisten Vertreter der dänischen Region um Kalundborg zu Arbeitsgesprächen in die Arche Nebra. Ziel der erstmaligen Zusammenkunft war die Vorbereitung eines gemeinsamen Projektantrags innerhalb der Leader-Förderung – für transnationale Kooperationen müssen alle Partner aus Leader-Regionen kommen. Diese Voraussetzung war erfüllt: Der Fundort des Sonnenwagens von Trundholm liegt in einer dänischen Leader-Region. Bei den ersten Kontakten wurde das große Interesse beider Seiten deutlich – künftig wollte man zusammen an dem Thema arbeiten.

Fundorte besser für Touristen erschließen

Ziel des Kooperationsprojektes sollte es sein, die authentischen Fundorte des dänischen Sonnenwagens und der deutschen Himmelsscheibe besser für Besucher zu erschließen. Zukunftsvision war der gegenseitige Austausch von Ausstellungen und eine internationale Ausweitung der Tourismusroute „Himmelswege“. Schon zum damaligen Zeitpunkt war klar, dass es einige Hürden – wie etwa unterschiedliche Antragsregulierungen – zu nehmen galt.

Dänemark sollte aber nicht der einzige Partner in dieser transnationalen Kooperation bleiben. So wurden bereits Ende 2010 Kontakte nach England, Irland, Schottland und Schweden geknüpft und ein zweites Treffen für März 2011 vereinbart. Bei diesem Treffen in Dänemark tauschten sich Vertreter aus Schweden, Irland, Deutschland und dem Gastgeberland aus. Pläne für die zukünftige Kooperation wurden entworfen, und die Partner entwickelten die Idee einer interaktiven Plattform zur gemeinsamen Vermarktung.

Kooperation auch ohne Kooperationsvertrag

Die Leader-Manager der beteiligten Regionen nutzten die Zeit und nahmen einen ersten Abgleich der Förderrichtlinien vor. Ein Kooperationsvertrag konnte aufgrund der unterschiedlichen Richtlinien nicht geschlossen werden, daher wurde ein drittes Treffen für Oktober 2011 in Schweden vereinbart. Nun standen die endgültigen Partner fest: Dänemark mit der Lokalen Aktionsgruppe (LAG) Udvikling Nordvestsjaelland und dem Kulturhistorischen Museum Odsherred, Schweden mit der LAG Ranrike, dem Rock Art Research Centre of Tanum und dem Vitlycke Museum in Tanumshede sowie Deutschland mit der LAG Naturpark Saale-Unstrut-Triasland und dem Besucherzentrum Arche Nebra. Ziel dieses Treffens war es, die Finanzierung des Projekts zu klären. Als Ergebnis entstanden eine Arbeitsstrategie mit klar abgegrenzten Aufgabefeldern und die unterzeichnete Absichtserklärung der beteiligten Kooperationspartner.

Herausforderungen einer transnationalen Förderung

Große Probleme gab es im Finanzierungsplan und der Förderfähigkeit, da es innerhalb der EU in jedem Land und auch innerhalb der Bundesländer erhebliche Unterschiede in den Richtlinien gibt. Dies erschwert transnationale Kooperationen. Alle Partner waren sich des-



Bild: © LAG Naturpark Saale-Unstrut-Triasland, Foto: S. Einecke

Abpausen erwünscht: vom Original-Felsbild in Schweden zur Kinderaktion in der Arche Nebra

sen bewusst und bereit, die Schwierigkeiten zu überwinden. Leitsatz für alle war, sich immer nach dem Partner zu richten, der die meisten Hürden zu überwinden hatte. Dies war die LAG Naturpark Saale-Unstrut-Triasland: Sie hatte beispielsweise keine Rechtsform, deshalb musste das Besucherzentrum Arche Nebra der Antragsteller sein. Die maximale Fördersumme lag bei 20 000 Euro mit einem Eigenanteil von 20 Prozent. Die dänische und die schwedische LAG hatten dagegen eine Rechtsform, konnten den Antrag selbst stellen und als maximale Fördersumme 40 000 Euro ohne Eigenanteil beantragen. Auch die Förderlaufzeit war mit einer Länge von maximal einem Jahr für die Deutschen ungünstiger als für die Skandinavier, die das Projekt für mindestens zwei Jahre anmelden und sich zudem untereinander Rechnungen ausstellen konnten. Diese Möglichkeit sieht die deutsche Förderrichtlinie nicht vor. Für die Leader-Manager galt es, viele Einzelheiten mit den zuständigen Behörden zu klären.

Organisation und Arbeitsteilung

Beim vierten, eigenfinanzierten Treffen in Dänemark im Januar 2012 konnten alle rechtlichen Rahmenbedingungen abschließend geklärt werden und die Partner entschieden sich für ein Grafikbüro, das den Internetauftritt umsetzen sollte. Das Besucherzentrum Arche Nebra hatte bereits beim Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt einen Antrag auf Überjährigkeit des Projektes gestellt und war damit in der Lage, für zwei Jahre Kooperationspartner zu sein. Beim fünften Treffen im April 2012 in Deutschland wurden der finanzielle Rahmen und die jeweiligen Anteile besprochen. Der Anteil aller Partner wurde auf das maximale Budget der Deutschen begrenzt. Lead-

Live-Schaltung zum Start der gemeinsamen Internetseite: Jeder Partner feiert auf seine landestypische Weise und ist gleichzeitig mit den anderen über Video und Ton vernetzt.



Bild: © LAG Naturpark Saale-Unstrut-Triasland, Foto: M. Werner

Partner wurde Schweden, den Anteil an den Kosten für den Projektmanager übernahm das Besucherzentrum Arche Nebra in Eigenfinanzierung, da dies in Deutschland keine förderfähige Position war.

Genehmigung erhalten

In der zweiten Hälfte des Jahres 2012 hatten alle Partner die offizielle Genehmigung zur Durchführung des Kooperationsprojektes erhalten. Der Projekttitle „Empire of the Sun“ war das Ergebnis eines Diskussionsprozesses in der deutsch-skandinavischen Arbeitsgruppe – die Sonne wurde als verbindendes Element aller drei Orte gewählt.

Die Ergebnisse des Kooperationsprojektes „Empire of the Sun“ wurden in allen drei Ländern Anfang Juni 2013 vorgestellt. Es entstand ein Faltblatt in vier Sprachen, die gemeinsame Website www.empireofthesun.eu, eine mobile Internetseite sowie eine App für Smartphones.

Durch Sonnenkult verbunden

Deutsche Himmelsscheibe



Bild: © LDA Sachsen-Anhalt, Foto: J. Lipták

Die Himmelsscheibe von Nebra wurde 1999 auf dem Mittelberg bei Wangen gefunden. Sie zeigt unter anderem ein goldenes Sonnenschiff, mit dessen Hilfe die Sonne am Firmament ihre Bahn zieht. Die 3 600 Jahre alte, originale Himmelsscheibe ist im Landesmuseum für Vorgeschichte in Halle (Saale) ausgestellt.

Schwedische Felsbilder



Bild: © S. Einecke

In der schwedischen Region Bohuslän und insbesondere in dem Welterbe-Gebiet Tanum sind Tausende von Figuren und Motiven in die Felsen gehauen. Einige der etwa 3 000 Jahre alten Darstellungen auf den Felsen zeigen die Reise der Sonne über den Horizont mit Hilfe eines Pferdes oder eines Schiffes.

Dänischer Sonnenwagen



Bild: © (GNU) Malene Thyssen / Wikimedia Commons

Der Sonnenwagen von Trundholm wurde 1902 von einem Bauern beim Pflügen entdeckt. Das bronzezeitliche Kunstwerk (1 400 v. Chr.) stellt ein Pferd dar, das die Sonne über den Himmel zieht. Der originale Sonnenwagen ist im Dänischen Nationalmuseum in Kopenhagen ausgestellt.

Mehr Informationen:

Arche Nebra – Die Himmelsscheibe erleben
Besucherzentrum am Fundort der Himmelsscheibe
An der Steinklöße 16
06642 Nebra-Kleinwangen
Telefon: 034461 25520
www.himmelsscheibe-erleben.de

Lokale Aktionsgruppe Naturpark Saale-Unstrut-Triasland
Leader-Managerin Steffi Einecke
Naturparkverwaltung Saale-Unstrut-Triasland
Telefon: 034461 22086
E-Mail: leader@naturpark-saale-unstrut.de
www.leader-saale-unstrut-elster.de



Betriebsziel: Stabilität statt Wachstum

Der Betrieb Häußler aus Schwörzkirch denkt in Kreisläufen und Prozessen. Vor 20 Jahren hat er auf ökologischen Landbau umgestellt und ist bestrebt, seine Wirtschaftsweise konsequent mit Blick auf Nachhaltigkeit und Ganzheitlichkeit zu optimieren.

Von Bettina Rocha

Die Natur ist für mich Vorbild für den landwirtschaftlichen „Betrieb. Jedes End- oder Abfallprodukt ist Ausgangsstoff für einen neuen Prozess. Ich möchte, dass mein Betrieb ein stabiles System aus stabilen Kreisläufen ist“, erklärt Franz Häußler und deutet auf seine Milchviehherde, die jedes Jahr ab April auf der Schwäbischen Alb grasst. Die am Hof gelegene Koppel ist für ihn Bestandteil eines stabilen Kreislaufs. „Sie holen sich ihr Futter selbst und entsorgen gleichzeitig die Gülle – ich gebe kein Geld aus und setze keine Energie ein, um das Futter zu bergen und die Gülle auszubringen. Zugleich ist nichts besser für die Langlebigkeit und Fruchtbarkeit und letztendlich auch die Milchleistung der Tiere als der Weidegang.“

Gras für die Kuh, Getreide für den Menschen

Das heißt natürlich nicht, dass Franz Häußler kein Grundfutter für seine Tiere gewinnt, Grassilage vom Grünland sowie der Aufwuchs der Zwischenfrüchte vom Acker. Doch er setzt keinen Mais, kein Getreide, kein Kraftfutter ein. Bei seiner Herde Schwarzbunter mit 60 Milchkühen und eigener Nachzucht führt er eine Verdrängungskreuzung mit Braunvieh durch: Er selektiert auf fruchtbare Tiere mit guter Grundfutterverwertung und ist stolz darauf, dass seine Kühe immer älter werden. Im Herdendurchschnitt erzielt der Betrieb so eine Milchleistung von rund 5 900 Kilogramm pro Jahr, das ist deutlich weniger als bei Milchviehherden, die Kraftfutter erhalten. Doch Franz Häußler ist überzeugt: „Gras und Klee sind für die Kuh und Getreide vom Acker ist für den Menschen.“ Sein Acker bleibt der Nahrungsmittelerzeugung vorbehalten. „So können wir von einem Hektar so viele Menschen ernähren wie die konventionellen Betriebe“, ist er

überzeugt. Sein Wunsch wäre es, eine Milchleistung von 6 000 Kilogramm aus Grundfutter zu erzeugen. Vor 20 Jahren hat Franz Häußler den Betrieb umgestellt. „Wenn man logisch, konsequent und auch global denkt, wird man irgendwann zum Öko“, sagt er und berichtet weiter, dass Flächeneigentümer aktiv auf ihn zugekommen sind, um an ihn zu verpachten. Sie möchten, dass ihre Flächen von einem ökologisch wirtschaftenden Betrieb genutzt werden. Er ist engagiert bei der „Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft“ und Sprecher des „Bündnisses für eine gentechnikfreie Region (um) Ulm“.

Ackerbau und Fruchtfolge

Die Fruchtfolge des Biolandbetriebes ist achtgliedrig. Von 50 Hektar Acker verteilt sich der Anbau je zu einem Achtel auf Luzerne (zwei Jahre), Triticale, Futterraps als Zwischenfrucht, Dinkel, Begrünung (Saatgutmischung ohne Leguminosen), Braugerste mit Linsen im Gemenge, Rotklee, Winterweizen, Begrünung und Hafer. Die Bodenpunkte der Ackerflächen liegen zwischen 30 und 60. Triticale wird zurzeit als Ganzpflanzensilage



Bild: © DVS, Foto: B. Rocha



verfüttert, künftig möchte Franz Häußler stattdessen Roggen für die menschliche Ernährung anbauen. Vermarktet wird das Getreide zu nahezu 100 Prozent über den „Kornkreis“, eine Bioland-Erzeugergemeinschaft, der 60 Betriebe aus Baden-Württemberg angehören. Dabei lagern die Betriebe ihre Ernte auf dem Hof und liefern, wenn bestellt wird. Immer freitags bäckt Ingrid Häußler Brot, das ab Hof verkauft wird.

Franz Häußler gehört der Öko-Erzeugergemeinschaft Alb-Leisa an. Er baut neben den Sorten Alb-Leisa I und II noch die Sorte Le puy an. Ein durchschnittlicher Ertrag liegt bei sechs bis sieben Doppelzentnern je Hektar, eine richtig gute Ernte bei etwa zehn Doppelzentnern. Die Linse wird auf der Alb nur gemeinsam mit einer Stützfrucht angebaut. Auf dem Betrieb Häußler übernimmt diese Funktion die Braugerste als Sommerfrucht. Das Stützen der Linsenpflanze durch Getreide ist eine Methode, die sich vermutlich weltweit einmalig in Süddeutschland entwickelt hat. Auch Hafer oder Buchweizen können als Stützfrucht verwendet werden. Die Ernte der beiden Gemengepartner ist jedoch nicht einfach. Den richtigen Erntezeitpunkt zu treffen, an dem beide Früchte ausreichend abgereift sind, ist eine ackerbauliche Herausforderung. Geerntet wird mit dem Mähdrescher, ein Gemenge aus Gerstenkörnern und Linsen, angereichert mit Unkrautsamen, Distelköpfen, grünen Hülsen, Stängeln und Steinchen. Bevor Getreidekörner und Linsen in die Trocknung kommen, werden sie gereinigt. Und schließlich müssen Gerste und Linse noch voneinander getrennt werden.

Für die Biogasanlage nur Abfälle

Die Biogasanlage des Betriebs Häußler ist von gestern – genau genommen ist sie 20 Jahre alt und aus Baumarktteilen zusammenggebaut, kürzlich hat sie jedoch einen neuen Motor erhalten. Wahrscheinlich ist sie die kleinste und älteste Biogasanlage im weiten Umkreis. Sie hat eine Leistung von 40 Kilowatt, da sie aber nur zehn bis zwölf Stunden am Tag läuft, liegt die tatsächliche Leistung bei rund 15 Kilowatt. Alle Abfälle des Betriebes wie Mist, Gülle und schlechte Silage kommen in die Anlage. Zwei Drittel des Stroms werden verkauft, ein Drittel selbst genutzt. Die anfallende Wärme wird für die Heu-, Linsen- und Getreidetrocknung verwendet, auch für andere Bio-Betriebe in Lohnarbeit. Darüber hinaus werden mit der anfallenden Wärme die beiden Wohnhäuser beheizt, wobei im Winter zusätzlich eine Hackschnitzelheizung zugeschaltet wird. Und so bewahrt sich Häußlers Gedanke vom Endprodukt, das gleichzeitig ein Ausgangsprodukt für einen neuen Kreislauf ist: Die Gärreste der Anlage werden als Dünger ausgebracht.

Wie sieht die Zukunft aus?

Auf die Frage, welche Wachstumsabsichten er hat, entgegnet Franz Häußler: „Ob der Betrieb wachsen soll? Die Frage, wie sich der Be-

trieb entwickeln soll, gefällt mir besser. Ich möchte den Betrieb, so wie er ist, weiterentwickeln und verbessern. Ich will nicht wachsen. Wir sind immer noch ein Umstellungsbetrieb, auch wenn die Umstellung schon 20 Jahre zurückliegt.“ Er möchte die Kreisläufe auf seinem Betrieb weiter optimieren und unabhängiger werden. Sein Sohn, so gibt er zu, denkt freilich an einige Investitionen und Veränderungen bei den Ställen. Mit seiner Betriebsgröße von 80 Hektar ist Franz Häußler völlig zufrieden. „Der Betrieb sollte für eine Familie beherrschbar sein. So wie er ist, mit seinen verschiedenen Betriebszweigen, ist er recht stabil. Wenn der Milchpreis etwas nach unten geht, macht mich das nicht gleich nervös, weil ich nicht nur von der Milch lebe. Außerdem sind wir schuldenfrei, das ist uns sehr wichtig, wir kaufen nur, was wir zahlen können.“ Über die Frage, was seine Wünsche für die Zukunft der Landwirtschaft seien, muss er nicht lange überlegen. „Mein Traum wäre, wenn wir vom Diesel wegwägen, aber davon sind wir immer noch weit entfernt. Wir können unsere Betriebe nur deshalb mit so wenigen Arbeitskräften führen, weil es Diesel gibt. Ich hatte mir hierzu mehr Unterstützung der Politik erhofft, um Alternativen zu finden. Aber die massive Förderung und Nutzung von Biotreibstoffen mit Biomasse vom Acker zulasten der Lebensmittelerzeugung geht in die falsche Richtung.“

Ein Trost ist für Franz Häußler die Erkenntnis, dass durch den Verzicht auf künstlichen Dünger und Futtermittelimporte über 50 Prozent der CO₂-Emissionen, die ein durchschnittlicher landwirtschaftlicher Betrieb ausstößt, verhindert werden.

LandInForm-Spezial

Dieser Beitrag ist ein Artikel aus dem im Dezember 2013 erscheinenden LandInForm-Spezial „Alte und neue Kulturpflanzen zwischen Wertschöpfung und Umweltleistung“. Bestellung in Kürze online unter www.land-inform.de.



Mehr Informationen:

Franz und Ingrid Häußler
Telefon: 0739 11268
E-Mail: Haeussler.biolandhof@t-online.de



Ein Dorf wird Filmstar



Bild: © P. Weißig

Das Projekt „Dorf kino“ im sächsischen Herrnhut sucht nach Gemeindegebietsreformen und in Zeiten des demografischen Wandels neue Wege für eine intergenerative Kommunikation. Die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Ortsteilen und Generationen wird hier von Bürgern filmisch begleitet und so zum digitalen Gedächtnis.

Von Lukas M. Egyptien

Die Kleinstadt Herrnhut mit circa 6 500 Einwohnern liegt im Landkreis Görlitz in der Oberlausitz. Historisch gewachsen und nach zahlreichen Gemeindegebietsreformen zählt sie neben dem Kernort heute zwölf Ortsteile. In diesen ist eine bemerkenswerte Vielzahl von Vereinen und lokalen Einrichtungen anzutreffen. Über 60 sind auf der Internetseite der Stadt aufgelistet, besonders häufig vertreten sind Freiwillige Feuerwehren und Sportvereine. Je höher die Dichte an Vereinen, desto mehr gilt es, die Zusammenarbeit zwischen diesen zu fördern. Auch die Gemeinschaft der Bürger selbst sollte nach den Eingemeindungsprozessen wieder gestärkt werden. Denn diese Prozesse stellen zum Teil die eigene und räumliche Identität in Frage und hemmen die Kommunikation. Gräben können sich vertiefen, Segregationsentwicklungen sich verschärfen. Hinzu kommen die Auswirkungen des demografischen Wandels: Viele junge Menschen wandern in die Städte oder in andere Regionen ab. Mit diesen Strukturproblemen steht Herrnhut exemplarisch für zahlreiche Orte im ländlichen Raum. Wie können die verschiedenen Generationen und Ortsteile einer Stadt also zusammengebracht werden?

Überzeugendes Konzept

Der diplomierte Medientechniker Patrick Weißig, zudem Filmautor und Regisseur verschiedener Dokumentarfilme, hat sich genau diese Frage gestellt. Nach dem Studium kehrte er in seine Heimatregion in Sachsen zurück und entwickelte das Konzept „Dorf kino“. Bereits 2009 begann er mit einem Filmprojekt für Arbeitslose. Im Jahr 2012 entschied sich Patrick Weißig für eine neue Zielgruppe und eine neue inhaltliche Ausrichtung: Herrnhuter Bürger aller Altersstufen, Vereinsmitglieder

und Ehrenamtliche wollte er dazu befähigen, sich mit Geschichte, ihrem Alltag sowie aktuellen Problemen filmisch auseinanderzusetzen. Das Projekt zielte neben der Vernetzung und dem Austausch der Beteiligten auch darauf, Vereine mit methodischen Kenntnissen in der Öffentlichkeitsarbeit zu unterstützen.

Bevor er mit seinem eigentlichen Projekt aktiv werden konnte, standen zahlreiche und lange Gespräche an. So stellte Patrick Weißig sein Konzept auf der Suche nach Mitstreitern in Schulen und Vereinen vor. Besonders Letztere waren oft skeptisch, da sie Mehrarbeit fürchteten. Doch die angebotene medienpädagogische Unterstützung wirkte auch motivierend. Der Stadtrat, zunächst reserviert, konnte mit Hilfe von

Medienkompetenz fördern: Weiterbildung in digitaler Fotografie, damit die Premiere für alle ein visuelles Ereignis wird.



Bild: © P. Weißig

Bürgermeister Willem Riecke sowie Kultur- und Fremdenverkehrsamtsleiter Konrad Fischer überzeugt werden. Der Bürgermeister ist sich sicher, „dass Patrick Weißig ein großes Potenzial erkannt und eine Lücke geschlossen hat“.

Träger des von 2012 bis 2013 laufenden Projektes wurde die Otto Benecke Stiftung e.V. – sie unterstützte das „Dorf kino“ im Rahmen ihres Modellprojektes „Generation 3 x Wir“ im Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“. Einen Teil des Projektes trug auch die „Hillersche Villa“. Diese fördert Soziokultur im Dreiländereck Deutschland-Polen-Tschechien und finanzierte eine projektbezogene Stelle für Patrick Weißig.

Dorf in Bewegung

Über 15 Monate hinweg bot Patrick Weißig an verschiedenen Bildungseinrichtungen sowie bei Vereinen und Einzelpersonen Filmkurse an und machte die Teilnehmer mit dem Medium Film und dessen Techniken vertraut. Inhaltlich galt es, die eigene Lebenswelt aufzugreifen und filmisch umzusetzen. Zum Teil wurde biografisch gearbeitet. Authentizität und der Austausch zwischen den Generationen standen dabei an oberster Stelle. An was können sich die Älteren erinnern? Was ist Teil der Ortsgeschichte, wer hat hier gelebt? Welche Vereine gibt es in unserer Stadt? Was können die jüngeren den älteren Generationen beibringen? All diese und viele weitere Fragen spielten in Projektgruppen eine große Rolle. Es wurden Interviews geführt, man hat in Archiven gestöbert und gemeinsam erkundet. Weit über 100 Personen im Alter von acht bis 85 Jahren waren am Projekt beteiligt und haben die vielseitigen Möglichkeiten des Mitmachens genutzt. Neben den Filmen konnten Vereinsmitglieder an Workshops sowie Veranstaltungen zu den Themen Öffentlichkeitsarbeit und Vereinsrecht teilnehmen. Ehrenamtliche konnten sich dabei weiterqualifizieren und konkrete Handlungsempfehlungen mit nach Hause nehmen. Die Herrnhuter Vereine wurden nicht nur aktiviert, sondern spezifisch unterstützt. Ehrenamtliche und Vereine tauschten sich intensiv aus und arbeiteten zusammen.

Digitales Dorfarchiv – großer Mehrwert

Unter Mitwirkung der engagierten Herrnhuter wurden insgesamt elf Kurzfilme produziert, die den Alltag, das Vereinsleben, die historischen Entwicklungen, aber auch Träume und Probleme im ländlichen Raum widerspiegeln. Exemplarisch seien hier die Filme „Herrnhut – heute und damals“ und „EZGH-News“ genannt. Während der erste Film Aufnahmen der Stadt von 1973 und 2013 gegenüberstellt und zu einem filmischen Spaziergang einlädt, stellen Schüler im zweiten Film in einer Nachrichtensendung ihren Schulort vor. Das digitale Dorfarchiv – der evangelische Pfarrer des Ortes spricht von einer „Speicherfunktion“ – ist das gemeinsame Produkt aller Beteiligten – über Ortsteile und Generationen hinweg. Den Teilnehmern, aber auch den Zuschauern war die Begeisterung sowie der Stolz auf ihre Arbeit und „ihr“ Dorfarchiv bei der Film Premiere sichtlich anzumerken. Gemeinsam haben die Herrnhuter etwas bewegt. Ein kleiner Junge, der nach der Präsentation gefragt wurde, was er gelernt habe, sagte, dass

„alle so wie eine Familie“ seien. Andere Zuschauer sahen das Projekt als „Ermutigung, mitzumachen“. Bisher fanden acht Vorführungen an unterschiedlichen Orten statt, weitere sollen folgen. Alle Filme sind auf einer Projekt-DVD erschienen und sollen voraussichtlich auch auf dem Internet-Videoportal YouTube veröffentlicht werden. Überhaupt war das Projekt sehr transparent: Patrick Weißig kreierte einen Weblog, in dem er über anstehende Termine sowie Neuigkeiten informierte und über den sich alle Beteiligten austauschen konnten.

Das digitale Dorfarchiv ist ein Gemeinschaftsprojekt, zugleich ist es ein nachhaltiges mediales Zeugnis für die Öffentlichkeit und nachfolgende Generationen – schon heute besitzt es einen gewissen historischen Wert. Es bleibt zu hoffen, dass sich die Vereine auch weiterhin – dann in Eigenregie – austauschen.

Fortsetzung ungewiss

Das Projekt „Dorf kino“ lief Ende Juni aus, konnte aber dank Restmitteln um drei Monate verlängert werden. Patrick Weißig ist von seinem Konzept überzeugt und möchte es gern ausweiten. „Das ‚Dorf kino‘ hat eine große Bandbreite und integrative Wirkung. Es hat ein neues Licht auf das intergenerative und gemeinschaftliche Zusammenleben geworfen und verschiedene lokale Akteure miteinander vernetzt. Die Strukturen des Engagements sowie das Gemeinwesen wurden deutlich gestärkt. Vereine erhielten zudem fachlichen Input für ihre Arbeit“, fasst er die erfolgreiche Ersterprobung zusammen. Er überlegt, sein Konzept in anderen Regionen vorzustellen und begleitend umzusetzen. Eine weitere Idee ist, ein physisches Archiv mit den Filmen aller Projektjahre anzulegen. Die Voraussetzung dafür ist allerdings, dass er wieder Förderer und Interessenten findet.

✓ Pfarrer Wieckowski beim Dreh für das digitale Dorfarchiv.



Bild: © P. Weißig

Der Blog zum Projekt

Auf dem Blog finden sich Informationen über Termine, Workshops und die filmischen „Dorf kino“-Dokumentation.
www.dorfkino.blog.de

Mehr Informationen:

Patrick Weißig
Hillersche Villa e.V.
Telefon: 0177 2159161
E-Mail: p.weissig@hillerschevilla.de



i

Bild: © Hannes Rönisch

Echt Orschel – kreative Direktvermarktung in der Region Rhein-Main



Bild: © Archiv Taunus Touristik Service



Die erfolgreiche Vermarktung regionaler Produkte erfordert viele kreative Ideen. Mit der Regionalmarke „Echt Orschel“ geht die Interessensgemeinschaft aus dem Landwirtschaftlichen Förderverein Oberursel (LFO) neue Wege, stellt sich in Kantinen vor, verköstigt die Besucher von Veranstaltungen für Neubürger und beim Trekker-Kino. Mit Erfolg: Durch zahlreiche Aktivitäten und ehrenamtliches Engagement hat sich die Marke etabliert.

Von Cornelia Geratsch

Viele Ballungsräume sind entstanden, weil ihre Böden in früheren Jahrhunderten eine gute Grundlage für Landwirtschaft boten. So auch im Rhein-Main-Gebiet, in dem heute auf einem Quadratkilometer knapp 380 Einwohner leben. Zum Vergleich: Der Durchschnitt in Deutschland liegt bei rund 230. Durch die dichte Besiedelung steht die Landwirtschaft in starker Konkurrenz zu anderen Ansprüchen wie Wohnungs- und Straßenbau oder dem Bedarf an Freizeittflächen. Doch der hohe Siedlungsdruck hat auch Vorteile für die Landwirte der Region, denn das Rhein-Main-Gebiet ist mit insgesamt 5,5 Millionen Einwohnern nicht arm an Interessenten für regionale Produkte. Direktvermarkter müssen aber auch die Zukunft im Auge behalten: Konsumenten bestellen mittlerweile weltweit, und Onlineshops liefern innerhalb kurzer Zeit internationale Waren. Und das trotz weit verbreitetem Interesse an regionalen Produkten und dem Wissen um Umweltbilanzen. Dadurch hat der Hof in der Nachbarschaft es schwer, vor allem, wenn sein Angebot „nur“ saisonal ist und nicht bis zur Haustüre geliefert wird.

Geprüfte Qualität aus der Region

Die Marke „Echt Orschel“ setzt deshalb auf den Zeitgeist für Besonderes und Regionales. Entstanden ist die Interessensgemeinschaft aus dem Landwirtschaftlichen Förderverein Oberursel (LFO) mit über 100 Mitgliedern. Ziele des acht Jahre alten Vereins sind neben Heimatpflege, Umwelt- und Naturschutz vor allem die Information der Bürger über Landwirtschaft. Das Wissen um die Abläufe bei Aussaat und Ernte hilft, in der engen Nachbarschaft des Ballungsraums Konflikte zu entschärfen. Es gilt, Bürger und Landwirtschafts einander wieder näher zu bringen. Der Förderverein initiierte deshalb die Regionalmarke „Echt Orschel“.

Sie vermarktet Produkte aus Oberursel und Umgebung. Die Rohstoffe stammen von Feld und Flur, von Streuobstwiesen und aus dem Stadtwald. Die Qualität der Produkte wird mit anerkannten Zertifikaten nachgewiesen. Mitglieder in der Interessensgemeinschaft sind Brennereien, Keltereien, Imker, Schaf- und Schweinezüchter, Garten- und Ackerbaubetriebe, Kartoffelbauern, eine Bäckerei, Altstadthöfe mit Gaststätten, der Stadtwald oder die „Beschützende Werkstatt für Menschen mit Behinderung“. Der jeweilige Mitgliedsbeitrag errechnet sich aus dem Umsatz. Vier Mitglieder vertreten „Echt Orschel“ nach außen und kümmern sich um Sponsoren – wie Stadt und Landkreis, Banken und Sparkassen oder Wirtschaftsunternehmen wie Fraport.

Regional konsumieren in Festlaune

Startschuss für „Echt Orschel“ war der Hessentag 2011, hier machte man den über 1,4 Millionen Besuchern Oberursel schmackhaft. Die Idee, Produkte gemeinsam zu vermarkten, war so erfolgreich, dass sich „Echt Orschel“ mit Engagement nun überall dort präsentiert, wo viele potenzielle Kunden mit potenziell guter Laune zusammenkommen: bei Festen und Veranstaltungen in der Region. Kontakte zu regionalen Akteuren wurden ge-



Bild: © Hof Kofler

knüpft, gepflegt und ausgebaut: zu Kultur und Tourismus, zu Natur- oder Regionalpark, zu Firmen in der Region und natürlich auch zu Behörden und Kommunalpolitikern. Die Vernetzung führte dazu, dass der Verkaufsstand mit den Produkten und das Catering mit „Echt Orschel“-Leckereien immer gefragter wurden. Aktuell drei Verkaufsstellen, eine mitten in der Fußgängerzone der rund 45 000 Einwohner zählenden Stadt Oberursel, eine bei einem Gartenbaubetrieb und eine in der Nachbarstadt Bad Homburg haben sich etabliert. Vermarktet wird alles rund um den Apfel (Saft, Wein, Brand, Secco, Kuchen, Pralinen), Obstbrände, Liköre und Bier, Sirup und Gelee, besondere Brote wie Kastanienbrot, Kartoffeln, Honig, Hausmacher Wurst und aus Kastanienholz hergestellte Nistkästen oder Frühstücksbretchen. Präsentkörbe finden Absatz als beliebtes Mitbringsel. Die heute so wichtigen Vermarktungswege über das Internet sind in Planung.

Kantinen, Feste, Messen

„Echt Orschel“ stellt seine Produkte in großen Firmenkantinen vor, besucht Feste am Taunus-Informationszentrum, unterstützt Aktionen der Gewerbetreibenden, beteiligt sich am Rundrounenfest des Regionalparks, ist auf der Messe „Land & Genuss“ der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in Frankfurt dabei und verpflegt die „Bauern uff de Bleich“ beim Trekker-Kino. Ungewöhnliche Veranstaltungen, wie etwa der Autokino-Abend auf der grünen Wiese, sind ein besonderes Anliegen der Oberurseler Landwirte.

Auch beim „Newcomers Festival“ im Frankfurter Römer ist Oberursel gemeinsam mit den Tourismusvertretern, dem Naturpark und dem Landwirtschaftsamt dabei. Zu diesem Fest lädt die Stadt Neubürger zu einem „Willkommensnachmittag“ ein, bei dem sich Stadt und Umland an Informationsständen vorstellen. Landwirtschaft war dort bis 2012 kein Thema. „Echt Orschel“ betrat mit Häppchen und Pröbchen ihrer Produkte Neuland und begeisterte die Neu-Frankfurter. Wer als Japaner Kastanienbrot mit Leberwurst nicht kannte, dem erklärte es der amerikanische Kollege: „German Sushi.“ Und wer sich das hessische Nationalgetränk Apfelwein nicht zumutete, schlürfte Apfelbrand mit Holunderblüten. Die Neugier und das Interesse an regionalen Produkten waren riesig.

Die klug und früh im Projekt geknüpften Kontakte sorgen für Aufmerksamkeit – wie bei der Ausstellung „Kultur(wirt)schaft“ des Hochtaunuskreises. In Galerien, Banken oder Schulen schärft die Ausstellung den Blick dafür, dass die freie Sicht auf die Skyline von Frankfurt einerseits und auf die Höhen des Taunus andererseits nicht zuletzt der Landwirtschaft zu verdanken sind. Der Landwirtschaftliche Förderverein fügt sich mit „Echt Orschel“ gut in die Initiative „Landwirtschaft & Gesellschaft“ des Amtes für den ländlichen Raum in der Region ein. Beide suchen für die manchmal schwierige Beziehung zwischen Stadt und Land neue Felder, die sie „beackern“ können.

Der Nutzen aller

„Echt Orschel“ behält bei seinen Aktionen den Nutzen aller im Auge: zum Beispiel beim Honig von Imkern aus Oberursel. Gemeinsam mit den Imkern, dem Landwirtschaftlichen Förderverein und anderen Partnern wie der Stadt werden Bienenweiden angelegt und dazu Samentüchchen verkauft. So erzielt man nicht nur einen kleinen Gewinn, sondern es entstehen auch in privaten Gärten neue Weidegründe. Auch in den Streuobstwiesen wachsen Bienenweiden – dadurch werden auf den schönen Wiesen weniger Picknicks veranstaltet, weniger Abfall bleibt liegen. Auch die Hinterlassenschaften von Vierbeinern nehmen deutlich ab. Denn die bunt blühende Wiese wird als erhaltenswert wahrgenommen.

Natürlich geht es – bei allem Erfolg der kleinen Regionalmarke „Echt Orschel“ – nicht ohne ehrenamtliches Engagement der Mitglieder des LFO. Würden Arbeitszeiten für die Veranstaltungen und Aktionen finanziell zu Buche schlagen, könnte „Echt Orschel“ nicht existieren. Für die Zukunft erhoffen sich die Initiatoren weitere Engagierte und – vor allem – eine Zukunftschance für die traditionellen Produkte.

✓ Vom Marktplatz von Oberursel zum Marktstand von Echt Orschel



Mehr Informationen:

Cornelia Geratsch
Amt für den ländlichen Raum Hochtaunuskreis / Echt Orschel
Telefon: 06172 9996160
E-Mail: cornelia.geratsch@hochtaunuskreis.de
www.echtorschel.de



Bild: © BLE Bonn, Foto: T. Stephan

Zukunft für eine nachhaltige regionale Landwirtschaft

Forscher aus sieben EU-Ländern untersuchen im Projekt „FarmPath“ von 2011 bis 2014 die Voraussetzungen für die Entwicklung einer nachhaltigen regionalen Landwirtschaft in Europa. Ein Ziel des Projektes ist, regionale Akteure unterschiedlicher Bereiche miteinander ins Gespräch zu bringen und Entwicklungsprozesse über die Projektdauer hinaus anzustoßen.

Von Simone Schiller und Sarah Peter

Die Frage, wie der Übergang zu einer nachhaltigeren Landwirtschaft gestaltet werden kann, gewinnt in der Arbeit von Politik, Nichtregierungsorganisationen und Forschung zunehmend an Bedeutung: Man erwartet sich Lösungen für Themen wie Lebensmittelqualität, Energieversorgung, Umweltschutz und Erhalt ländlicher Gemeinschaften. Diesen Übergang betrachtet „FarmPath“ als „Transitionsprozess“. Damit gemeint ist eine grundlegende Veränderung, die sich über einen längeren Zeitraum vollzieht und mehrere gesellschaftliche Bereiche wie Märkte, Akteursnetzwerke, Technologie und Kultur sowie die unterschiedlichen Handlungsebenen von lokal über regional bis national gleichzeitig betrifft. Grundlagen dieses Wandlungsprozesses werden in Innovationen gesehen, die sich zuerst in einer Nische etablieren.

Regionale Landwirtschaft und Akteursgruppen

In „FarmPath“ steht die regionale Ebene mit ihrer gesamten Landwirtschaftsstruktur im Zentrum: Hier greifen eine große Bandbreite an Betriebsmodellen und Funktionen ineinander. Nachhaltigkeit wird dabei als fortlaufender Prozess mit vier Dimensionen verstanden: der ökologischen, der sozialen, der ökonomischen und der institutionellen. Letztere meint gesetzliche Regelungen sowie informelle soziale Normen. Im Rahmen des durch das 7. Forschungsrahmenprogramm der EU geförderten Projektes wurden in Schottland, Griechenland, Deutschland, der Tschechischen Republik, Bulgarien, Portugal und Frankreich zunächst jeweils drei landwirtschaftliche Initiativen mit Einfluss auf die regionale Nachhaltigkeit betrachtet. Deutsche Fallstudien

wurden zur Biogasproduktion in der Bioenergieregion Wendland-Elbetal, zur Bürgeraktiengesellschaft Regionalwert AG in der Region Freiburg im Breisgau sowie zur Reduzierung negativer Umwelteinflüsse der Landwirtschaft im bayerischen Mangfalltal durchgeführt.

Landwirtschaftsbilder für 2030

Ein Schwerpunkt von „FarmPath“ ist die Entwicklung von Zukunftsbildern für die regionale Landwirtschaft. In den sieben Ländern wurde in jeweils einer Region ein solches Zukunftsbild entwickelt. Wesentlich war hierbei, dass regionale Akteure aus unterschiedlichen Bereichen in einem partizipativen Ansatz mit den „FarmPath“-Wissenschaftlern zusammenarbeiteten. Die Akteure wurden in vier Gruppen eingeteilt: Vertreter von Behörden und Verbänden und vergleichbaren Organisationen, Landwirte sowie als eigene Gruppe Junglandwirte aus jeweils verschiedenen, sowohl konventionell als auch ökologisch arbeitenden Betriebstypen, und Vertreter aus Bildung, Einzelhandel und anderen Dienstleistungen. In Kooperation veranstalteten das Institut für Ländliche Strukturforchung Frankfurt am Main und die Forschungsgesellschaft für nachhaltige regionale Landwirtschaft Agronauten in Freiburg zwischen Februar und Mai 2013 vier Workshops mit den Einzelgruppen. Die Teilnehmer erarbeiteten, aus ihrer jeweiligen Sicht, wünschenswerte Zukunftsbilder für das Jahr 2030 für die Landwirtschaft. Es entstanden Skizzen und Texterläuterungen für die Untersuchungsregion, die die Landkreise Emmendingen, Freiburg und Breisgau-Hochschwarzwald umfasste. Dabei wurden zum Teil sehr unterschiedliche Sichtweisen und Leitgedanken deutlich (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Regionale Landwirtschaft 2030 in den Landkreisen Emmendingen, Freiburg und Breisgau-Hochschwarzwald – Kernelemente der Zukunftsbilder

Bild – Gruppe ¹	Zentrum des Bildes	Kernaspekte
Ia Behörden und Verbände	Bauernhof	- Regionale Wettbewerbsfähigkeit des Betriebes und Wirtschaften innerhalb regionaler Kreisläufe - Umweltverträglichkeit und intelligente Energienutzung - Regionale Infrastruktur entspricht Altersaufbau
Ib Landwirte		- Regionale Wertschöpfung und wirtschaftliches Einkommen aus Produktverkauf - Ökologische Leistungen und Erzeugung erneuerbarer Energie - Vorrangige Nutzung hofeigener Ressourcen
2 Bildung, Einzelhandel u.a.	Mensch	- Kooperative zwischen den Landwirten - Eigenverantwortung und Nachhaltigkeit (Landwirt: verantwortungsvolles Wirtschaften; Verbraucher: verantwortungsvoller Konsum) - Vielfältige Betriebsformen und regionale Warenkreisläufe
3 Junglandwirte	Kulturlandschaft	- Herausragende Rolle der Landwirtschaft für den Erhalt von Kulturlandschaft und Biodiversität - Akzeptanz und Wertschätzung der Landwirtschaft seitens der Bevölkerung - Planungssicherheit für Landwirte seitens der Politik

Quelle: IFLS

¹ Die Bilder der Vertreter der Behörden und der Landwirte wurden zusammengefasst, da diese starke Gemeinsamkeiten aufwiesen.

Hindernisse und Handlungsbedarf

Im Rahmen der gemeinsamen Abschlussveranstaltung mit allen Beteiligten wurden Faktoren identifiziert, die den in den Bildern enthaltenen Idealzuständen bislang im Wege stehen. Daraus wurde ein Handlungsbedarf erarbeitet (siehe dazu Tabelle 2). Die Veranstaltung diente darüber hinaus dazu, den Teilnehmern Denkanstöße zu eigenen Mitwirkungsmöglichkeiten im Hinblick auf die regionale landwirtschaftliche Entwicklung zu geben.



Bild: © BLE Bonn, Foto: T. Stephan

Tabelle 2: Zentrale Vorschläge für zukünftige Handlungsfelder

Ebene	Handlungsbedarf aus Sicht der regionalen Akteure
Untersuchungsregion	- Erhöhung der Akzeptanz für alternative Hofnachfolgemodelle unter Landwirten - Verstärkung der gesellschaftlichen Teilhabe von Landwirten - Verbesserung der Vertriebsstrukturen für regionale Landwirtschaftsprodukte wie entsprechende Logistik, Kooperation zwischen Betrieben, Verankerung einer regionalen Produktidentität beim Verbraucher → Aufgabe für: Beratungseinrichtungen, Eigeninitiative von Landwirten
Bund/Land	- Bereitstellung von Finanzmitteln für die Umsetzung technischer Innovationen, da oft wissenschaftliche Erkenntnisse vorhanden seien, für deren praktische Nutzung jedoch die Ressourcen fehlten → Aufgabe für: Verantwortliche bei Bund/Land - Verbesserung des Altersvorsorgesystems für Landwirte → Aufgabe für: Verantwortliche beim Bund
EU	- Verstärkung der Anreize zur Verminderung negativer Umwelteinflüsse der landwirtschaftlichen Produktion wie Verschmutzung von Boden und Gewässern über Förderregelungen - Schaffung einer längerfristigen Politikplanung, damit Landwirte besser vorausplanen und sich auf kommende Veränderungen einstellen können

Quelle: IFLS

Zusammenfassung, Empfehlungen und Diskussion

Die Zusammenführung der Workshop-Ergebnisse aus allen sieben Ländern ist derzeit in Arbeit, auch die weiteren bisherigen Erkenntnisse werden vertieft und daraus Politikempfehlungen für die regionale, nationale und die EU-Ebene abgeleitet. Im Rahmen jeweils eines Workshops in jedem der sieben Länder sollen im Herbst 2013 die vorläufigen Empfehlungen einem breiten Expertenkreis vorgestellt, diskutiert und ergänzt werden (siehe dazu Ankündigung auf Seite 59).

Am 3. Dezember 2013 wird außerdem die Abschlusskonferenz von „FarmPath“ und des Partnerprojektes „Solinsa“ in Brüssel stattfinden, zu der ein Politikpapier mit Handlungsempfehlungen erarbeitet wird. Die Projektergebnisse sollen zudem in ein Handbuch zur nachhaltigen regionalen Landwirtschaft eingehen, das ebenfalls zur Konferenz erscheint.

„FarmPath“ zum Lesen

Anfang 2014 werden die Projektergebnisse in Buchform veröffentlicht. Im Mittelpunkt stehen hier die Erkenntnisse aus der Analyse der 21 Fallstudien zu landwirtschaftlichen Initiativen in den sieben Untersuchungsländern. Herausgeber: Lee-Ann Sutherland und andere, CABI Publishing.

Mehr Informationen:

FarmPath-Projektleitung Deutschland
Simone Schiller
Institut für Ländliche Strukturforchung (IfLS) Frankfurt am Main
Telefon: 069 9726683-15
E-Mail: schiller@ifls.de
www.farmpath.eu/de



Hausmütterchen und Ernährer? Ländliche Geschlechterrollen im 21. Jahrhundert

Der Deutsche LandFrauenverband (dlv) untersuchte in einer qualitativen Studie Einstellungen, Werte, Motive und Orientierungen von ländlichen Paaren, die die Aufteilung von Kinderbetreuung, Haushalt und Erwerbsarbeit zwischen den Partnern beeinflussen. Das Stimmungsbild ist ernüchternd.

Von Karin Wieckhorst

Eine aktuelle Entschließung des Europäischen Parlaments konstatiert: Traditionelle Geschlechterstereotypen haben großen Einfluss auf die Rollenaufteilung zwischen Männern – als Geldverdiener und Familienernährer – und Frauen als für Haushalt und Kinder zuständig. Dabei erlebten Frauen in ländlichen Gebieten die Macht traditioneller Rollenzuschreibungen wesentlich stärker als Frauen in städtischen Gebieten. Trifft dies auch auf Deutschland zu?

Untersuchungsgegenstand: Ländliche Familien

Der dlv hat im Rahmen seines vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderten Projekts „LandFrauenStimmen für die Zukunft – Faire Einkommensperspektive sichern“ bundesweit 24 Paare mit Kindern aus den alten und den neuen Bundesländern mit Kindern befragt – bei der Hälfte der Paare war das jüngste Kind unter zwölf, bei der anderen Hälfte mindestens zwölf Jahre alt. Um verschiedene Raumkategorien und mögliche Milieus zu berücksichtigen, wurden in den alten und neuen Bundesländern jeweils zwölf Landkreise mit weniger als 5 000 Einwohnern in drei Raumkategorien berücksichtigt: im ländlichen Raum (Peripherie), im verstädterten Raum (Umland) und in der Nähe einer Großstadt mit mindestens 100 000 Einwohnern (Stadtnahe Region).

Der Job des Mannes ist entscheidend

Bei neun der 24 befragten Frauen bestimmte die Erwerbsorientierung des männlichen Partners über den Wohnsitz und damit auch über die Erwerbsmöglichkeiten der Frauen.

„Für ihn war klar: Er muss hier bleiben. Und wenn ich dann bei ihm bleiben will, muss ich hierherkommen“,

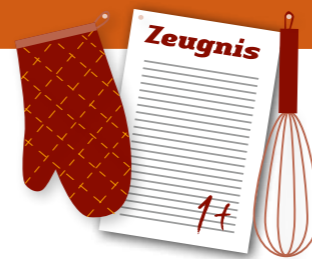
berichtet eine Interviewpartnerin. Eine andere schildert ihre Haltung, als der Mann den elterlichen Betrieb übernimmt so:

„Ich such' jetzt nicht weiter nach Arbeit, ich verwirkliche mich jetzt irgendwie hier und helf' meinem Mann.“

Eine andere Frau, die ihre Stelle aufgegeben hatte, zu ihrem Partner gezogen und seitdem arbeitslos war, sah die Geburt des Kindes als kleinen „Lichtblick, dann wieder eine ganz andere, neue Verantwortung zu haben“.

Mann und Hausfrau

Erwerbstätigkeit, Haushaltsarbeit und Kinderbetreuung teilen die befragten Familien überwiegend geschlechtsspezifisch auf. Zeit für Familie zu haben, ist für viele männliche Interviewpartner allerdings von Bedeutung; In einem gewissen Rahmen kümmern sie sich um die Kinder, fahren sie zu Terminen, beaufsichtigen Hausaufgaben oder nehmen „mal einen Tag Urlaub“ für den Kindergeburtstag. Die Frau wird von 13 Paaren als allein verantwortlich für die Kinderbetreuung gesehen:



„Haushalt, Einkaufen, Kinder [...] das ist alles Frauensache.“

Auf die Erwerbstätigkeit der männlichen Partner hatte die Geburt der Kinder nur selten Einfluss: 22 der befragten 24 Männer gehen unverändert ihrer Tätigkeit nach, häufig verbunden mit Dienstreisen oder langer Abwesenheit von zu Hause. Wenige nutzen Gestaltungsspielräume am Arbeitsplatz, um die Partnerin zu entlasten. Eine als gleichberechtigt zu bezeichnende Arbeitsaufteilung lebten hingegen nur zwei Paare. Bei einem hatten beide Partner bereits vor Geburt der Kinder verantwortungsvolle Positionen im Beruf besetzt und vor ihrem Umzug in den „Speckgürtel“ in der Großstadt gelebt.

Karrierekick trotz höherem Schulabschluss

In zwölf Familien hatte die Frau einen höheren Schulabschluss als der Mann, in einer Familie war es umgekehrt. Insbesondere im Umland und der Peripherie hatten die Frauen überwiegend höhere Schulabschlüsse als ihre Partner. Vor allem in den alten Bundesländern hatten die Männer eher einen Volks- oder Hauptschulabschluss, Frauen dagegen nur vereinzelt. Während alle Männer mit Hochschulreife ein Studium absolvierten, haben Frauen mit der gleichen schulischen Qualifikation öfter eine Ausbildung im dualen System gemacht oder ein Studium abgebrochen. Die berufliche Weiterentwicklung und finanzielle Unabhängigkeit vieler Frauen erschien den Befragten weniger bedeutsam als die Karriere des Mannes. Sieben der interviewten Männer empfinden sich als großzügig, wenn sie die Erwerbstätigkeit der Partnerin zulassen:

„Der einzige Beweggrund [...] für meine Frau wär' einfach, dass sie unter andere Leute kommt. [...] Das hat nichts mit Geld verdienen zu tun“,

kommentiert ein Mann. Ein anderer begrüßt es, dass die Frau „dann doch rauskommt und mal was anderes sieht und mal ein bisschen eigenes Geld hat“. Einige Frauen bedauern selbst, dass Frauen „sich jegliche Chance nehmen, ins Berufsleben zu starten“ und lieber im Minijob tätig sind. Projekte, beispielsweise für Akademikerinnen, würden allerdings auch deshalb nicht fruchten, weil die Frauen zu bequem seien: „So lange man einen starken Mann an seiner Seite hat, ist die Frau immer auch bereit, sich kleinzumachen.“

Steine im Weg: Arbeitende Mütter

Auch kulturelle Leitbilder wie das Bild der Mutterschaft und tradierte Rollenbilder erschweren in einigen der befragten Familien die Abkehr von traditioneller Arbeitsteilung.



Bild: © babimu - fotolia.com

„Es gibt noch viele, viele Momente, wo ich es eigentlich für falsch halte, was ich mache, wo ich denke, ich müsste doch eigentlich die Mutterrolle erfüllen“,

äußert sich eine Berufstätige aus einer stadtnahen Region in den alten Bundesländern. Eine in leitender Position tätige Frau beschreibt die Reaktion ihres Vorgesetzten auf ihren Wunsch nach einem sofortigen Wiedereinstieg in Vollzeit nach der Geburt so: „Ich glaube, bei dir piept's. [...] Man kann überhaupt nicht Kinder kriegen und in einer Führungsposition weiterarbeiten.“ Wie sehr Stereotype die Situation bestimmen können, zeigt auch folgende Aussage:

„Also ich habe auch mal [...] die Gleichstellungsbeauftragte vom Kreis angerufen. [...] Und die hat dann ganz knallhart zu mir gesagt [...], mit drei Kindern könne man hier [...] eine Berufstätigkeit vergessen.“

Zudem müssen Frauen einen Spagat zwischen Kinderbetreuung und Berufstätigkeit erbringen. In ländlichen Regionen können Defizite bei Ersterem zum Teil durch Familienangehörige ausgeglichen werden: „Und dann hat die Oma das Kind genommen, es ging nicht anders. Kindergarten ja, aber auch erst ab drei Jahre [...]. Ich habe dann nach dem dreijährigen Erziehungsurlaub händierend einen Kindergartenplatz gesucht [...] und überall hat es geheißen: Unter dem Kindergartenjahr steht kein Platz zur Verfügung.“

Frauen arbeiten selten gut bezahlt

Die Arbeitsmarktbedingungen in ländlichen Regionen bezeichneten viele der Befragten als defizitär.

„Die weniger gut bezahlten Jobs sind Frauenjobs“,

äußert sich eine Frau. Nach der Meinung einer anderen Frau, sind in ländlichen Regionen vor allem Frauen erwerbstätig, die niedrig dotierte Berufe gelernt haben. Der andere Teil, so die Befragte weiter, „sind halt Hochqualifizierte, die hier sitzen und einfach keine Stelle kriegen“. Zudem erfordern individuell passende Arbeitsplätze eine hohe Mobilität, die Frauen aufgrund ihrer familiären Aufgaben oft nicht erbringen können:

„Die Frauen [...] müssen die niedrigeren – auch wenn sich das jetzt böse anhört – Arbeiten nehmen. [...] Weil sie hier bleiben müssen, weil sie nicht die Möglichkeit haben, mit dem Kind auszupendeln [...]. Du musst mal sehen, was hier rausfährt aus dem Landkreis montagsmorgens, das ist der Wahnsinn. [...] Das sind alles Männer, die fahren.“

Hoffnung für die Gleichberechtigung

Neben den vielen inneren und äußeren Faktoren, die die gleichberechtigte Erwerbstätigkeit beider Partner erschweren, stimmt die Äußerung eines Mannes hoffnungsfroh. Von seinem anfänglich klassischen Rollenbild „Das war ganz klar: Wenn wir Kinder kriegen, bleibt einer zu Hause. Wobei klar war, wer“, musste er in der Auseinandersetzung mit seiner Frau „dann zurückstecken. Und das war ein ziemlich harter, steiniger Weg. [...]“

„Mittlerweile ist das gänzlich anders. Wir sind gleichberechtigt. [...] Wir könnten beide zu Hause bleiben, wir sind beide bereit – da habe ich mehr lernen müssen als meine Frau.“



Bild: © Xenia-Luise - fotolia.com



Mehr Informationen:

Karin Wieckhorst
Projektleiterin „LandFrauenStimmen für die Zukunft – Faire Einkommensperspektive sichern“
Deutscher LandFrauenverband e.V.
Telefon: 030 2844929-13
E-Mail: wieckhorst@landfrauen.info
www.landfrauen.info

Voraussichtlich im November 2013 wird die Studie publiziert.

Der Dorfwettbewerb hat Zukunft

Erstmals in seinem 50-jährigen Bestehen wurde der traditionsreiche Bundeswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ durch ein externes Büro evaluiert. Die Untersuchung stieß auf großes Interesse. Ihre Ergebnisse fließen in die Weiterentwicklung des Wettbewerbs ein.

Von Sören Bronsert



In den zurückliegenden Jahren stellte die vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz beauftragte Geschäftsstelle von „Unser Dorf hat Zukunft“ fest, dass die Zahl der teilnehmenden Dörfer stetig abnahm. Um Ursachen dafür zu finden, aber auch Maßnahmen zu entwickeln, mit denen der Bundeswettbewerb zukünftig wieder attraktiver gestaltet werden kann, beauftragte sie die Beratungsfirma AFC Public Services damit, zwei Einzelwettbewerbe zu untersuchen. Betrachtet wurden die Jahre 2007 und 2010 mit dem 22. und 23. Bundeswettbewerb. Dabei wurden sowohl der Ist-Zustand auf Bundesebene als auch die vorgelagerten Wettbewerbe auf Kreis-, Bezirks- und Landesebene analysiert.

Umfangreiche Befragung der Akteure

Die Evaluierung sollte vor allem die Beweggründe zur Teilnahme oder Nichtteilnahme am Dorfwettbewerb identifizieren. Zuerst

führten die Evaluatoren qualitative Experteninterviews mit je 13 an den zwei Wettbewerben beteiligten Ortsvorstehern, 13 Länderreferenten sowie 13 Vertretern der tragenden Verbände, fünf Vertretern der beteiligten Bundesministerien, zwei Vorsitzenden der Bewertungskommission und zwei Ansprechpartnern der Geschäftsstelle des Bundeswettbewerbs. Danach folgte eine quantitative Erhebung: Motive und Hintergründe der Nichtteilnahme wurden mithilfe einer indirekten Befragung von insgesamt 295 der Kreis- und Landkreisorganisatoren durchgeführt. Dörfer, die teilgenommen hatten, befragten die Evaluatoren auf Kreis- und Landesebene in direkten Interviews oder mittels einer Online-Erhebung. Auf Grundlage einer statistisch repräsentativen Zufallsauswahl wurden dazu für das Jahr 2005 stichprobenartig 822 der insgesamt 3 925 teilnehmenden Dörfer und für das Jahr 2008 722 von insgesamt 3 330 ausgewählt. Der Wettbewerb wird grundsätzlich als wichtiges, sinnvolles und zeitgemäßes Instrument der Dorfentwicklung angesehen. Vor allem Gemeindevertreter regen zur Teilnahme an. Sie erhoffen sich mit der Teilnahme zumeist, die Wertschätzung für das Dorf zu erhöhen, bürgerschaftliches Engagement zu aktivieren und die Dorfgemeinschaften zu festigen. Nachhaltigkeit und Nutzen des Wettbewerbs bewerteten alle Befragten grundlegend als positiv. Entwicklungsprozesse würden angestoßen und umgesetzt und häufig nach der Durchführung des Wettbewerbs fortgesetzt (siehe dazu Tabelle 1).

Zwischen Mangel an Akteuren und Entwicklungsanspruch

Gründe für eine Nichtteilnahme sehen die Befragten vor allem in der abnehmenden Zahl von Aktiven, beispielweise auf Kreisebene, in Vereinen oder in Arbeitsgruppen, die bisher Initiatoren und Multiplikatoren des Wettbewerbs waren. Zum einen wirkten hier exogene Faktoren wie Überalterung von Dorfgemeinschaften, Migration, Gemeinde- und Gebietsreformen und geänderte Arbeitswelten. Zum anderen werden endogene Faktoren benannt, wie ein im Vergleich zu Konkurrenzwettbewerben ungünstiges Aufwand-Nutzen-Verhältnis und der mit der inhaltlichen Neuausrichtung des Wettbewerbes einhergehende anspruchsvollere Bewertungsrahmen (siehe Infokasten). Mit dessen Komplexität stiegen nicht nur die Anforderungen für die Dörfer, sondern auch die Eintrittsbarrieren. Dies trifft insbesondere für kleinere Dörfer zu. Gleichzeitig wurde die stärkere Bedeutung sozialer und kultureller Aspekte im Wettbewerb positiv bewertet. Dagegen könnte der ursprünglich hohe Stellenwert der Grüngestaltung aus Sicht vieler Befragten weiter und stärker reduziert werden. Gewünscht wird auch eine bessere Ausgestaltung und Kommunikation der Bewertungskriterien bereits auf der Kreisebene, sodass Interessierte durch die Anforderungen nicht abgeschreckt werden.

Tabelle 1: Motivation für eine Teilnahme am Dorfwettbewerb

Teilaspekt	Kreiskoordinatoren	Teilnehmende Dörfer	
		2005	2008
Initiative von Gemeindevertretern	++	++	++
Anstoß von Entwicklungsprozessen	+	+	+
Zugang zu Fördermitteln	-	±	+
Bürgerschaftliches Engagement (Vereine u.a.)	++	+	++
Steigerung der Wertschätzung des Dorfes / Image / Anerkennung	++	++	++
Mediale Präsenz des Dorfes	±	±	+
Vergleich mit anderen Dörfern	-	±	±
Unterstützung durch die Kommunen (Kreisorganisator, Landrat u.a.)	+	±	±
Stärkung vorhandener Strukturen	+	+	++
Umsetzung von Projekten	+	+	+
Siegprämie / Teilnahmeprämie	-	-	-
Finanzielle Aspekte		-	-

Quelle: BMELV, AFC Public Services

Kontrovers wird die Frage nach den angemessenen Anreizen innerhalb des Wettbewerbs beantwortet. Während der ideelle Charakter der Auszeichnung mit Medaillen, Urkunden und offizieller Preisverleihung generell als bewahrenswert betrachtet wird, sprechen sich viele Beteiligten für ergänzende materielle Anreize aus. Vorgeschlagen werden unter anderem die Auslobung von Sonderpreisen, die Kopplung des Dorfwettbewerbs mit ländlichen Förderprogrammen und ein Maßnahmenkatalog zur Steigerung der Attraktivität des Wettbewerbs (siehe dazu Tabelle 2).

Neuer Rahmen für die Zukunft

Der Wettbewerb soll auch künftig die Dorfbewohner motivieren, die wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung ihrer Zukunft aktiv selbst in die Hand zu nehmen. Basierend auf den Ergebnissen der Evaluation wurden für den 25. Bundeswettbewerb 2014-2016 unter anderem folgende Änderungen diskutiert:

- Die Bewertungskriterien sollen sich auf vier Bereiche konzentrieren: Leitbild und wirtschaftliche Initiativen, soziale und kulturelle Aktivitäten, Baugestaltung und -entwicklung, Grüngestaltung und das Dorf in der Landschaft. Die Beurteilung der Gesamtsituation und des Gesamteindrucks des Dorfes einschließlich interkommunaler Kooperation soll mehr Gewicht erhalten.
- Die Ausschreibung auf Kreisebene soll verschlankt und mit der Landes- und Bundesebene besser abgestimmt werden.
- Der Teilnehmerschlüssel für den Bundeswettbewerb auf Kreisebene soll so geändert werden, dass eine höhere Anzahl von Dörfern teilnehmen kann.
- Sonderpreise für einzelne Bewertungsbereiche sollen den Anreiz für die Dörfer vergrößern.
- Zur Unterstützung der abnehmenden Zahl von Initiatoren sollen Akteure auf Landes- und Bundesebene Beratung und Begleitung erhalten. Vernetzung, Patenschaften sowie Foren sollen den Erfahrungsaustausch zwischen den Teilnehmern erleichtern. Mentoren sollen bei der Vor- und Nachbereitung unterstützen.

Tabelle 2: Verbesserungsvorschläge zur Steigerung der Attraktivität des Dorfwettbewerbs und zur Vorbereitung der Dörfer

Teilaspekt	Kreiskoordinatoren	Teilnehmende Dörfer	
		2005	2008
Aufbau von Formalismen / Vereinfachung des Ausschreibungstextes	+	±	±
Ansprache junger Leute		+	+
finanzielle Anreize		±	±
Ausbau der Pressearbeit	+	±	±
Einsatz von neuen Medien (Facebook u.a.)		±	-
Auslobung von Preisgeldern	++	±	±
Auslobung von Sonderpreisen	++		
Verbesserung des Images / Stellenwertes	++	+	+
Kopplung des Dorfwettbewerbs mit Förderprogrammen	++	+	+
Verbindung mit anderen Förderwettbewerben		±	±
Stärkere Rückkopplung an die Dörfer		+	+
Beratende Begleitung	+	+	+
Vernetzung der teilnehmenden Dörfer	+	±	±
Unterscheidung zwischen kleinen und großen Dörfern	++		
Leitfaden (10 Punkteplan u.a.)	±	+	++
Hotline	-	-	-
Zeitplan	-	±	±
Infoveranstaltung	+	±	+
Angabe von Kontaktpersonen	±	±	+
Onlineangebot (Website u.a.)	±	±	±
Newsletter	-	±	±
Soziale Medien (Facebook, Twitter u.a.)	-	-	-
Radio / Fernsehen	±	±	±
Beurteilung des Ausschreibungsverfahrens	±	±	+
Einschätzung der Bewertungskommission	+	+	+

Quelle: BMELV, AFC Public Services

++	hohe + sehr hohe Bedeutung > 66%
+	hohe + sehr hohe Bedeutung > 50%
±	Gleichgewichtung
-	keine + geringe Bedeutung > 50%
--	keine + geringe Bedeutung > 66%

Am 24. Bundeswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ nahmen 2013 rund 2 600 Dörfer teil. Am 24. Januar 2014 findet die Preisverleihung und Abschlussveranstaltung im Rahmen der Internationalen Grünen Woche in Berlin statt.



Mehr Informationen:

Dr. Ulrich Neubauer
Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft
und Verbraucherschutz
Referat Entwicklung ländlicher Räume
Telefon: 030 18529-3206
E-Mail: 416@bmelv.bund.de
www.dorfwettbewerb.bund.de



Dorfwettbewerb mit Geschichte

- 1961 initiiert Graf Lennart Bernadotte in der BRD den ersten Bundeswettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden“ mit dem Ziel, Zustand und Attraktivität von Dörfern und dörflichen Strukturen zu verbessern.
- Ende der 1960er-Jahre entsteht aus der „Torgauer Initiative“ in der DDR der Wettbewerb „Schöner unsere Städte und Gemeinden – Mach mit!“ mit einem Schwerpunkt auf Wohn- und Lebensqualität.
- In den 1970er-Jahren beeinflussen Dorfentwicklungsprogramme in der BRD den Wettbewerb, der verstärkt die gesellschaftliche und strukturelle Neuorientierung des ländlichen Raums fördern soll.
- Mit der Agenda 21 rücken in den 1980er-Jahren Aspekte der nachhaltigen Entwicklung der Dörfer und ihrer Landschaft in den Blickpunkt – Lebensqualität, Baugestaltung und Umweltschutz sollen mit breitem bürgerschaftlichem Engagement vorangetrieben werden.
- Von 1993 bis 1998 wird der Bundeswettbewerb im Zuge der internationalen Verhandlungen zur Biodiversität und des beschleunigten ländlichen Strukturwandels auf Zukunftssicherung durch eine ganzheitliche, nachhaltige Dorfentwicklung ausgerichtet. Er erhält den Zusatztitel „Unser Dorf hat Zukunft“.
- Mit dem 22. Bundeswettbewerb im Jahr 2007 wird „Unser Dorf hat Zukunft“ zum alleinigen Motto.



Bild: © S. Hofschaeger / pixelio.de

Förderung der ländlichen Entwicklung 2014–2020

Nach zweijährigen Beratungen über die Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nähern sich die Verhandlungen zwischen Europäischem Parlament und Europäischem Rat über die Vorschläge der EU-Kommission ihrem Abschluss. Die Eckpunkte stehen weitgehend, an den endgültigen Rechtstexten wird noch gefeilt – ein Ausblick.

Von Georg-Ludwig Jäger

Ende Juni 2013 hatten das Europäische Parlament, der Agrarrat und die Kommission im abschließenden Trilog eine weitgehende politische Einigung über die Neuausrichtung der GAP erzielt. Derzeit werden die Rechtstexte verfasst. Nach der formalen Annahme durch das Parlament und den Rat im Oktober und November sollen sie bis Ende des Jahres veröffentlicht werden und in Kraft treten.

ELER bleibt ELER in neuem Rahmen

Die Förderung über den Europäischen Landwirtschaftsfonds zur Entwicklung ländlicher Räume (ELER) soll im Wesentlichen in der bekannten und bewährten Grundausrichtung fortgeführt werden. Neu ist die Einbindung des ELER – gemeinsam mit den vier anderen EU-Fonds Regional-, Kohäsions-, Sozial- und Fischereifonds – in den sogenannten gemeinsamen strategischen Rahmen (GSR). Die Förderung soll auf die Ziele der Strategie „Europa 2020 – nachhaltiges, intelligentes und integratives Wachstum“ ausgerichtet werden. Dazu werden die Beiträge der einzelnen Fonds zu elf thematischen Zielen sowie den Querschnittszielen Nachhaltigkeit, Gleichstellung von Männern und Frauen und Nichtdiskriminierung in einer fondsübergreifenden Partnerschaftvereinbarung festgelegt. In einem breiten Beteiligungs- und Abstimmungsverfahren erarbeitet der Mitgliedstaat

– in Deutschland federführend das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie – diese Partnerschaftvereinbarung zur Genehmigung durch die Europäische Kommission. In Deutschland wird die Abwicklung der Förderung über fondsspezifische Programme der Bundesländer fortgesetzt. Darin wird die jeweilige Interventionslogik mit Zielen und Prioritäten dargestellt. Sieben Prozent der Fondsmittel jedes Programms sind als Leistungsreserve geknüpft an die Erreichung vorab definierter Ziele.

Prioritäten und Umstrukturierungen

Im ELER werden die drei Schwerpunkte „Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft“, „Nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen und Klimaschutzpolitik“ sowie „Ausgewogene räumliche Entwicklung der ländlichen Gebiete“ fortgesetzt. Ausgerichtet werden sie auf sechs EU-Prioritäten (siehe Tabelle 1), die wiederum mit 18 – als „Focus Areas“ bezeichnete – Unterprioritäten näher definiert sind. Innovation, Umweltschutz sowie Eindämmung des Klimawandels und Anpassung an seine Folgen bilden übergreifende Querschnittsziele.

Die bekannten Maßnahmen werden teilweise zusammengefasst und neu strukturiert: So werden die bisher nach Artikel 68 der Direkt-

Tabelle 1:
EU-Prioritäten im ELER ab 2014:

1.	Wissenstransfer und Innovation in der Land- und Forstwirtschaft
2.	Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und Rentabilität landwirtschaftlicher Betriebe
3.	Organisation der Lebensmittelkette und Risikomanagement in der Landwirtschaft
4.	Erhaltung und Verbesserung von land- und forstwirtschaftlichen Ökosystemen
5.	Ressourceneffizienz und kohlenstoffarme Wirtschaft
6.	Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen sowie wirtschaftliche Entwicklung ländlicher Räume

Quelle: BMELV

zahlungsverordnung über die 1. Säule angebotenen Risikomanagementsysteme in die 2. Säule überführt und um ein neues Instrument zur Einkommensstabilisierung ergänzt. Ausgebaut werden auch die Möglichkeiten, Förderangebote für Innovationen und innovative Ansätze sowie für Kooperationen anzubieten. Dazu gehört die Europäische Innovationspartnerschaft „Produktivität und Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft“ (siehe dazu LandInform-Ausgaben 3.12 und 2.13).

Ausgleich für naturbedingte Nachteile

Sogenannte benachteiligte Gebiete erhalten auch weiterhin Ausgleichszahlungen. Die Gebiete werden jedoch künftig EU-einheitlich auf Basis von acht biophysikalischen Kriterien neu festgelegt, beispielsweise niedrige Temperatur, Steinigkeit, Nässe oder starke Hangneigung. Die jeweiligen Schwellenwerte müssen auf mindestens 60 Prozent der Flächen einer Gemarkung zutreffen. Bereits überwundene Nachteile, zum Beispiel eine durch Drainage reduzierte Staunässe im Boden, sollen mit einer Feinabstimmung korrigiert werden. Bisher als benachteiligt eingestufte Gebiete, die infolge der Neuabgrenzung nicht mehr berücksichtigt werden, erhalten über bis zu vier Jahre abnehmende Übergangszahlungen. Auf bis zu zehn Prozent der Landesfläche können Gebiete außerdem aus spezifischen Gründen als benachteiligt eingestuft werden, beispielsweise wegen einer für die Landschaftspflege, den Tourismus oder den Küstenschutz notwendigen Fortführung der Bewirtschaftung. Hier können auch naturbedingte Nachteile angerechnet werden, die aus einer Kombination zweier biophysikalischer Kriterien resultieren, welche einzeln um bis zu 20 Prozent von den festgelegten Schwellenwerten abweichen können.

Stärkerer Leader-Ansatz – unabhängiger Mittelvergabe

Die Lokalen Aktionsgruppen haben in Leader zukünftig mehr Kompetenzen und Verantwortung. Gleichzeitig steigen die Ansprüche an die lokalen Entwicklungskonzepte: Deren Qualität wird einer eigenen, gebietsbezogenen Fördergrundlage gleichen. Erhalten bleibt die Reservierung von fünf Prozent der Programmmitel für Leader, während das bisherige System der Mindestbudgets für die Schwerpunkte weitgehend aufgegeben wird. Einzige Ausnahme: Mindestens 30 Prozent der ELER-Mittel sind für umwelt- und klimabezogene Fördermaßnahmen wie Agrarumweltmaßnahmen, Ökolandbau, Natura 2000-Ausgleich, benachteiligte Gebiete oder entsprechende Forstmaßnahmen und Investitionen einzusetzen.

Für Deutschland stehen mit voraussichtlich rund 8,25 Milliarden Euro von 2014 bis 2020 etwa neun Prozent weniger Mittel zur Verfügung als in der laufenden Förderperiode. Die Verteilung dieser Mittel auf die Bundesländer steht im Zusammenhang mit der nationalen Ausgestaltung der Direktzahlungen ab 2015, aus denen voraussichtlich regionale

Tabelle 2:
Voraussichtliche Obergrenzen der EU-Beteiligung

-	53 % als regelmäßige Obergrenze
-	75 % in ehemaligen Konvergenzgebieten (weitgehend neue Länder) bzw. 63 % in anderen Übergangsregionen (bisherige „phasing-out“-Gebiete)
-	75 % für Umwelt- und Klimamaßnahmen
-	80 % für Bildungsmaßnahmen, Erzeugergemeinschaften, Kooperationen, Junglandwirte und Leader
-	100 % für Transfers aus der 1. Säule

Finanzbestimmungen vorbehaltlich der abschließenden Einigung

Quelle: BMELV

Umverteilungen resultieren werden. Eine Überlegung ist, eine Direktzahlungskomponente für Dauergrünland in benachteiligten Gebieten einzuführen, die der Bedeutung des Grünlands als CO₂-Senke gerecht wird und den Ausstieg aus der Milchquote begleiten würde. Zudem würde die 2. Säule finanziell entlastet.

Enger Zeitplan

An der fondsübergreifenden Partnerschaftvereinbarung sowie den Entwicklungsprogrammen arbeiten Bund und Länder seit Monaten parallel zu den Beratungen über die EU-Rechtsgrundlagen. Die Partnerschaftvereinbarung wird voraussichtlich im Herbst 2013 förmlich eingereicht – sie wird bereits während ihrer Entstehung laufend mit der EU-Kommission informell abgestimmt, um die Genehmigung zu beschleunigen. Als Grundlage für die Entwicklungsprogramme der Länder wird deren jeweilige Ausgangssituation in einer sozioökonomischen Analyse erfasst, Stärken und Schwächen werden identifiziert und in einer Ex-Ante-Evaluierung mögliche Entwicklungsschritte sowie Ansatzpunkte für geeignete Fördermaßnahmen aufgezeigt. Voraussichtlich werden die Entwicklungsprogramme nach Verabschiedung der vollständigen ELER-Durchführungsbestimmungen im Frühjahr 2014 fertiggestellt und bei der EU-Kommission eingereicht. Ab dem Einreichen kann die Umsetzung der Förderung beginnen – vorbehaltlich der Genehmigung durch die EU-Kommission und somit auf Risiko der Mitgliedstaaten.

Gleitender Übergang

Zur Sicherung der Förderkontinuität hat die EU-Kommission eine Übergangsverordnung vorgeschlagen: Flächenmaßnahmen der 2. Säule könnten danach im Jahr 2014 auf Basis der laufenden Programme um ein Jahr fortgeführt und Neubewilligungen auch bereits zu Lasten des neuen Finanzrahmens ausgesprochen werden. Kontrovers diskutiert wird derzeit, die alten ELER-Programme in 2014 vollständig mit Geldern aus der neuen Förderphase fortzusetzen. Es gilt, noch viele Rechtsetzungs- und Umsetzungsarbeiten zu leisten.



Mehr Informationen:

Dr. Georg-Ludwig Jäger
Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz – Bonn
Referat 413 - ELER
Telefon: 0228 99529-3843
E-Mail: georg-ludwig.jaeger@bmelv.bund.de

Fachleute diskutieren die Schrumpfung in Regionen

Konkrete Handlungsempfehlungen zum Umgang mit Schrumpfungprozessen innerhalb von Regionen zu identifizieren, war das Ziel einer mehrstufigen Workshopreihe. Im Auftrag des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) luden dazu das Thünen-Institut für ländliche Räume und das Sachgebiet Strukturen der Daseinsvorsorge in der BLE Vertreter aus Forschung, Politik und Praxis ein.

Von Annett Steinführer, Patrick Küpper und Moritz Kirchesch

In drei Workshops diskutierten rund 40 Vertreter aus der Stadt- und Raumforschung, aus der regionalen und kommunalen Praxis sowie aus Landesministerien und dem BMELV frei vom Tagesgeschäft und möglichst unabhängig von bestehenden politischen, finanziellen oder rechtlichen Zwängen über die Gestaltung regionaler Schrumpfungprozesse. Dabei beschränkte sich die Diskussion nicht auf dünn besiedelte periphere Räume.

Schrumpfung bundesweit aktiv begegnen

Wirtschaftliche Probleme, Bevölkerungsrückgang, Ausdünnung von Infrastrukturen, Leerstände und ungenutzte Freiräume, überschuldete öffentliche Haushalte – dies sind einige typische Merkmale „schrumpfender“ Regionen. Solche sind in Deutschland keinesfalls allein in Ostdeutschland zu finden, sondern mittlerweile in den meisten Bundesländern bekannt. Allerdings nehmen viele Akteure Schrumpfung immer noch als vorübergehend und nicht als aktiv und langfristig zu gestaltenden Prozess wahr.

Die Diskussion erfolgte unter zwei Prämissen, die erste: „Schrumpfung kann und muss gestaltet werden.“ Schrumpfende Regionen sind nicht tot oder verlassen, hier leben weiterhin Menschen, die bei geringerer oder dauerhaft rückläufiger Bevölkerungs- und Infrastrukturdichte ihren Alltag bewältigen müssen. Die zweite Prämisse: „Gesellschaftliche Teilhabe sichern – kein Verzicht auf eine normative Perspektive.“ Mit der regionalen Schrumpfung schwinden Gestaltungsspielräume, Prioritäten müssen gesetzt werden.

Gemeinsame Sprache finden

Zum Einstieg erarbeiteten die Teilnehmer ein gemeinsames Begriffsverständnis als Basis für ein gegenseitiges Verständnis. Sie definierten „Schrumpfende Regionen“ als sowohl durch langfristigen Bevölkerungsrückgang und Alterung als auch durch wirtschaftliche Strukturschwäche und die daraus resultierenden Gestaltungsaufgaben gekennzeichnet. Neben einer Wahrnehmung von Schrumpfungsentwicklungen als Problem wurde dabei auch die Meinung deutlich,

Schrumpfung als Chance zu begreifen und eine Stigmatisierung betroffener Regionen in jedem Falle zu vermeiden. Die Teilnehmerrunde legte den Fokus auf drei Themen: Leerstand und Innenentwicklung, Zugang zu Versorgungsstrukturen sowie Wirtschaft und Arbeit. Diese wurden unter folgenden Fragestellungen teils kontrovers diskutiert: Welche Handlungsoptionen, Hemmnisse und Umsetzungsbeispiele gibt es zur Lösung der jeweiligen Probleme? Welche Förderregelungen, Standards und Vorgaben existieren? Wie ist es um die Beteiligung verschiedener Akteure bestellt? Anschließend wurden gemeinsame Handlungsempfehlungen erarbeitet und daraus resultierende Forschungsaufträge formuliert. Drei Schwerpunkte wurden herausgearbeitet (siehe Kasten). Bei der Abschlussveranstaltung am 22. Oktober 2013 sollen die ausführlichen Ergebnisse veröffentlicht werden.

Schrumpfende Regionen brauchen

... besondere Rahmenbedingungen mit mehr regionalen Gestaltungsspielräumen: Mit welchen Instrumenten können staatliche Mittel wirksamer fokussiert, Standards flexibilisiert und regionale Entscheidungsfähigkeit über selbstverantwortete Etats zurückgewonnen werden?

... Gestaltungsstrategien, die sich langfristig am Weniger ausrichten: Wie lassen sich ein regional ausgerichtetes Siedlungsumbau, passende Siedlungsentwicklungskonzepte und ein Schrumpfung-Check sinnvoll umsetzen?

... koordinierte Gestaltungsprozesse: Welchen Beitrag können querschnittsorientiertes regionales Handeln, Managementansätze auf der Dorfebene und verbesserte Einnahmemechanismen vor Ort leisten, um neue Impulse in Schrumpfungregionen zu geben?



Mehr Informationen:

Dr. Patrick Küpper und Dr. Annett Steinführer
Thünen-Institut für ländliche Räume
Telefon: 0531 596-5227 und -5225
E-Mail: patrick.kuepper@ti.bund.de und
annett.steinfuehrer@ti.bund.de

Moritz Kirchesch
BLE – Sachgebiet Strukturen der Daseinsvorsorge
Telefon: 0228 6845-3968
E-Mail: moritz.kirchesch@ble.de

Dialog im Stall



Mit dem Modellprojekt „Dorfgespräch“ wollen das Land Niedersachsen und das Bistum Osnabrück von 2013 bis 2015 das Verständnis zwischen Dorfbewohnern und Landwirten fördern und eine konstruktive Gesprächskultur wiederbeleben. Vor Kurzem fand der erste „dialogABEND“ in der Grafschaft Bentheim statt.

Von Klaus Ludden

In Niedersachsen durchläuft die Landwirtschaft eine rasante Entwicklung. Diese birgt neben dem wirtschaftlichen Wachstum auch Konfliktpotenziale: Die Akzeptanz für moderne landwirtschaftliche Produktionsverfahren sinkt, während Betriebe, Maschinen und Anzahl der Tiere weiter wachsen. Anwohner befürchten gesundheitliche Beeinträchtigungen und stehen vorhandenen und geplanten Bauvorhaben oft kritisch gegenüber. Auf der anderen Seite sehen sich Betriebsleiter ins Abseits gedrängt und fühlen sich ausgegrenzt. In der Öffentlichkeit treten landwirtschaftliche Themen häufig erst dann in den Vordergrund, wenn Konflikte drohen oder bereits entbrannt sind. Das offene Gespräch miteinander wird immer seltener – auch weil traditionelle Orte und Gelegenheiten der Kommunikation, wie der wöchentliche Kirchgang, der Stammtisch in der Dorfkneipe oder die Vereinstreffen verschwinden.

wieder ein Gesicht. Der „dialogABEND“ soll dazu beitragen, Konflikte, die sich aus Hoferweiterungen, Stallbauten oder Biogasanlagen ergeben, zu vermeiden. „Nur wer miteinander spricht, kann sein Gegenüber verstehen, ohne unbedingt immer einverstanden zu sein“, beschreibt Klaus Ludden als Projektverantwortlicher die Idee.

Willkommen im Schweinestall

Der erste von über 30 solcher Abende, die in den nächsten drei Jahren auf Höfen im Weser-Ems-Gebiet stattfinden sollen, war Anfang August 2013 auf dem Hof Kaalmink in Großringe in der Grafschaft Bentheim. Über 60 Gäste kamen. Auf Einladung der Familie Kaalmink und der KLVHS ließen sie sich durch die Stallungen führen. Ein Expertenteam mit Landwirt Karl Kaalmink und seinem Sohn Gerd erläuterte die Abläufe auf dem Hof. Die Besucher wollten wissen, wie viel Zeit die Ferkel in welchem Stall verbringen, wie viele Tiere gemeinsam untergebracht werden, welches Futter es wann und in welcher Menge gibt oder was die häufigsten Störungen im Landbetrieb verursacht. Am Ende resümierten Gastgeber und Gäste gleichermaßen: ein gelungener Abend, an dem alle Beteiligten viel über- und miteinander gelernt haben. „Das haben wir nicht gewusst, dass in unserer direkten Nachbarschaft in so großem Umfang Schweine gehalten werden“, äußerte sich eine Besucherin beeindruckt.



Bild: © Projektbüro pro-t-ein GmbH

Selbsteinschätzung beim „dialogABEND“:
„Wie viel weiß ich über die Landwirtschaft im Dorf?“

Werkzeuge für dörfliche Kommunikation

Das Projekt „Dorfgespräch“, initiiert und getragen von der Katholischen Landvolk-Hochschule (KLVHS) Oesede, möchte die Dialogbereitschaft in den Dörfern fördern. „In der Vergangenheit war die Kirche der Raum zum Austausch, der in vielen Landgemeinden so aber nicht mehr existiert. Daher sind neue Ideen gefragt, um Menschen unterschiedlicher Interessenlagen miteinander ins Gespräch zu bringen“, beschreibt KLVHS-Leiter Johannes Buß den Projektansatz. Zwei extern moderierte Kommunikationsansätze sollen das Verständnis füreinander unterstützen und die Gemeinschaft insgesamt stärken. Beim „dialogPROZESS“ begleitet ein Berater ein Dorf über eineinhalb Jahre, erfasst mit einem „Dorfcheck“ bestehende Kommunikationsstrukturen und moderiert die gemeinsamen Wege zu einer neuen Kommunikation. Beim „dialogABEND“ stehen die Landwirte im Mittelpunkt: Einzelne Landwirte präsentieren der Dorfgemeinschaft ihren Hof und erklären landwirtschaftliche Wertschöpfung – die Landwirtschaft bekommt



Gerd Kaalmink und seine Gäste: Die Nachbarn nutzten die Gelegenheit und „löchernten“ den jungen Landwirt mit zahlreichen Fragen.

Bild: © Projektbüro pro-t-ein GmbH



Mehr Informationen:

Klaus Ludden
Katholische Landvolk-Hochschule Oesede
Telefon: 05401 866873
E-Mail: ludden@klvhs.de
www.klvhs.de/dorfgespraech

Regionalplanung als Koordinator regionaler Entwicklung?

Die Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) hat die Rolle der Regionalplanung bei der Gestaltung ländlicher Entwicklung untersucht. Der Anlass bestand darin, dass Regionalplanung sich nicht nur auf die steuernde Planung beschränken, sondern verstärkt auf die regionale Prozessentwicklung einwirken soll. Diesem Anspruch stehen Vertreter der Regionalentwicklung teilweise skeptisch gegenüber. Wir konnten Joachim Albrech als Mitautor des ARL-Arbeitsberichtes und Professor Ulf Hahne für ein Gespräch gewinnen.

Herr Albrech, Sie haben für den ARL-Arbeitsbericht „Koordinierte Regionalentwicklung: Zielorientierung von Entwicklungsprozessen“ die Einbindung der Regionalplanung in Leader-Ansätze untersucht. Welche Zielsetzung hatten Sie bei dieser Betrachtung und zu welchen Ergebnissen sind Sie gelangt?

Joachim Albrech: Anhand von Fallstudien wollten wir betrachten, inwiefern gesamt- und teilräumliche Steuerungsansätze in der Regionalentwicklung wirken und wie und von wem Prozesse koordiniert werden. Ein Ergebnis: Leader wird seit Beginn der Förderung in Deutschland erfolgreich und unabhängig von der Regionalplanung betrieben. Es gibt kaum Berührungspunkte, wenngleich eine Berücksichtigung der Regionalpläne auch für Leader-Entwicklungskonzepte verbindlich ist. Faktisch spielt die Regionalplanung aber in der ländlichen Regionalentwicklung und in der Leader-Förderung kaum eine Rolle.

Herr Prof. Hahne, es gibt Einzelbeispiele für eine gewinnbringende Zusammenarbeit zwischen Regionalentwicklung und -planung – der Verband Region Rhein-Neckar war beispielsweise an Bildung und Prozessen der ILE-Region Haßloch-Deidesheim beteiligt. Warum gibt es solche Überschneidungen in der Regel jedoch selten?

Ulf Hahne: Regionalentwicklung basiert auf Ideen, Entscheidungen und Projekten diverser Akteure und auf Abstimmung kooperativer Maßnahmen auf kleinräumiger Ebene. Regionalplanung indes ist zunächst behördliche Rahmensetzung auf einer Maßstabebene, die häufig größere Räume umfasst. Damit zeigen sich drei Unterschiede: Die Akteurebene, die Staatlichkeit und der Maßstab. Selbstverständlich gibt es Berührungsfelder, beispielsweise bei flächenhaften raumbedeutsamen Vorhaben wie dem Ausbau der Windenergie. Zudem kann auch die



Joachim Albrech ist Geschäftsführer der Gesellschaft für Umwelt-, Regional- und Wirtschaftsentwicklung Taurus pro an der Universität Trier.



Ulrich Hahne ist Professor im Fachbereich Ökonomie der Stadt- und Regionalentwicklung an der Universität Kassel.

Regionalplanung zum Akteur der Regionalentwicklung werden, Projekte anstoßen und teilräumliche Entwicklungsprozesse aktivieren. Ein Beispiel sind die Masterpläne Daseinsvorsorge, die aber oft auch von anderen Institutionen angestoßen und koordiniert werden können wie Landkreisen, Wirtschaftsförderungsinstitutionen oder Vereinen.

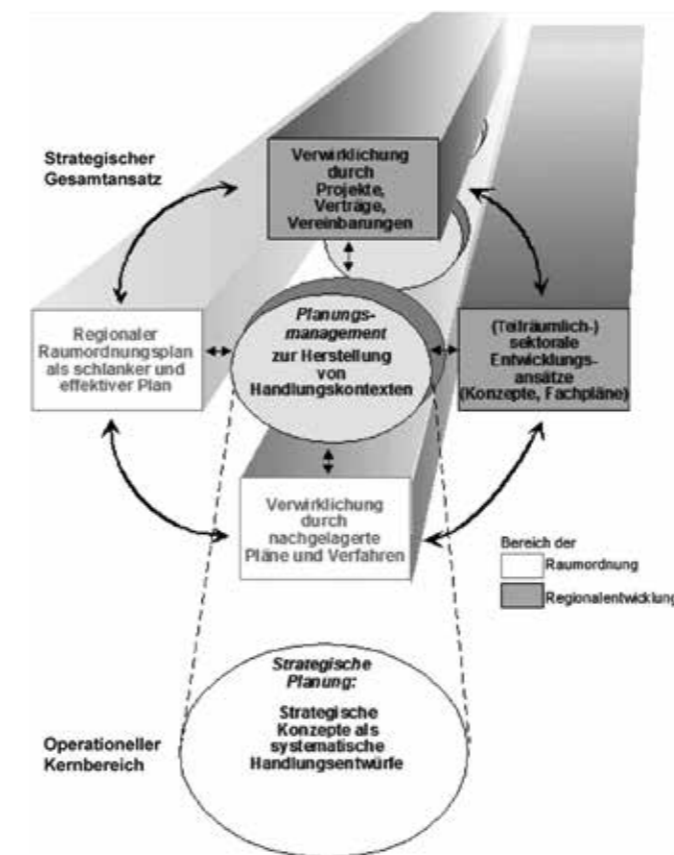
Der ARL-Arbeitskreis hat ein theoretisches Prozessmodell entwickelt: Ein zentrales Planungsmanagement soll als Schnittstelle zwischen Regionalplanung und -entwicklung dienen. Die Regionalplanung selbst wird ambitioniert als strategischer Rahmengerber definiert. Wie realistisch ist dieser Ansatz?

Joachim Albrech: Die Regionalplanung kann aus Paragraph 13 des Raumordnungsgesetzes „Raumordnerische Zusammenarbeit“ einen gesetzlichen Koordinierungsauftrag für regionale Entwicklungsprozesse ableiten. Die Ausgestaltung ist allerdings offen: Sollten Regionalplaner in Lokale Aktionsgruppen eingebunden, Beteiligungsprozesse von Leader durch die Regionalplanung moderiert oder koordiniert oder gar behördliche Verfahren eingeführt werden? Tatsächlich kann die

Prozessorientierte, nicht-formelle Bottom-up-Methode

Regionalentwicklung findet in verschiedenen Formen statt. Ländliche Regionalentwicklung wird häufig als integrierte ländliche Entwicklung (ILE, gefördert über die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes GAK) oder mit Leader (gefördert über den ELER) vorangetrieben. Beiden gemein sind feste Gebietsdefinitionen sowie vielfach – in ILE abhängig vom jeweiligen Bundesland und thematisch oft eingeschränkter als in Leader – verbindliche regionale Entwicklungskonzepte und informelle Gremien, in denen möglichst viele relevante Akteure sich in den Entwicklungsprozess einbringen, Ziele definieren und konkrete Projekte initiieren.

Prozessmodell: Integriertes System zur Koordinatin von Entwicklungsprozessen



Quelle: ARL-Arbeitsbericht „Koordinierte Regionalentwicklung: Zielorientierung von Entwicklungsprozessen“

Administratives, staatlich etabliertes Top-down-Planungsinstrument

Die gesetzlich normierte Regionalplanung konkretisiert die Vorgaben der Raumordnung zur Steuerung räumlicher Entwicklung in Form von Regionalplänen. Deren Maßstab ist bundesweit unterschiedlich, da auch die Regionalplanungseinheiten abhängig vom jeweiligen Bundesland verschieden zugeschnitten sind und von ganz verschiedenen Trägern – vom Land über die Regionalverbände bis hin zu den Kommunen – bearbeitet werden. Die Regionalpläne geben den Rahmen für untergeordnete Fachplanungen vor, die in die konkreten kommunalen Planungsinstrumente wie Flächennutzungs- oder Bebauungsplan einfließen.

Regionalplanung mit ihrer gegenwärtigen personellen, finanziellen oder planungsrechtlichen Ausstattung keine federführende Rolle in der Regionalentwicklung übernehmen. Aber sie könnte sich in lokale Entwicklungsprozesse einbringen: Die Regionalplaner kennen ihre Planungsregion in der Regel sehr genau und wissen frühzeitig über raumplanerische Vorgaben, Planungen von Infrastrukturen und Projekten Bescheid. Und sie könnten ihr sehr gutes Daten- und Kartenmaterial zur Verfügung stellen und raumbedeutsame Projekte fachlich und inhaltlich begleiten. So könnten beispielsweise Genehmigungsprozesse vereinfacht und zeitlich verkürzt werden.

Herr Hahne, im Vorfeld dieses Gesprächs bezeichneten Sie die behandelte Fragestellung als „künstliche Diskussion“. Wäre auch ein gegenseitiger Gewinn durch eine verbesserte Kommunikation vorstellbar? Wie könnte eine Zusammenarbeit aus dem Blickwinkel der Regionalentwicklung aussehen?

Ulf Hahne: Regionalentwicklung lässt sich häufig sehr gut mit Unterstützung durch die Regionalplanung vorantreiben: Sie kann Themen setzen, Wissen vermitteln und Akteure zusammenbringen. Dennoch ist Regionalplanung eine gesetzliche Aufgabe und wird als Behörde wahrgenommen – sie kann daher nie eine Bottom-up-Bewegung ersetzen. Sie ist auf die Ideen und Projekte der lokalen Akteure, auf das Zusammenspiel mit der kommunalen Ebene und auf von anderen initiierte, nicht-hoheitliche Formen der Bürgerbeteiligung angewiesen, um Mitsprache und Beteiligung vieler Menschen aus verschiedenen Bereichen zu bewirken. Und schließlich hat Regionalplanung auch keine finanziellen Ressourcen, beispielsweise Fördermittel, die sie als Ansprechpartner interessant macht.

Herr Albrech, es ist Ihnen ein Anliegen, zum Dialog anzuregen. Wen wollen Sie einbinden und haben Sie Ideen für eine Form dieses Dialoges?

Joachim Albrech: Die Leader-Förderung ist nachgewiesen ein erfolgreiches Instrument der Regionalentwicklung. Es muss in seinen Grundstrukturen, allein schon wegen den ELER-Vorgaben, so beibehalten werden. Aber ich halte es für überlegenswert, wenn Lokale Aktionsgruppen auf ihre Regionalplaner zugehen und sie zur Mitarbeit einladen. Das kann ich mir sowohl als Mitglied in der Lokalen Aktionsgruppe als auch als lose, projektbezogene Zusammenarbeit vorstellen. Dies kann im Rahmen der Erstellung des Regionalen Entwicklungskonzeptes sinnvoll sein oder wenn raumbedeutsame Projekte, wie regionale Wegekonzepte oder größere Infrastrukturprojekte, geplant sind. Dann könnte man die Regionalplanung mit einbeziehen, um Planungsabstimmungen frühzeitig zu beginnen und das Know-how der Planer zu berücksichtigen.

Wir danken für das Gespräch!

Das Gespräch führte Anja Rath.



Mehr Informationen:

Prof. Dr. Ulf Hahne
Ökonomie der Stadt- und Regionalentwicklung
Universität Kassel
Telefon: 0561 804-3076
E-Mail: hahne@uni-kassel.de

Joachim Albrech
Taurus pro – Institut an der Universität Trier
Telefon: 0651 20131-63
E-Mail: albrech@taurus-pro.de



Fachaustausch und Beratung

Im Verband der Landwirtschaftskammern (VLK) arbeiten Landwirtschaftskammern, Länderagrarverwaltungen und berufsständisch getragene Beratungsdienste in vielfältigen Bereichen der Agrarwirtschaft zusammen. Neben agrar- und verwaltungstechnischem Austausch gehört die ländliche Entwicklung zu seinen Themen.

Von Beate Bajorat

Die Landwirtschaftskammern sind Selbstverwaltungskörperschaften des agrarischen Berufsstandes. Sie übernehmen in den westlichen und nördlichen Bundesländern Aufgaben als Agrarverwaltungen und sie vertreten und regeln die fachlichen, nicht aber die wirtschaftspolitischen Interessen der Land- und Forstwirtschaft. Der Verband der Landwirtschaftskammern (VLK) wurde 1948 als Dachorganisation gegründet. Im VLK sind neben den Kammern heute auch die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft und der Bayerische Bauernverband zusammengeschlossen. Der VLK setzt die Kammeraufgabe der fachlichen Politikberatung auf der Bundes- und EU-Ebene um. Außerdem vernetzt er die Mitglieder und Partner und unterstützt deren Zusammenarbeit mit den Agrarverwaltungen in Bundesländern ohne Landwirtschaftskammern. Der Verband versteht sich als neutrale Wissens- und Kommunikationsplattform.

Zwischen Praxis und EU-Kommission

Der VLK unterstützt durch eine fachliche Auseinandersetzung mit relevanten Themen die Landwirtschaftskammern und Länderagrarverwaltungen bei ihrem Auftrag, Betriebe der Land- und Forstwirtschaft, des Gartenbaus und der Fischerei in ihrer Wettbewerbsfähigkeit zu unterstützen sowie die Lebensqualität in den ländlichen Regionen zu verbessern. Die Fachgremien des VLK arbeiten daher in den Bereichen Bildung und Beratung, ländliche Entwicklung, Pflanzen- und Tierproduktion, Gartenbau, Märkte, Versuchswesen, Analysen, Öko-Landbau, Förderung, Verwaltung oder Ressourcenschutz. Relevante Akteure werden durch diese Zusammenarbeit in einen effektiven Arbeitsverbund integriert. Gemeinsam mit Vertretern aus Bundesministerien oder Verbänden stehen sie im fachlichen Dialogprozess. Ziel der

Zusammenarbeit ist unter anderem der Informations- und Erfahrungsaustausch. Gemeinsam werden über Veröffentlichung von Versuchs- und Projektergebnissen, die Abstimmung über Arbeitsteilung im Versuchswesen, die Erstellung von Arbeitsmitteln sowie überregionale Organisation und Abstimmung der Beraterfortbildung erhebliche Synergien genutzt. Über den VLK werden fachliche Stellungnahmen abgegeben und fachlich begründete Positionen bezogen. Zudem werden Publikationen zu aktuellen Themen wie Energieeffizienz, Klimaschutz oder Biodiversität erarbeitet.

Das EU-Verbindungsbüro des VLK ergänzt und unterstützt diese Zusammenarbeit mit Informationstransfer von und nach Brüssel. Mit Vertretern der EU-Kommission werden neben dem Austausch von guten Beispielen auch Fragen zur Vereinfachung und Effizienz der Förderpraxis, zur Verwaltungsvereinfachung und Optimierung bei der Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik erörtert. Insbesondere der persönliche Dialog zwischen der EU-Ebene und den nationalen Umsetzern der europäischen Agrarpolitik schafft für alle Seiten eine neue Qualität der Arbeit.

Ländliche Zukunft mitgestalten

In den letzten Jahren ist die erfolgreiche Entwicklung von Regionen in den Fokus vieler Fachgremien gerückt. Die Verständigung regionaler Akteure auf gemeinsame Ziele zur Profilierung eigener Kompetenzen und Stärken erfordert zunehmend Prozessbegleiter mit entsprechendem Know-how. Im ländlichen Raum ist die Beteiligung der Landwirte als Partner regionaler Entwicklungsprozesse unerlässlich. Ergänzend können auch Maßnahmen der Strukturförderung für Landwirtschaft und ländliche Räume wichtig sein. All das erfordert in den Ländern



VLK-Ausschüsse sind Informations- und Abstimmungsplattform sowie Nachrichten-Netzwerk von Fachspezialisten aus ganz Deutschland. Vier der rund 30 VLK-Gremien legen einen besonderen Fokus auf ländliche Entwicklung:

Fachausschuss Ländliche Entwicklung, Raumordnung und Ressourcenschutz

Er initiiert und begleitet Projekte der ländlichen Entwicklung, zum Beispiel auf der Basis von Leader- und EU-Projekten, erörtert Aspekte zur Umsetzung einer umweltschonenden Landwirtschaft, vor allem in Trinkwasserschutzonen, FFH- und ähnlichen Gebieten. Raumplanerische Fragen, sei es beim Ausbau der Stromnetze, bei der Standortfindung und Standortentwicklung für Stallanlagen oder sonstigen großen Bauprojekten im ländlichen Raum, sind weitere Schwerpunkte. Das große Ziel ist eine Balance zwischen dem Schutz des Naturraums und der Erfordernis, den ländlichen Raum als Wirtschaftsraum weiterzuentwickeln.

Fachausschuss Unternehmensführung und Märkte

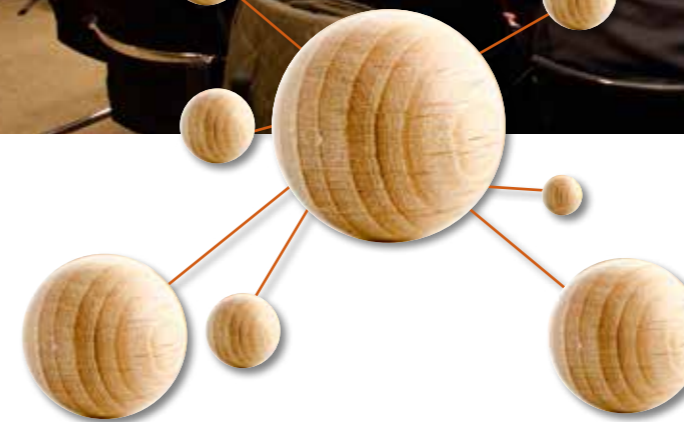
Kalkulationen, betriebswirtschaftliche Analysen, die Entwicklung von betrieblichen Entwicklungs- und Managementstrategien – dies sind die Aufgaben der betriebswirtschaftlichen Beratung, die sich in diesem Ausschuss bundesweit abstimmt. Die Themenbreite geht dabei von den ökonomischen Einzeldaten des Betriebes bis zu den gesamtbetrieblichen Strategien im Umgang mit volatilen Märkten. Im Ausschuss erfolgt die Diskussion über Beratungsinhalte und -formate bis hin zu maßgeschneiderten Weiterbildungsangeboten für Unternehmer.

Arbeitskreis Frau und Familie im Agrarbereich und ländlichen Raum

Diversifizierung vor allem von und für Frauen auf dem Lande zu initiieren, Unternehmerinnen umfassend zu beraten, Landservice-Angebote zu vermarkten, Frauen zu qualifizieren – sei es in der Büroorganisation, im Betriebsmanagement oder in fachlichen Fragen zum Beispiel zur Gefahrenanalyse und kritischen Kontrollpunkten bei der Lebensmittelsicherheit – ist die Aufgabe dieses Gremiums.

Arbeitskreis Bauen, Energie, Technik

Hier steht mit Informationen zu Bauen, Energieeffizienz und Energieträgerumstellung die Beratung für all jene in ländlichen Räumen im Mittelpunkt, die in die dezentrale Energieerzeugung einsteigen wollen. Weitere Themen sind landtechnische Beratung für die Außen- und Innenwirtschaft sowie Verfahrensentwicklung.



eine größere Bandbreite der Aktivitäten. Beratung, Impulsgeberfunktion und Förderlotsenfunktion – also die Verwaltungsunterstützung bei der Antragstellung, Bewilligung und Abwicklung von Förderprojekten – werden verstärkt nachgefragt. Die Landwirtschaftskammern unterstützen die Akteure vor Ort mit Projekten zur ländlichen Entwicklung, Kulturlandschaftsentwicklung, urbanen Landwirtschaft oder zu Einkommenskombinationen. Darüber hinaus wirken sie als Träger öffentlicher Belange und als landwirtschaftliche Fachbehörde an der Gestaltung der ländlichen Räume mit. Die Gremien bilden sich nach der Regel: ein Land – eine Fachkraft. Dies sorgt dafür, dass regionale Besonderheiten erfasst und in bundesweit übertragbare Lösungen, Positionen und Arbeitsdokumente überführt werden. Der VLK bündelt solche konkreten Maßnahmenvorschläge für zukünftige Programme und bringt sie in den ELER-Begleitausschuss des Bundes und das nationale Netzwerk für ländliche Räume ein.

Nationale und europäische Beraternetze

Der VLK beteiligt sich auf nationaler und europäischer Ebene an der vielfältigen Vernetzung. Gemeinsam mit anderen Netzwerkpartnern informiert er über das breite Förderspektrum des europäischen Landwirtschaftsfonds. Der Austausch von methodischem und fachlichem Wissen sowie das voneinander Lernen spielen dabei eine wichtige Rolle. Für Berater entstand im Rahmen eines INTERREG-Projektes das Beraternetzwerk RENE (Rural Extension Network). Aktivitäten rund um Schule und Bauernhof mündeten im ALICERA-Projekt (Action Learning for Identity and Competence in European Rural Areas). Zwischenzeitlich befindet sich ein europäisches Beraternetzwerk in Gründung. Hilfreiche Netzwerke bestehen mit den EU-Verbindungsbüros der Bundesländer, der Ständigen Vertretung Deutschlands und zahlreichen anderen Organisationen. Neue Kontakte zu Beratungsorganisationen der europäischen Landwirtschaft und der ländlichen Entwicklung ergänzen die Netzwerkarbeit.



Mehr Informationen:

Dr. Beate Bajorat
Verband der Landwirtschaftskammern
Telefon: 030 31904-500
E-Mail: info@vlk-agrar.de
www.landwirtschaftskammern.de



Von der Redaktion für Sie angelesen

Ideengeber für neue Wege

Von Stefan Kämper

Sich selbst um die Lebensqualität der eigenen Region kümmern und ausgetretene Pfade verlassen: Was Raumpioniere sind und tun, nimmt ein neuer Band der Edition Bauhaus unter die Lupe. In dem lesenswerten Buch diskutieren verschiedene Autoren mögliche Entwicklungspfade ländlicher Räume jenseits zentralörtlicher Systeme und staatlich garantierter Versorgungsleistungen. In dem Buch sind – durchaus kontroverse – Gespräche zwischen Raumpionieren, Politikern, Wissenschaftlern und Künstlern dokumentiert. Gefordert wird unter anderem die Freiheit zum Experiment, die das Scheitern einschließt. Denn

dieses ist häufig die Basis für neues Wissen auf dem Land. Sowohl in theoretischer als auch in praktischer Hinsicht geht es den Autoren darum, veränderte gesellschaftliche Verhältnisse anzuerkennen und aufzuzeigen, wie neue Kooperationen zwischen Bürgergesellschaft und staatlichen Instanzen die ländliche Entwicklung unterstützen können. Das Buch enthält interessante Diskussionsbeiträge und eine Reihe von Projekten, die neue Wertschöpfungspotenziale und Ideen für die Grundversorgung erproben.



Kerstin Faber und Philipp Oswalt für die Stiftung Bauhaus (Hrsg.): „Raumpioniere in ländlichen Regionen. Neue Wege der Daseinsvorsorge“, Spector Books, Dessau/Leipzig 2013, 216 Seiten, ISBN 978-3-940064-58-5

Gefährdet die demografische Entwicklung unsere Demokratie?

Von Isabell Friess

Diese Frage stellen sich auch die drei Autoren Jens Kersten, Claudia Neu und Berthold Vogel. Mit dem Rückgang der Bevölkerung und den damit einhergehenden Herausforderungen, insbesondere für ländliche Räume wie etwa die Grund- oder Schulversorgung oder die Abwasserentsorgung, sind Demografie und Demokratie in ein Spannungsverhältnis geraten. „Der erschöpfte Wohlfahrtsstaat kann längst nicht mehr alle sozialen, ökonomischen und territorialen Disparitäten kompensieren, die durch den demografischen Wandel

ausgelöst werden“, stellen die Autoren in ihrer Einleitung fest. Statt also vergeblich oder auf Kosten einer weiteren Staatsverschuldung zu versuchen, den Ist-Zustand zu halten, gilt es offen zu diskutieren, wie der Umgang mit dem demografischen Wandel demokratisch gestaltet werden kann. Die Autoren skizzieren die vorhandenen Konflikte klar und deutlich und appellieren an die politischen Entscheidungsträger, sich ihrer Verantwortung für die Zukunft zu stellen, statt weiter auf Altbewährtes zu setzen.



Jens Kersten, Claudia Neu und Berthold Vogel: „Demografie und Demokratie. Zur Politisierung des Wohlfahrtsstaates“, Hamburger Edition, Hamburg 2012, 151 Seiten, ISBN 978-3-86854-253-0.

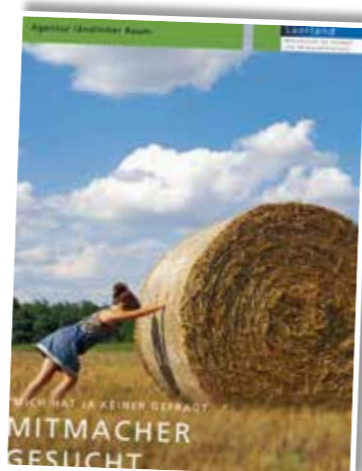
Gesellschaftliche Dorfentwicklung unterstützen

Von Anja Rath

Unter dem Motto „Mitmacher gesucht“ wendet sich die 60-seitige Broschüre an Initiatoren und Akteure dörflichen Gemeinwesens: Bürgermeister, Ortsvorsteher und Kommunalpolitiker, außerdem will sie interessierte Bürger ansprechen. Einleitend skizzieren die Autoren die aktuelle Situation vieler ländlicher Orte, voraussichtliche demografische Veränderungen und gesellschaftliche Trends wie Individualisierung, zunehmende Mobilität und steigender Freizeitwert. Danach sensibilisieren sie für Fragen zur dörflichen Entwicklung: Was ist Dorf heute, was sein soziales Kapital? Wer sind Macher und Mitmacher? Und sie geben Denkanstöße für Dorfentwicklungswege, die durch methodische Schlagwörter und Hinweise zu weiterführenden Informationen ergänzt werden. Es folgen drei praxisbezogene Ansätze: soziale Netzwerke, kurzfristige Projekte sowie Engagementsstrukturen. Nach einem Kurzprofil des jewei-

ligen Modells sowie einem Pro und Kontra dazu stellen die Autoren Best-Practice-Beispiele vor, geben Anregungen zur Umsetzung und benennen Erfolgsfaktoren. Zwölf Merksätze schließen die Broschüre ab. Viele Anregungen und Denkanstöße der Publikation lassen sich bundesweit übertragen.

Hugo Kern und Armin Kuphal: „Mich hat ja keiner gefragt ... – Mitmacher gesucht“, Agentur für den ländlichen Raum, Ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz Saarland, Saarbrücken 2013, 60 Seiten.



... angekündigt

Zivilgesellschaftliches Engagement und Aktivierung demokratischer Kommunikation im ländlichen Raum

Unter diesem Titel findet in Berlin am 7. und 8. Oktober 2013 eine Fachtagung statt. Es geht um Erfahrungen aus vier Modellprojekten, bei denen Kommunikations- und Medienkonzepte entwickelt und in ländlichen Räumen Ostdeutschlands erprobt wurden. Im Zentrum der Veranstaltung stehen Workshops zu den Themen Bürgermedien, Kommunikationsstrategien, Dialog zwischen Alt und Jung sowie Umgang kommunaler Akteure mit Rechtsextremismus.

Alle Informationen unter fachtagung.medienaufdemland.de

Regionale Nachhaltigkeit der Landwirtschaft – Ergebnisse und Politikempfehlungen aus dem EU-Forschungsvorhaben FarmPath

Am 10. Oktober 2013 stellt das Institut für Ländliche Struktur- und Entwicklungsforschung (IfLS) in Frankfurt am Main auf einem Workshop die Forschungsergebnisse von FarmPath vor und möchte abgeleitete Handlungs- und Politikempfehlungen diskutieren. Interessierte Vertreter von Verbänden, Behörden und der Wissenschaft im Bereich Ländliche Entwicklung, Wirtschaft und Umwelt sind zum konstruktiven Austausch eingeladen. Die Endergebnisse des Projekts werden auf einer internationalen Abschlusskonferenz am 3. Dezember 2013 in Brüssel vorgestellt.

Anmeldungen und weitere Informationen unter: www.ifls.de/245.html

Soziale Landwirtschaft – Beschäftigung und Betreuungsleistungen auf dem Bauernhof für Menschen mit besonderen Bedürfnissen

Die Agrarsoziale Gesellschaft veranstaltet ein Seminar in Mindelheim am 22. und 23. Oktober 2013, bei dem es um Möglichkeiten und Perspektiven der Sozialen Landwirtschaft geht. Landwirtschaft „produziert“ in diesem Bereich neben Lebensmitteln auch Bildung, Therapie, Gesundheit und Beschäftigung und kann dadurch einen Beitrag für die Gesellschaft und den ländlichen Raum leisten. Die Veranstalter wenden sich insbesondere an jene Landwirte, die in die Soziale Landwirtschaft einsteigen oder sich vertiefend informieren und vernetzen möchten.

Weitere Informationen, Programm und Anmeldung unter www.asg-goe.de

Biologische Vielfalt im Grünland – nutzen und schützen

Artenreiche Wiesen und Weiden haben für die Erhaltung der Biodiversität eine entscheidende Bedeutung. Grünlandflächen sind der Lebensraum für zahlreiche heimische Pflanzen und Tiere, für die Landwirtschaft sind sie die Grundlage der Milch- und Fleischproduktion, für die Züchtung eine wichtige Quelle genetischer Vielfalt. Das Informations- und Koordinationszentrum Biologische Vielfalt der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung lädt daher am 12. und 13. November 2013 zu einem Symposium zum Thema „Agrobiodiversität im Grünland – nutzen und schützen“ nach Berlin ein. Es sollen Möglichkeiten der Grünlandnutzung herausgearbeitet werden, die eine notwendige Anpassung der Betriebe an sich ändernde wirtschaftliche Rahmenbedingungen erlauben und gleichzeitig zum Erhalt der biologischen Vielfalt beitragen.

Weitere Informationen unter www.genres.de

LandInForm

Ab sofort möchte ich **kostenlos** LandInForm – Magazin für ländliche Räume abonnieren. Bitte schicken Sie mir von jeder aktuellen Ausgabe _____ Exemplare.

Institution _____
 Vorname/Nachname _____
 Straße/Hausnr. _____
 PLZ/Ort _____
 Telefon _____ E-Mail _____
 Datum _____ Unterschrift _____

Ich möchte den kostenlosen DVS-Newsletter landaktuell abonnieren.



Sie können LandInForm auch im Internet unter www.land-inform.de bestellen.

Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
 Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
 Deichmanns Aue 29
 53179 Bonn



Im Fokus unserer nächsten Ausgabe:

Hochwasserschutz für ländliche Räume



Bild: © M. Großmann / pixelio.de

Termine

Zusammengestellt von Stefan Kämper

7. und 8. Oktober	Zivilgesellschaftliches Engagement und Aktivierung demokratischer Kommunikation im ländlichen Raum Fachtagung in Berlin (im Rahmen des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“) <small>Info auf Seite 59</small>	IBI - Institut für Bildung in der Informationsgesellschaft fachtagung.medienaufdemland.de
10. Oktober	Regionale Nachhaltigkeit der Landwirtschaft Ergebnisse und Politikempfehlungen aus dem EU-Forschungsvorhaben FarmPath Workshop in Frankfurt am Main <small>Info auf Seite 59</small>	Institut für Ländliche Strukturforchung (IfLS) www.ifls.de
22. und 23. Oktober	Soziale Landwirtschaft – Beschäftigung und Betreuungsleistungen auf dem Bauernhof für Menschen mit besonderen Bedürfnissen Seminar, Kloster Lohhof bei Mindelheim (Bayern) <small>Info auf Seite 59</small>	Agrarsoziale Gesellschaft e.V. www.asg-goe.de
7. und 8. November	Das Geld ist nicht weg, es ist nur woanders! Workshop in Gotha <small>Info auf Seite 8</small>	Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume www.netzwerk-laendlicher-raum.de/finanzierung
12. und 13. November	Agrobiodiversität im Grünland – nutzen und schützen Symposium in Berlin <small>Info auf Seite 59</small>	Informations- und Koordinationszentrum Biologische Vielfalt der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung www.genres.de

Terminkalender unter: www.netzwerk-laendlicher-raum.de/termine

Unser Fokuscartoon

Von Mele

